

2020



# Sicherheitsbericht



**POLIZEIDIREKTION**  
GÖTTINGEN





**Nicht hängen lassen  
auf Niedersächsisch.**

**Bitte immer dran denken:**

**Kontakte reduzieren.**

**Abstand halten.**

**Hände waschen.**

**Maske tragen.**



**Wir sind stärker!**

NIEDERSACHSEN GEGEN CORONA

## Editorial

**Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,**

der Wunsch, in Sicherheit zu leben, ist eines der elementaren Bedürfnisse des Menschen. Es wundert daher nicht, dass die Gewährleistung dieser Sicherheit gerade in bewegten Zeiten ein Thema ist, das die Bevölkerung umtreibt. Eine bewegte Zeit, eine Zeit, die für viel Verunsicherung gesorgt hat – wir haben sie im zurückliegenden Jahr erlebt, und wir erleben sie auch jetzt noch.

Die Corona-Pandemie stellte und stellt Gesellschaft, Politik und Wirtschaft in Deutschland, Europa und der ganzen Welt vor enorme Herausforderungen. Sie ist sogar die größte Herausforderung für die Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg. Welche Wirkung die Verordnungen zur Eindämmung der Pandemie auf den Alltag der Menschen hatten und haben, zeigte sich nicht zuletzt in dieser Ausnahmesituation. Nach anfänglicher Solidarität in Teilen der Bevölkerung entstand ein gesellschaftliches Reizklima, das auch wir als Polizei zu spüren bekommen haben: Mit steigender Frustration angesichts der Maßnahmen zur Abwehr der Pandemie sank die Hemmschwelle, gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte vorzugehen – sei es verbal oder aber körperlich. Steigende Zahlen in diesem Bereich belegen diesen Trend. Aggressionen haben sich auch im sozialen Nahraum, vornehmlich in Form von Gewalt gegen Frauen, niedergeschlagen – ein besorgniserregender Trend, dem wir mit allen polizeilichen Mitteln entgegenwirken werden.

Gleichzeitig mussten wir als Organisation umdenken, Arbeitsabläufe umstrukturieren und kreative Lösungen finden, um das Infektionsrisiko für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu minimieren und handlungsfähig zu bleiben. Das ist uns gut gelungen. Auf der anderen Seite förderte die Corona-



Pandemie neue Erscheinungsformen von Kriminalität zu Tage: Subventionsbetrug bei Corona-Hilfen, neue Maschen im Bereich der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen oder Hacker-Angriffe auf Unternehmen, deren Mitarbeitende ins Home-Office geschickt wurden, sind nur einige Beispiele dafür, mit welchen neuen Phänomenen sich die Polizei im vergangenen Jahr auseinandergesetzt hat. Wir haben darauf sowohl repressiv als auch präventiv reagiert und sind Kooperationen eingegangen, die uns die Verfolgung dieser Straftaten – insbesondere im Bereich Cybercrime – in Zukunft erleichtern sollen.

Dieser Sicherheitsbericht für ein ganz besonderes Jahr in der Geschichte der Bundesrepublik, aber auch der Polizeidirektion Göttingen, soll Ihnen einen Einblick in die ebenso besondere Arbeit gewähren, die wir 2020 geleistet haben. Zudem soll es auch in dieser nun vierten Auflage des Sicherheitsberichts um die Themenfelder Kriminalitätsentwicklung und -bekämpfung, Verkehr,

Prävention, Ausstattung und Technik der Polizei gehen. Wir verstehen den Sicherheitsbericht darüber hinaus als Instrument zur Förderung des steten Austausches und der Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Medien und Polizei. Aus diesem Grund thematisieren wir auch in diesem Jahr wieder die polizeiliche Arbeit in Ihrer Region und stellen Kolleginnen und Kollegen vor, die die Schnittstelle dieser Zusammenarbeit bilden.

Abschließend bleibt uns nur, Ihnen eine interessante Lektüre und spannende Einblicke in unsere Arbeit zu wünschen, deren Ziel es immer war und immer sein wird, dass die Menschen zwischen Hann. Münden und Hoya, zwischen Bad Pyrmont und Walkenried sicher leben können – auch in bewegten Zeiten.

**Gwendolin von der Osten  
Präsidentin der Polizeidirektion  
Göttingen**



# Inhaltsverzeichnis

<b>Organisation – Präsent vor Ort</b>	In der Fläche präsent – für 1,2 Millionen Menschen	8
	Personal in Zahlen	9
	Nachwuchs für den Polizeiberuf	10
	Der Behördenstab	11
	Die Abteilung 1: Einsatz, Logistik, Kriminalitätsbekämpfung	12
	Die Abteilung 2: Recht, Wirtschaft und Liegenschaften	13
	Eine starke Stimme für die Mitarbeitenden	14
<b>Einsatzmanagement – Wir sind da und helfen</b>	Modernes Notruf- und Einsatzmanagement	16
	Die Pandemie in der Direktion	17
	Erfahrungsbericht: Arbeiten in der Pandemie	19
	Ausstattung in der Pandemie	20
	Tandem-Projekt Einsatzbearbeitung	21
	Hunde im Dienst der Polizei	22
	Erfahrungsbericht: Mit der Bodycam im Einsatz	24
<b>Kriminalitätsbekämpfung – Wir ermitteln und klären auf</b>	Kriminalitätsentwicklung in der Polizeidirektion	26
	Cybercrime	30
	Online-Wache	32
	SÄM: Neue Betrugsmaschen	33
	Visualisierung: „Falscher Polizist“	34
	Unsere Einsätze	35
	Hasskriminalität	36
	Schutz von Amts- und Mandatsträger/innen	37
	Subventionsbetrug in der Pandemie	38
	Audiovisuelle Vernehmungen	39
<b>Verkehrssicherheitsarbeit – Sicher auf der Straße unterwegs</b>	Verkehrslagebild in der Polizeidirektion Göttingen	42
	Hauptunfallursachen und Prävention	43
	Verkehrssicherheitsarbeit	44
	Sicherheit im Straßenverkehr	46
<b>Im Portrait: Die Polizeiinspektion Göttingen</b>	Die Polizeiinspektion Göttingen im Überblick	50
	Kommissariate in der Fläche	51
	Nachwuchswerbung in der Polizeiinspektion Göttingen	52
	Interview: Von der Lehrerin zur Polizistin	53
	Die Pandemie in der Inspektion Göttingen	54
	Kriminalitätsentwicklung in der Inspektion Göttingen	55
	Cybercrime	57
	Verkehrslagebild der Polizeiinspektion Göttingen	58
	Unsere Einsätze	60-65
	Prävention	66-67
	Partner für mehr Sicherheit	68
<b>Prävention in der Direktion</b>	Mediensicherheit von Kindern	70
	Prävention in der Corona-Pandemie	72
<b>Technik &amp; Ausstattung</b>	Schutzausstattung und moderne Technik	74
	Schlusswort der Polizeipräsidentin	77
	Impressionen	78
	Impressum	79

# Vorwort des Inspektionsleiters



**Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Leserinnen und Leser,**

mit den nachfolgenden Beiträgen möchten wir Ihnen einen kurzen Überblick über unsere Arbeit im vergangenen Kalenderjahr geben. Auch im Jahr 2020 stand die Polizeiinspektion Göttingen wieder vor großen Herausforderungen.

Das Jahr 2020 war für uns alle insbesondere geprägt von der Corona-Pandemie. In nahezu allen Lebensbereichen mussten wir lernen, mit diesem neuartigen Virus und den daraus resultierenden Vorschriften umzugehen. Abstandsregeln und Hygienevorschriften bestimmten und bestimmen unsere täglichen Abläufe.

Auch im Dienstalltag galt es nun umzudenken – Dienstmodelle/-strukturen wurden der neuen Situation angepasst, Veranstaltungen und Fortbildungen konnten nicht mehr in gewohntem Umfang stattfinden und Einsätze mit Corona-Bezug rückten immer stärker in den Vordergrund. Hierbei wird uns allen der Einsatz an dem unter Quarantäne ste-

henden Wohnkomplex in der Groner Landstraße als eine der großen Herausforderungen in Erinnerung bleiben.

Doch nicht nur das Corona-Virus prägte unseren dienstlichen Alltag im vergangenen Jahr – eine Vielzahl demonstrativer Veranstaltungen und die typisch urbanen Kriminalitätsphänomene wie Wohnungseinbruchdiebstähle, Cybercrime oder Straftaten zum Nachteil älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger stellten wieder einen Schwerpunkt unserer Arbeit dar und machten umfangreiche Kontroll- und Präventionsmaßnahmen notwendig. Dass all dies erfolgreich umgesetzt werden konnte, ist dem hohen persönlichen Engagement aller Kolleginnen und Kollegen zu verdanken.

Zudem leistete auch die beispielhafte Zusammenarbeit mit den Kommunen, den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und den vielen anderen Unternehmen, Institutionen und Organisationen einen wichtigen Beitrag. Ohne deren Unterstützung wäre unser Ziel, das Sicherheitsgefühl unse-

rer Bürgerinnen und Bürger sowie die objektive Sicherheit weiter zu erhöhen, nur schwer erreichbar gewesen.

Der Dienst in Göttingen war und ist für jeden Einzelnen von uns eine besondere Herausforderung. Die aktuelle Bevölkerungs- und Sozialstruktur, gepaart mit den Besonderheiten einer großen Universitätsstadt, führen auch polizeilich zu außergewöhnlichen Belastungen, denen wir uns auch weiterhin täglich engagiert und professionell zum Wohl aller Einwohnerinnen und Einwohner stellen.

In diesem Sinne freue ich mich auf ein weiterhin vertrauensvolles Miteinander und sichere Ihnen allen die Unterstützung Ihrer Polizeiinspektion Göttingen zu.

**Rainer Nolte**



Jetzt wäscht zusammen,  
was zusammen gehört.



**Perfect Match**

**auf Niedersächsisch.**



**sind stärker!**  
NIEDERSACHSEN GEGEN CORONA



**Organisation**

Präsent vor Ort



## In der Fläche präsent – für 1,2 Millionen Menschen

Die Polizeidirektion Göttingen ist an 91 Standorten vertreten

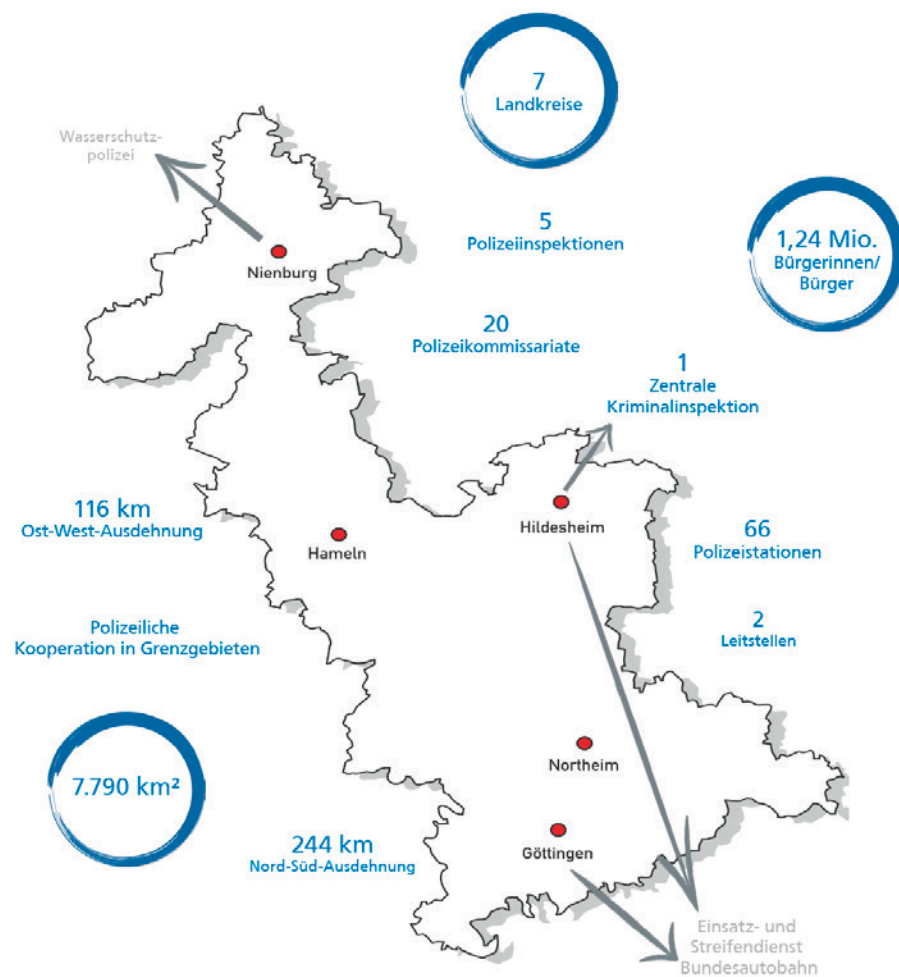
Der Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen erstreckt sich über eine Fläche von 7.790 Quadratkilometern von Hann. Münden im Süden bis nach Hoya im Norden sowie von Walkenried im Osten bis nach Uchte im Westen. Fünf Polizeiinspektionen sowie die Zentrale Kriminalinspektion (ZKI) sind der Behörde nachgeordnet.

In der Fläche ist die Direktion an 91 Standorten vertreten, in 27 Dienststellen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wechselschichtdienst rund um die Uhr im Einsatz. Für die Sicherheit auf den Autobahnen, die durch das Gebiet der Polizeidirektion Göttingen verlaufen – also die A7 sowie die A38 – sorgen die Beamtinnen und Beamten der Autobahnpolizei.

### Auf Weser und Aller

Auf dem Wasser ist die Polizeidirektion Göttingen ebenfalls vertreten: In Nienburg befindet sich eine der wenigen Wasserschutzpolizeistationen in Niedersachsen. Sie ist auf der Weser, der Aller, der Hamme und dem Dümmer See für etwa 380 Kilometer Wasserstrecke zuständig.

Zum Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen gehören sieben Landkreise sowie die selbstständigen Städte Hameln und Hildesheim und das einer kreisfreien Stadt gleichgesetzte Göttingen. Die Ost-West-Ausdehnung umfasst 116 Kilometer, die Nord-Süd-



Ausdehnung 244 Kilometer. 1,24 Millionen Menschen leben in diesem Bereich. Aufgrund der Vielzahl an Standorten gilt für jeden Ort im Zuständigkeitsbereich: Die nächste Polizeidienststelle ist nicht mehr als 20 Kilometer entfernt. Im ungünstigsten Fall wird ein Einsatzort innerhalb von maximal 20 Minuten erreicht. Die Aufklärung von Straftaten und die Verfolgung von Ordnungswid-

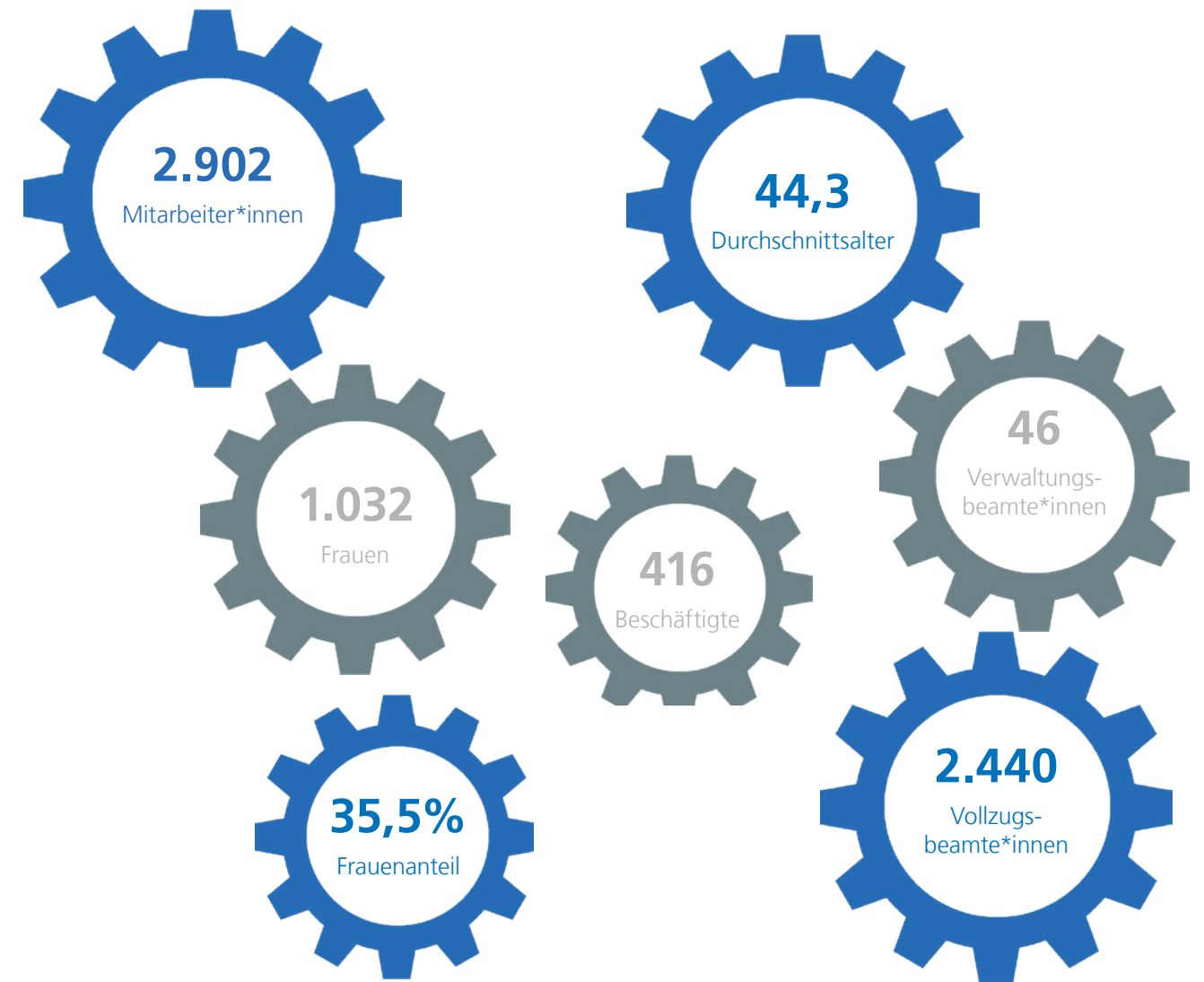
rigkeiten sowie die Abwehr von Gefahren jeder Art bilden die Schwerpunkte polizeilicher Arbeit. Darüber hinaus sind die Verkehrssicherheitsarbeit inklusive der Bearbeitung von Unfällen, die Suche nach vermissten und hilflosen Personen sowie Einsatzbewältigung aus besonderem Anlass Teil der Arbeit der Beamtinnen und Beamten.

**2.501** ausgelöste Alarmer  
**3.528** Hilfeleistungen für hilflose Personen und bei Suizidversuchen  
**7.811** Streits und Ruhestörungen  
**1.371** erkennungsdienstliche Behandlungen

**1.617** Such- und Fahndungsmaßnahmen bei Vermissten und Verschwundenen  
**2.428** Beseitigungen von Gefahrenstellen im öffentlichen Bereich  
**69.354** bearbeitete Strafanzeigen  
**3.804** Fundsachen  
**711** Brandermittlungen

**748** Haftbefehle  
**6.212** Ordnungswidrigkeiten  
**2.281** Todesursachenermittlungen  
**28.610** bearbeitete Verkehrsunfälle  
**49.643** Verkehrsordnungswidrigkeiten Geschwindigkeiten

### Aufgaben in Zahlen 2020



## Personal in Zahlen

Mit Vielfalt und Expertise gesellschaftliche Herausforderungen meistern

Veränderungen in der Gesellschaft haben über kurz oder lang auch Auswirkungen auf die Arbeit von Sicherheitsbehörden. Schon lange verlässt sich die Polizei deswegen nicht nur auf die eigene Expertise.

Globalisierung, Digitalisierung, aber auch Veränderungen in der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger in einer multikulturellen Gesellschaft stellen die Polizei immer wieder vor Herausforderungen, auf die es angemessen zu reagieren gilt.

Um den richtigen Weg dafür zu finden, setzt die Polizeidirektion Göttingen schon seit vielen Jahren nicht nur auf die Expertise von Spezialistinnen und Spezialisten aus den eigenen Reihen, sondern auch auf das Fachwissen und die Praxiserfahrung von Fachkräften mit externem Ausbildungshintergrund.

### Fachleute aus vielen Bereichen

Dazu gehören unter anderem Fachleute aus den Bereichen Interkulturelle Kompetenz, Rechtswissenschaften und Informatik, die in Bereichen, wie

der Bekämpfung von Cyberkriminalität, dem polizeilichen Staatsschutz, dem Prozessmanagement, dem Controlling und der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig sind.

Insgesamt sind in der Polizeidirektion Göttingen 2902 Menschen tätig. Davon sind 2440 Vollzugsbeamtinnen und -beamte, 46 Verwaltungsbeamtinnen und -beamte und 416 Beschäftigte.

Das Durchschnittsalter aller weiblichen Mitarbeitenden liegt aktuell bei 41,12 Jahren, das Durchschnittsalter der männlichen Mitarbeitenden bei 46,14 Jahren.



## Nachwuchs für den Polizeiberuf

### Viele Wege führen an die Akademie



Der demografische Wandel macht auch vor der Polizei nicht Halt: Bis 2028 werden etwa 40 Prozent der Belegschaft in den Ruhestand versetzt werden. Angesichts dieser steigenden Pensionierungszahlen, kommt der Nachwuchsgewinnung eine große Bedeutung zu.

In der Polizeidirektion Göttingen kümmert sich das „Team regionale Einstellung“ um die Nachwuchsgewinnung. Zentrale Aufgabe ist es, junge Menschen für den Staatsdienst zu begeistern und für den Polizeiberuf zu gewinnen. Dabei haben die Kolleginnen und Kollegen die Argumente auf ihrer Seite: Kaum ein Beruf verfügt über ein solch positives Ansehen und Vertrauen in der Bevölkerung wie der Polizeiberuf. Je nach Interessen und Kenntnissen bieten sich den Bewerberinnen und Bewerbern darüber hinaus vielfältige Möglichkeiten – nicht zuletzt aufgrund der vielen Arbeitsbereiche, die die Polizei bietet. Eine weitere Aufgabe der Mitarbeitenden im „Team regionale Einstellung“ ist die Beratung und Betreuung der Bewerberinnen und Bewerber. Auch auf Berufsinformationsmessen sind die Kolleginnen und Kollegen vertreten. Im Jahr 2020 fielen diese Veranstaltungen aufgrund der Corona-Pandemie jedoch gänzlich aus.

#### Viele Wege zur Polizei

Der Weg zur Polizei muss nicht zwangsläufig über den Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife führen. Auch Interessierte mit Sekundarabschluss II können nach Abschluss der Fachoberschule „Wirtschaft und Verwaltung“ mit dem Schwerpunkt Polizei das Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen auf-

nehmen. Im Jahr 2020 haben sich 123 Fachoberschülerinnen und -schüler um ein Praktikum bei der Polizeidirektion Göttingen beworben, mit 13 von ihnen wurden entsprechende Verträge geschlossen. An der Polizeiakademie Niedersachsen starteten für die Polizeidirektion Göttingen im vergangenen Jahr 109 angehende Beamtinnen und Beamte, beworben hatten sich 676 Interessierte.

#### Bewerbungen und Auswahlverfahren 2020

**676 Bewerbungen** in der Polizeidirektion Göttingen (4932 landesweit)

**109 Einstellungen** in der Polizeidirektion Göttingen (623 landesweit)

**123 Bewerbungen um Praktika** in der PD im Rahmen der Fachoberschule FOS (1307 landesweit)

**13 Abschlüsse von Verträgen** für FOS-Praktika in der PD (109 landesweit)

Vielfältige Informationen zum Polizeiberuf und zu den Zugangsvoraussetzungen für die Polizeiakademie sind auch online unter [www.polizei-studium.de](http://www.polizei-studium.de) zu finden.

#### Interesse geweckt?

Weitere Informationen zum Studium erhalten Interessierte bei:

Carmen Kauschke & Nicole Ostermann  
0551/491-1314  
[nachwuchswerbung@pd-goe.polizei.niedersachsen.de](mailto:nachwuchswerbung@pd-goe.polizei.niedersachsen.de)



## Der Behördenstab

### Bindeglied, Fachaufsicht, Partner

Koordination, Unterstützung auf fachlicher Ebene und die Entwicklung hin zu einer zukunfts- und leistungsfähigen Organisation – das sind die Aufgaben des Behördenstabs der Polizeidirektion Göttingen, an dessen Spitze Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten steht.

Im Behördenstab sind fast 290 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in zwei Abteilungen tätig, die sich auf sechs Dezernate verteilen. Daneben gehören das Diensthundführerwesen sowie die beiden Lage- und Führungszentralen „Weser“ in Göttingen sowie „Süntel“ in Hameln zum Stab der Polizeidirektion Göttingen. Zentrale Aufgabe ist die Bearbeitung von Themenfeldern, die alle nachgeordneten Dienststellen betreffen oder von behördenübergreifender Bedeutung sind.

Der Stab ist darüber hinaus Bindeglied zwischen den Polizeiinspektionen und

#### Die Polizeipräsidentin

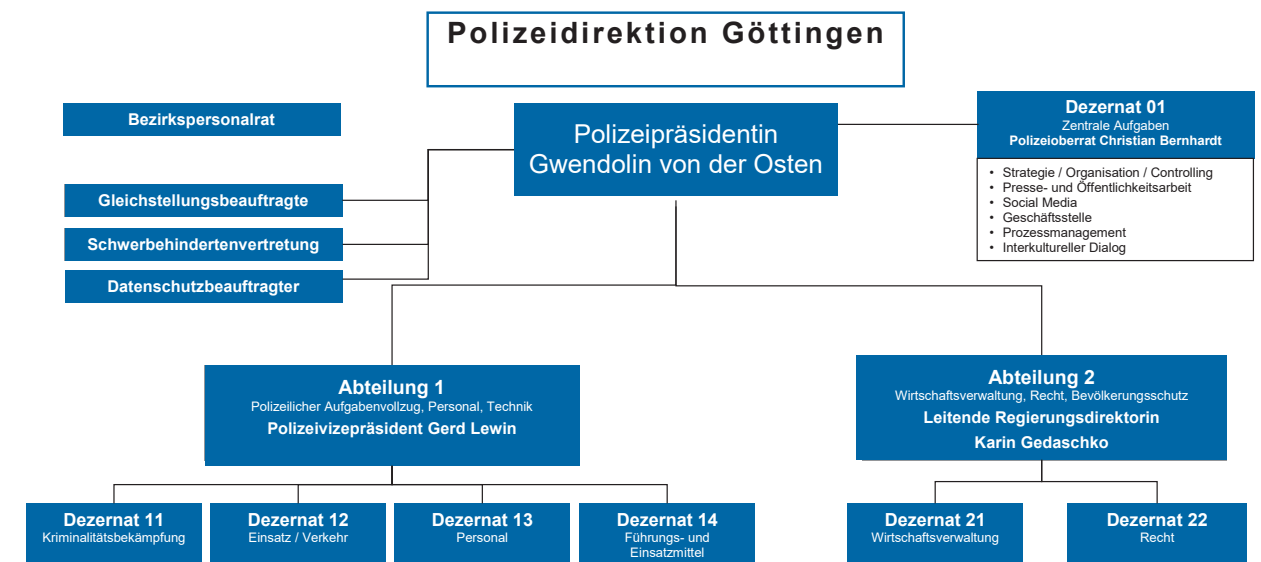
**Gwendolin von der Osten** ist seit Februar 2021 Präsidentin der Polizeidirektion Göttingen. Zuvor war sie Leiterin des Referats für Einsatz und Verkehr im Niedersächsischen Innenministerium. Sie ist Jahrgang 1971 und seit 2003 bei der Polizei. Gwendolin von der Osten ist verheiratet, hat drei Kinder und lebt in Hannover.



dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport und berät Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlich übertragenen Aufgaben. In einigen Bereichen hat er sogar die Fachaufsicht, etwa im Bereich des Waffenrecht.

An der Spitze der Polizeidirektion Göttingen steht Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten. Sie folgte im Februar 2021 auf Uwe Lührig. Ihr sind die Abteilungen 1 und 2 unterstellt.

Darüber hinaus sind die Gleichstellungsbeauftragten, die Schwerbehindertenvertretung und der Datenschutzbeauftragte direkt bei ihr angesiedelt. Im engen Austausch steht sie auch mit dem Bezirkspersonalrat. Der Polizeipräsidentin ist zudem das Dezernat 01 angegliedert, in dem die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Strategie, Controlling und Organisation, der Interkulturelle Dialog sowie die Geschäftsstelle verortet sind.







### Der Vizepräsident

**Gerd Lewin**, Jahrgang 1960, ist seit 2019 Polizeivizepräsident der Polizeidirektion Göttingen. Zuvor war er in verschiedenen leitenden Funktionen, unter anderem in der Polizeidirektion Hannover und dem Niedersächsischen Innenministerium tätig. Er gehört der Polizei seit 1980 an. Gerd Lewin ist verheiratet, hat ein Kind und lebt in Hann. Münden.

## Die Abteilung 1

### Einsatz, Logistik, Kriminalitätsbekämpfung

Die Abteilung 1 der Polizeidirektion Göttingen ist für den polizeilichen Aufgabenvollzug, Personal und Technik verantwortlich. Sie wird vom Polizeivizepräsidenten Gerd Lewin geleitet, der ständiger Vertreter der Polizeipräsidentin ist. In der Abteilung 1 ist ein Großteil der Mitarbeitenden des Behördenstabs in vier Dezernate verteilt.

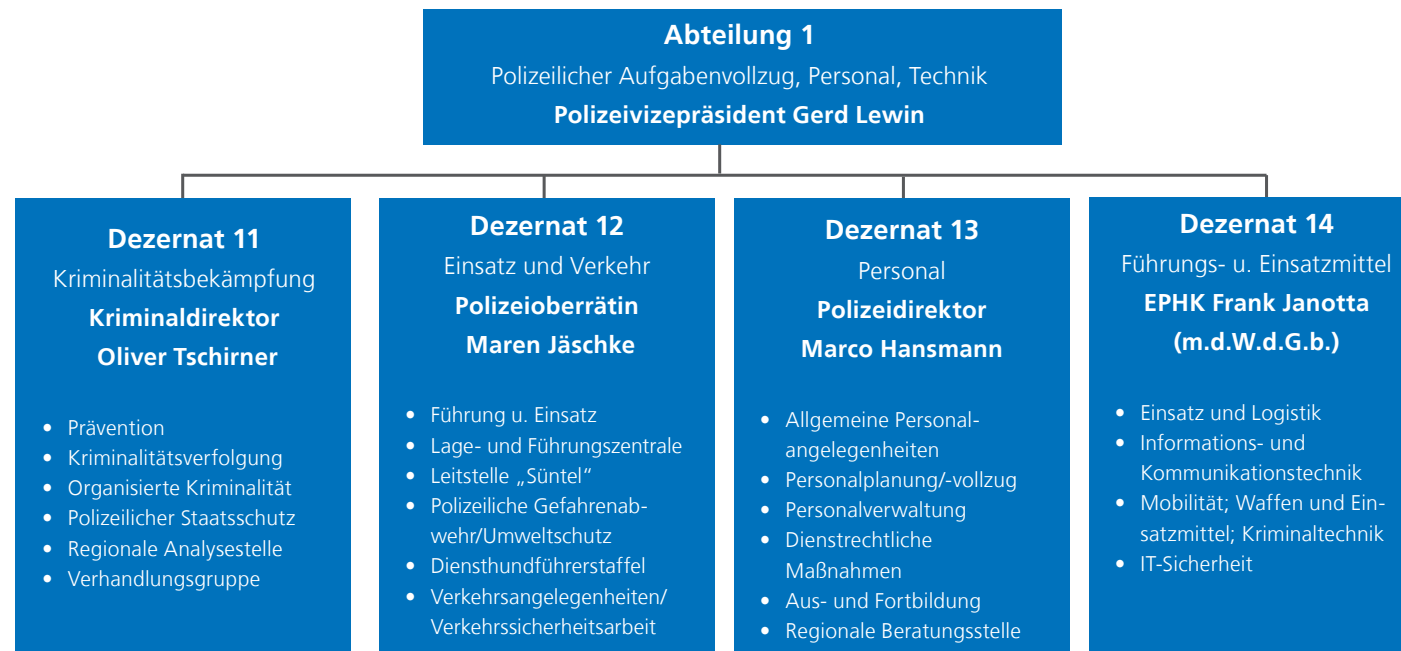
Das Dezernat 12 – Einsatz und Verkehr – hat eine besondere Stellung: Neben der originären Stabsarbeit werden hier auch operative Aufgaben wahrgenom-

men. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind etwa bei Großereignissen, wie Terror, Geiselnahmen oder Katastrophen aller Art, gefordert. Weiter sind die Lage- und Führungszentralen „Weser“ in Göttingen und „Süntel“ in der Kooperativen Regionalleitstelle Weserbergland in Hameln sowie das Diensthundführerwesen hier angesiedelt.

Das Dezernat 11 ist für die gesamte Kriminalitätsbekämpfung in den Polizeiinspektionen zuständig, bewegt alle Themenfelder der Kriminalitätsbe-

kämpfung und übt die zentrale Dienst- und Fachaufsicht des Zentralen Kriminaldienstes aus.

Im Dezernat 13 – Personal – geht es neben den klassischen Personalangelegenheiten auch um die Aus- und Fortbildung sowie die Nachwuchsgewinnung. Darüber hinaus befindet sich hier auch die Beschwerdestelle der Polizeidirektion Göttingen. Moderne Einsatzmittel und aktuelle Technik sowie die Ausstattung der Mitarbeitenden – damit befasst sich das Dezernat 14.



## Die Abteilung 2

### Recht, Wirtschaft und Liegenschaften

Rechtsangelegenheiten und Wirtschaftsverwaltung – das sind die zentralen Aufgaben der Abteilung 2, die von der Leitenden Regierungsdirektorin Karin Gedaschko geführt wird. Bis Ende 2020 war auch das Amt für Brand- und Katastrophenschutz hier angesiedelt, das seit 2021 einem neuen, zentralen Landesamt angehört.

Das Dezernat 22 ist für die rechtlichen Angelegenheiten der Polizeidirektion Göttingen zuständig. Zu den wesentlichen Aufgaben zählt das Führen und Betreuen von Rechtstreitigkeiten vor den Verwaltungsgerichten und den ordentlichen Gerichten sowie die Beratung der Dezernate in grundsätzlichen Rechtsfragen des Aufgabenvollzugs. Darüber hinaus prüft und reguliert es Schadensersatzansprüche, die insbesondere aus Verkehrsunfällen unter Beteiligung von Dienstkraftfahrzeugen hervorgehen, sowie Schadensersatzansprüche, die durch Dritte verursacht werden. Im Jahr 2020 haben sich die



### Die Abteilungsleiterin 2

**Karin Gedaschko**, Jahrgang 1961, ist seit 2019 Abteilungsleiterin 2 der Polizeidirektion Göttingen. Sie ist seit 1998 im Bereich der Polizei tätig, zuletzt als Leiterin des Rechtsdezernats der Polizeidirektion Hannover. Sie ist verheiratet, hat zwei Kinder aus erster Ehe und lebt in Göttingen, Buchholz und Wien.

Mitarbeitenden des Dezernats 22 vor allem mit Rechtsfragen rund um die Pandemie befasst.

#### Liegenschaften & Budget

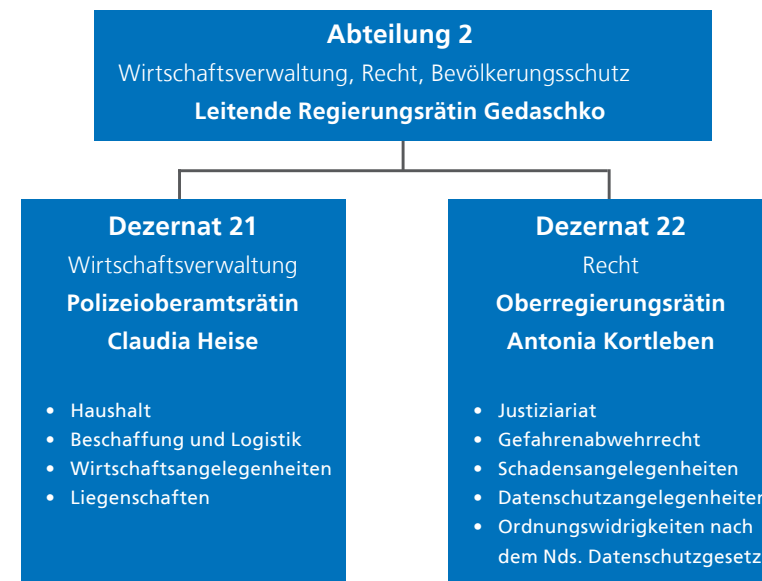
Das strategische Liegenschaftsmanagement für alle von der Polizeidirektion Göttingen genutzten Gebäude sowie die Hausverwaltung der Gebäude in

der Groner Landstraße und der Robert-Bosch-Breite in Göttingen obliegt dem Team Liegenschaften des Dezernats 21. Die Wirtschaftsverwaltung verantwortet ein Budget von 11,9 Millionen Euro, das für die Bewirtschaftung der Liegenschaften, die Unterhaltung des Fuhrparks, die Ausstattung der Operativkräfte und vieles mehr eingesetzt wird.

#### Amtshilfe in der Corona-Pandemie

Bis Ende des Jahres 2020 gehörte auch das Amt für Brand- und Katastrophenschutz (AfBK) zur Polizeidirektion Göttingen (Dezernat 23). Eine zentrale Aufgabe war die Koordinierung des behördenübergreifenden Katastrophenschutzes. Seit März 2020 unterstützte das AfBK die Landkreise und Städte bei der Bewältigung der Pandemie.

Insbesondere während der ersten Welle half es bei der Beschaffung und Auslieferung von Masken, Einmalhandschuhen, Schutzkitteln, Desinfektionsmitteln, aber auch von medizinischen Geräten. Im Zuge einer Neuorganisation wurden die sechs Ämter für Brand- und Katastrophenschutz aus den Polizeidirektionen herausgelöst und zum 1. Januar 2021 in ein neues Landesamt überführt.





## Eine starke Stimme für die Mitarbeitenden Vertretungen in der Polizeidirektion



Gesellschaftliche Rahmenbedingungen für das Zusammenleben von Menschen haben sich erheblich verändert und sind heute durch eine bunte Vielfalt gekennzeichnet – darauf reagiert die Polizei.

Die Lebenswirklichkeit vieler Menschen hat sich in den vergangenen Jahren massiv verändert. Klassische Rollenbilder gelten als überholt, neue Lebensweisen sind schon lange fester Bestandteil einer toleranten Gesellschaft. Die Polizei hat auf diese neuen Lebensumstände frühzeitig reagiert.

Eine starke Stimme für alle Mitarbeitenden – das sind die Personalräte in den Polizeiinspektionen sowie der Bezirkspersonalrat der Polizeidirektion Göttingen, die bei personellen, sozialen und sonstigen innerbetrieblichen und organisatorischen Maßnahmen ein Mitspracherecht haben. 2020 war ihre Arbeit maßgeblich von der Corona-Krise geprägt. Mit dem ersten Lockdown im Frühjahr mussten Arbeitszeitmodelle entwickelt werden, um eine einsatzfähige Polizei auch bei Infizierungen und Quarantäne zu gewährleisten. Der Bezirkspersonalrat der Polizeidirektion Göttingen hat im Jahr 2020 zudem einen Generationenwechsel vollzogen, wie er in vielen Bereichen der Polizei momentan stattfindet. Er hat einen neuen Vorsitzenden und eine neue Tarifvertretung.

### **Gleichstellung**

Gleichberechtigung und Gleichstellung fördern und durchsetzen – das ist die Aufgabe der Gleichstellungsbeauf-

tragten der Polizeidirektion Göttingen. Neben Beratungsgesprächen zu unterschiedlichsten Inhalten, wie im Zuge der Corona-Pandemie der Möglichkeiten des Home-Office, sowie der Teilnahme an Auswahlkommissionen und Arbeitsgruppen stand der neue Gleichstellungsplan für die Polizeidirektion im Mittelpunkt der Arbeit. Weitere Themen waren die geschlechtergerechte Beurteilung und die Entwicklung von neuen Seminarmodulen, um Frauen für Führungspositionen weiterzubilden.

### **LSBTI-Ansprechpersonen**

Lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle Menschen (LSBTI) haben in der Polizeidirektion Göttingen gleich zwei Ansprechpersonen. Aufgabe ist unter anderem die Beratung und Begleitung von Mitarbeitenden bei Problemen, Konflikten oder Krisen sowie die Sensibilisierung und Aufklärung von Kolleginnen und Kollegen. Die Ansprechpersonen stehen dabei nicht nur Angehörigen der eigenen Organisation zur Verfügung – auch Bürgerinnen und Bürger können sich an sie wenden.

### **Schwerbehindertenvertretung**

Die Schwerbehindertenvertretung (SBV) hat die Aufgabe, die Eingliederung

schwerbehinderter Menschen in den Dienststellen zu fördern. Sie vertritt deren Interessen gegenüber der Behörde und den Inspektionen und steht ihnen beratend und helfend zur Seite. Im Rahmen der Mitbestimmung ist die SBV an Personalmaßnahmen, wie Stellenausschreibungen, Einstellungen, Versetzungen und Kündigungen, sowie an präventiven Maßnahmen zu beteiligen.

### **BEM – Betriebliches Eingliederungsmanagement**

Lösungswege aus einer langfristigen Erkrankung finden – durch Veränderungen am Arbeitsplatz, besondere Arbeitsmittel oder sogar einen eventuellen Arbeitsplatzwechsel – mit dem Ziel, künftige Krankheitsphasen von Mitarbeitenden wenn möglich zu minimieren – das ist die Aufgabe des betrieblichen Eingliederungsmanagements. Unterstützung erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Bedarf auch vom Personalrat, von der Schwerbehindertenvertretung, dem Polizeiarzt, der Gleichstellung und der Regionalen Beratungsstelle.

Alle Maßnahmen sind ein Angebot und basieren dabei auf freiwilliger Basis, der/die Betroffene ist immer „Herr des Verfahrens“.



## Einsatzmanagement

Wir sind da und helfen





## Modernes Notruf- und Einsatzmanagement

155.000 Notrufe erreichen die Leitstellen „Weser“ und „Süntel“

In der Polizeidirektion Göttingen wird das gesamte Notruf- und Einsatzmanagement in zwei Lage- und Führungszentralen koordiniert. Die Leitstelle „Weser“ ist dabei für den südlichen und östlichen Teil des Direktionsbereichs zuständig, die Leitstelle „Süntel“ in der Kooperativen Regionalleitstelle Weserbergland für den nördlichen und westlichen Teil.

Die Leitstelle „Weser“ koordiniert alle Notrufe und Einsätze, die aus den Bereichen der Polizeiinspektionen Göttingen und Northeim kommen. Darüber hinaus stellt sie als Behördenleitstelle eine Kontaktstelle zu anderen Behörden dar, etwa bei größeren oder behördenübergreifenden Einsätzen.

44 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der Leitstelle „Weser“ täglich an 24 Stunden im Schichtdienst tätig und bearbeiten durchschnittlich alle zwei

bis drei Minuten einen Notruf, der sie über die Notrufnummer 110 erreicht. Im Jahr 2020 erreichten 65.000 Notrufe (2019: 73.000) die Leitstelle „Weser“.

Die Leitstelle „Süntel“ ist für die Bereiche der Polizeiinspektionen Hildesheim, Hameln-Pyrmont/Holzwinden sowie Nienburg/Schaumburg zuständig. Hier gingen im abgelaufenen Jahr etwa 90.000 Notrufe (2019: 89.000) ein, die von 43 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bearbeitet wurden.

Nicht jeder Einsatz, der von den Leitstellen koordiniert wird, geht dabei auf einen Notruf zurück, auch Meldungen direkt bei einer Polizeiwache oder eigeninitiierte Feststellung der Beamtinnen und Beamten ziehen Einsätze nach sich. Im Jahr 2020 waren es insgesamt etwa 240.000 Einsätze in den beiden Leitstellen („Weser“: 96.000, „Süntel“: 144.000).

### Einsätze und Einsatzstunden

Im Jahr 2020 gab es eine ganze Reihe herausragender Einsätze, die mit einer Vielzahl von Einsatzstunden von den Beamtinnen und Beamten bewältigt werden mussten, darunter der Rückführungstransport deutscher Wiederaufbereitungsabfälle von Sellafeld nach Biblis im November (7.900 Einsatzstunden), die Waldrodung in Heckenbeck (4.800) und eine umfangreiche Ermittlungskommission im Bereich Drogenkriminalität (3.300). Den größten Posten machten jedoch die Corona-Kontroll- und Präsenzeinsätze sowie die Ausschreitungen im Zusammenhang mit Quarantänemaßnahmen an einem Göttinger Wohnkomplex mit insgesamt 78.400 Einsatzstunden aus. Insgesamt leisteten die Beamtinnen und Beamten im vergangenen Jahr 182.800 Einsatzstunden im Rahmen besonderer Einsätze (2019: 106.000).

## Die Pandemie in der Direktion

### Bewältigung eines neuen Alltags

Mit dem Beginn der Corona-Pandemie in Deutschland stand auch die Polizeidirektion Göttingen vor der Bewältigung einer äußerst dynamischen Lage und vielen neuen sowie unbekannteren Herausforderungen. Besonders in der Anfangsphase gab es viele Veränderungen, auf die sich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen mussten.

Zur Bündelung der zahlreichen Informationen sowie zur Koordination der sich aus der Lage ergebenden Maßnahmen

waschbare Mehrweg-Schutzhandschuhe

men – sowohl intern als auch extern – wurde am 11. März die Koordinierungsstelle (KoSt) „Corona“ unter der Leitung von Polizeioberrätin Maren Jäschke am Sitz der Polizeidirektion Göttingen eingerichtet. Die Federführung der KoSt „Corona“ liegt auch derzeit noch im Dezernat 12 (Einsatz/Gefahrenabwehr). Die Dezernate 01 (interne und externe Öffentlichkeitsarbeit), 13 (Personal), 14 (Technische Unterstützung und Einsatzmittel/Schutzausstattung), 21 (Haushalt/Beschaffung) sowie das Dezernat 22 (Recht) unterstützen durch ihre Fachkenntnisse die Arbeit der Koordinierungsstelle.

Nach kurzer Zeit wurden auch in den Polizeiinspektionen aufgrund der Vielzahl an notwendigen Regelungen eigene Koordinierungsstellen „Corona“ installiert.

Schutzbrille und FFP2-Maske

### Vielseitige Aufgaben in der „KoSt Corona“

Die Aufgaben in der KoSt „Corona“ waren bzw. sind anhand der nachfolgenden Beispiele immer noch äußerst vielseitig.

Nachdem die Beschränkungen im öffentlichen Raum zunächst selbstständig durch die jeweiligen Landkreise geregelt wurden, erschien am 24. März 2020 die erste landeseinheitliche Verordnung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung.

Bis zum Jahresende wurden mehr als 25 Fassungen der sogenannten „Corona-Verordnung“ erlassen, die auf die jeweilige Entwicklung der Pandemie reagiert haben.

Einwegschutzanzug

Die KoSt „Corona“ fasste die Regelungen der jeweils gültigen Verordnung in sogenannten Handouts für die kontrollierenden Einsatzkräfte zur Erleichterung dieser Aufgabe und zur Stärkung der Handlungssicherheit zusammen.

Auch intern wurde auf die neue Situation reagiert: Um den möglichen Ausfall einer größeren Anzahl von Mitarbeiterinnen und





Mitarbeitern zu verhindern bzw. zu bewältigen und die Funktionsfähigkeit der Polizei in diesem Fall zu gewährleisten, wurden durch die Polizeiinspektionen, die Zentrale Kriminalinspektion und den Stab der Polizeidirektion Göttingen sogenannte Pandemiepläne entwickelt. Zudem wurden unter anderem Hygienemaßnahmen umgesetzt, Kohorten gebildet und Schichtpläne umgestellt.

Dank dieser schnellen Reaktion blieb die Zahl der Infektionen in der Polizeidirektion Göttingen niedrig: Bis zum 31. Dezember 2020 waren lediglich 41 der fast 3.000

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Covid-19 erkrankt. Es lässt sich also in einem ersten Fazit festhalten, dass vermutlich durch die getroffenen Maßnahmen und die konsequente Einhaltung der Infektionsschutzregeln die Erkrankung einer größeren Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis zum Jahresende 2020 verhindert und die

Arbeit der Polizei sichergestellt werden konnte. Ein großer Arbeitsanteil in der KoSt „Corona“ waren auch die zahlreichen neuen Herausforderungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz und der Arbeitszeit. Es mussten unter anderem Regelungen für die Arbeit im Home-Office, zur Betreuung der eigenen Kinder durch die Mitarbei-



„Ein großer Arbeitsanteil in der KoSt „Corona“ waren auch die zahlreichen neuen Herausforderungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz und der Arbeitszeit.“

terinnen und Mitarbeiter, dem Umgang mit Mitarbeitenden, die in amtlicher oder vorsorglicher Quarantäne waren und Mitarbeitenden, die einer Risikogruppe angehören, getroffen werden. Weiterhin mussten auch Themen wie Urlaubsreisen oder die Rückkehr aus Risikogebieten, der Umgang mit Dienstreisen und die Nutzung des öffentlichen

Nahverkehrs durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei betrachtet werden.

Die Aus- und Fortbildung der Kolleginnen und Kollegen wurde auf eine pandemiekonforme Umsetzung umgestellt. Es wurden umfassende Hygienekonzepte oder Lehrgänge in digitaler Form entwickelt.

In Zusammenarbeit mit den Dezernaten 14 und 21 wurde auch umfassend unterschiedliche Schutzausstattung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Hierbei wurden unter anderem Einweghandschuhe, OP-, FFP2-, und sogenannte Alltagsmasken, Schutzbrillen, Einweganzüge und Desinfektionsmittel über die Zentrale Polizeidirektion beschafft.

Abschließend ist festzustellen, dass die Corona-Pandemie viele neue Herausforderungen für die Polizeidirektion Göttingen geschaffen hat und auch im Jahr 2021 einen wesentlichen Anteil in der täglichen Polizeiarbeit einnehmen wird.

## Erfahrungsbericht Rückzug ins Private: Arbeiten in der Corona-Pandemie

Ines Radünz ist Sachbearbeiterin in der Regionalen Analysestelle im Dezernat 11 der Polizeidirektion Göttingen. Sie arbeitet in Teilzeit, um ihren Sohn im Kindergartenalter betreuen zu können. Die Corona-Pandemie hat sie – wie so viele Menschen – vor Herausforderungen gestellt. Ihr Telearbeitsplatz hat ihr jedoch geholfen, die Zeit des Lockdowns zu überbrücken. In einem Erfahrungsbericht schildert sie, wie ihr das gelungen ist und was der Rückzug ins Private in der Praxis bedeutete.



„Da mein Mann beruflich sehr viel unterwegs ist, bin ich fast ausschließlich für die Kinderbetreuung zuständig. Aktuell habe ich eine Wochenarbeitszeit von 20 Stunden. Damit ich Beruf und Familie gut miteinander vereinbaren kann, habe ich mich vor längerer Zeit dazu entschlossen, einen Telearbeitsplatz zu beantragen. Das bietet mir die Möglichkeit, grundsätzlich zwei Tage im Home-Office und drei Tage in der Dienststelle zu arbeiten. Als es im März 2020 zum ersten Lockdown kam, befand ich mich in einer glücklichen Situation, da ich aufgrund meines bereits bestehenden Telearbeitsplatzes zu Hause technisch ausgerüstet und somit voll arbeitsfähig war. Die einzige Schwierigkeit bestand nun plötzlich darin, einen 4-Jährigen während meiner Arbeitszeit zu beschäftigen. Das funktionierte allerdings besser als gedacht, da sich mein Sohn schon weitestgehend selber mit unterschiedlichen Dingen befassen konnte. Somit ließen sich Arbeit und Kind gut miteinander kombinieren. Allerdings war anfangs noch nicht absehbar, dass in den folgenden Tagen aus meinem Vier-Stunden-Arbeitstag ein

bis zu Acht-Stunden-Arbeitstag werden sollte. Immer mehr Mitarbeitende wurden ins Home-Office geschickt oder waren krank, so dass wir plötzlich mit erheblichem Personalmangel und technisch schlecht ausgestatteten Home-Office-Arbeitsplätzen vor neuen Herausforderungen standen. Unser Dezernat sollte ja weiterhin arbeitsfähig bleiben. Es mussten Lösungen für alltägliche Dinge geschaffen werden, wie etwa die eigentlich einfache Vorbereitung und Besprechung der Frühlage mit allen Mitarbeitenden des Dezernats. Ich konnte viele Aufgaben übernehmen, weil ich zu dem Personenkreis zählte, der von zu Hause aus voll arbeiten konnte. Das Aufkommen war mit meiner Arbeitszeit jedoch nicht zu schaffen.“

### Flut an Corona-Anfragen

Neben den Alltagsaufgaben kam erschwerend hinzu, dass speziell für meinen Arbeitsbereich der Auswertung eine noch nie dagewesene Zahl an Anfragen in Bezug auf Corona gestellt wurden. Es erforderte Ruhe und Konzentration sich ein Konzept zu

überlegen, wie diese Anfragen technisch umzusetzen sind. Da aber mein Sohn acht Stunden am Stück nicht ohne Betreuung auskam, war das für mich die größte Herausforderung – allen gerecht zu werden. Ich habe schnell gemerkt, dass ich mit dieser Doppelbelastung nicht lange durchhalten werde. Also strukturierte ich meinen Tag neu: Ich begann um 6 Uhr zu arbeiten, wenn mein Sohn noch schlief, und nutzte über den Tag jede Gelegenheit, die sich zum Arbeiten bot. Unerledigte Aufgaben holte ich nach, wenn mein Mann zuhause war. Nach circa vier Wochen hatte sich die Lage etwas entspannt. Im Dezernat hatte sich ein beständiger, gut funktionierender Alltag unter besonderen Umständen eingespielt. Somit konnte ich die zahlreichen Überstunden abbauen und danach meinen gewohnten vier Stunden Arbeitsalltag mit meinem Sohn bis Mitte August unproblematisch von zu Hause aus fortführen. Abschließend kann ich sagen, dass ich dank meines Telearbeitsplatzes sehr flexibel war und ich dadurch die Herausforderungen gut meistern konnte.“



## Ausstattung in der Pandemie

### Schutzausrüstung für alle Einsatzkräfte

Die Corona Pandemie hat im Jahr 2020 auch im Bereich Führungs- und Einsatzmittel einige logistische Herausforderungen mit sich gebracht und Arbeitsschwerpunkte maßgeblich mitbestimmt. Mit Einsetzen der Pandemie im Frühjahr 2020 galt es zunächst bei knappen Ressourcen entsprechende Schutzausrüstung bedarfsgerecht an die Dienststellen in der Polizeidirektion Göttingen zu verteilen.

Neben zertifizierten FFP-Masken für Einsatzsituationen mit erhöhtem Infektionsrisiko sowie medizinischen OP-Masken wurden für alle Mitarbeitenden auch sogenannte Community-Masken beschafft, die beispielsweise auf der Dienststelle oder bei schlicht hoheitlichen Aufgaben getragen werden konnten. Außerdem wurden unter anderem Einmal-Schutzanzüge und -Handschuhe, Schutzbrillen, diverse Hand- und Flächendesinfektionsmittel, aber auch Trennschutzwände aus Plexiglas in der gesamten Polizeidirektion Göttingen in die unterschiedlichsten Arbeitsbereiche verteilt. Dies erfolgte in enger Abstimmung zwischen dem Dezernat 14 und der im Dezernat 12 eingerichteten Koordinierungsstelle „Corona“. Die Schutzausrüstung wurde dabei sowohl zentral durch das Land Niedersachsen als auch eigenständig durch die Polizeidirektion Göttingen beschafft.

Daneben musste aber auch speziell im IT-Bereich auf neue, durch die Pandemie verursachte Gegebenheiten reagiert werden. So wurden bereits vorhandene Möglichkeiten der VPN-Nutzung (verschlüsselter Fernzugriff auf das Dienststellenetz) weiter ausge-



baut, sodass Mitarbeitende, die nicht unmittelbar im operativen Bereich tätig sind, bei Bedarf im Home-Office ihrer Arbeit nachgehen können.

Darüber hinaus wurde auch die Nutzung von Videokonferenzsystemen weiter intensiviert, um im Rahmen der Kontaktreduzierung Besprechungen als Videokonferenzen abhalten zu können. Die Software wurde dabei vom IT-Dienstleister IT Niedersachsen auf dem sogenannten Polizei Client, dem Standard-IT-System der Polizei Niedersachsen, zur Verfügung gestellt.

Daneben wurden weitere Peripheriegeräte wie Kameras und Headsets innerhalb der Polizeidirektion Göttingen beschafft. Die positiven Erfahrungen, gerade mit den Videokonferenzsystemen, haben gezeigt, dass sich auch

nach der Pandemie viele Vorteile durch die neuen Techniken ergeben. So muss beispielsweise zukünftig nicht mehr jede Besprechung als Präsenzveranstaltung stattfinden. Neben einem Zeitvorteil für den Einzelnen durch den Wegfall von Anfahrtswegen können insbesondere auch Kosten bei den Dienstreisen eingespart werden. Gleichwohl können dadurch Präsenzbesprechungen nicht in Gänze ersetzt werden.

Daneben greift die Polizeidirektion Göttingen weiterhin auf die bewährten Kommunikationsmittel wie die Telefonie oder E-Mail zurück. Im Bereich der Telefonie wurden und werden auch zukünftig in der gesamten Polizeidirektion Göttingen die weiteren Voraussetzungen für die Umstellung der noch vorhandenen analogen Technik auf moderne IP-Technik vollzogen.



## Tandem-Projekt Einsatzbearbeitung

### Einblick in neue Bereiche: Teams tauschen ihre Dienststellen

Junge Polizeibeamtinnen und -beamte werden nach Abschluss ihres Studiums immer öfter in die beiden Leitstellen der Polizeidirektion Göttingen versetzt. Um diesen jungen Mitarbeitenden schon früh den Einsatz- und Streifenbereich näherzubringen und damit einem häufig geäußerten Wunsch entsprechen zu können, wurde in Dezernat 12 der Polizeidirektion ein Projekt ins Leben gerufen – die Tandem-Einsatzbearbeitung (TEG).

Die neuen Kolleginnen und Kollegen werden oftmals in die Leitstellen versetzt, ohne Erfahrungen im Einsatz- und Streifenbereich (ESD) gesammelt zu haben. Diese Erfahrungen sind in einer Polizeileitstelle bei der Einsatzannahme, -vergabe und -koordination jedoch ein zentrales Element, um ein qualitativ hochwertiges Einsatzmanagement zu betreiben. Schon nach kurzer Verweildauer wechseln die jungen Kolleginnen und Kollegen deshalb in den ESD. Versetzungen von (dienst)erfahrenen Polizeibeamten und -beamtinnen aus den Einsatz- und Streifenbereichen in die beiden Leitstellen erfolgen dagegen nur

selten. Um beiden Seiten die Möglichkeit zu geben, beide Bereiche kennenzulernen, besteht bereits seit mehreren Jahren die Option einer Hospitation im jeweils anderen Bereich – und diese Option wird immer intensiver in Anspruch genommen. Denn durch die Wahrnehmung der Aufgaben in der Leitstelle wird unter anderem das Verständnis für die Zusammenarbeit erhöht, und auch die Erweiterung der persönlichen Kompetenzen wird als ein großer Vorteil der Hospitation betrachtet.

Die bisherigen Hospitationen werden jetzt durch das Projekt TEG strukturiert: Jeweils ein Teilnehmer/eine Teilnehmerin aus dem Einsatz- und Streifenbereich der Polizeiinspektionen Göttingen und Hameln-Pyrmont/Holz Minden bildet zusammen mit einem Teilnehmer/einer Teilnehmerin aus einer der beiden Leitstellen ein Tandem und tauscht für einen Zeitraum von drei Monaten die jeweilige Dienststelle.

Nach einem erfolgreichen Interessensbekundungsverfahren ist das Projekt, das im Jahr 2020 geplant wurde, am 1. Januar 2021 gestartet und wird bis

Ende des Jahres dauern. Die Organisation und Umsetzung des Projekts hat das Dezernat 12 verantwortlich übernommen. Es wurden sieben Teams gebildet, die nun in der jeweils anderen Dienststelle ihren Dienst versehen. Die Pilotierung ermöglicht den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Erweiterung ihrer Tätigkeiten und den Ausbau von Kompetenzen im Rahmen einer abwechslungsreichen Dienstverrichtung. Sie können ihr Fachwissen sowohl im Bereich der Leitstellen als auch im ESD erweitern, das Zusammenwirken der Organisationseinheiten (noch) besser verstehen sowie dabei helfen, das wechselseitige Verständnis zu fördern und den Wissenstransfer zu optimieren.

Begrüßt wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Projekt Ende November 2020 von Polizeioberrätin Maren Ilka Jäschke, damalige Dezernatsleiterin 12. Sie lernten sich im Rahmen einer kurzen Informationsveranstaltung kennen und erhielten von Pilotierungsleiterin, Polizeioberkommissarin Anne Petzoldt, allgemeine sowie individuelle Hinweise zum Start der Pilotierung.



# Hunde im Dienst der Polizei

## Wie aus einem Welpen ein Schutzhund wird

Die Polizeidirektion Göttingen verfügt über 34 Diensthunde, vier davon befinden sich noch in der Ausbildung. Doch wie wird man Diensthundführer? Wie sieht der Werdegang aus? Und wie wird der Hund ausgebildet? Darüber berichtet Polizeikommissarin Antonia Biella von der Diensthundführergruppe Hameln.

„Seit dem 1. Oktober 2019 bin ich Angehörige der Diensthundführergruppe Hameln. Mein Diensthund Fang wurde mir im Alter von 14 Monaten nach erfolgter Eignungsüberprüfung und Ankauf durch das Zentrale Diensthundwesen der ZPD zugewiesen. Damit begann unsere gemeinsame Zeit.

Die Diensthunde leben bei ihren Diensthundführern und werden somit ein Familienmitglied. Um Fang in meine Familie integrieren zu können, musste ich ihn zunächst an meinen bereits vorhandenen Hund gewöhnen. Danach



stand dem Zusammenleben und der gemeinsamen Ausbildung nichts mehr im Wege. Um mit Fang ein Team zu werden, verbrachte ich vom ersten Tag an viel Zeit mit ihm. Zur Förderung unserer Bindung, seines Gehorsams und seiner Umweltsicherheit stellte ich ihm Aufgaben, die mit viel Spiel und Futter belohnt wurden.

Damit der Diensthundführer mit seinem Diensthund die Einsatzfähigkeit erhält, müssen zwei Voraussetzungen gegeben sein:

### 1. Teilnahme am Basis-Seminar für Diensthundführer

Der/die zukünftige Diensthundführer/-in muss das Basis-Seminar für zukünftige Diensthundführer beim Zentralen Diensthundwesen der ZPD mit Erfolg besuchen. Dieses Seminar dauert insgesamt vier Wochen. Hier wird ein umfangreiches Fachwissen in Form von spezifischen Rechtsvorschriften, Lern-

verhalten und Fähigkeiten von Hunden, Ausbildungsmethodiken sowie in der Anatomie von Hunden vermittelt. Das Seminar endet mit einer theoretischen und praktischen Prüfung.

### 2. Bestehen der Zulassungsprüfung

Um ein erfolgreiches Bestehen der Zulassungsprüfung zu gewährleisten, ist eine umfangreiche und intensive Ausbildung des Diensthundes notwendig. Diese Ausbildung findet in der Regel bei der jeweiligen Diensthundführergruppe unter Leitung eines erfahrenen Diensthundführers, dem Aus- und Fortbildungsleiter, statt. Zurzeit findet die Ausbildung der Diensthundführer der Polizeidirektion Göttingen und ihrer Junghunde zentral unter der Leitung der Aus- und Fortbildungsleiterin der Diensthundführergruppe Hildesheim statt.

Die Zulassungsprüfung für Diensthun-

de der Polizei Niedersachsen beinhaltet drei Hauptelemente, auf die der/die Diensthundführer/-in mit seinem/ihrer Diensthund vorbereitet werden: Gehorsam, Nasenarbeit und Schutzdienst. Wichtige Voraussetzung für den Einsatz des Teams Diensthundführer/-in und Diensthund ist der **Gehorsam**. Der Diensthund muss auf Hörzeichen „bei Fuß gehen“, das heißt, seinem/ihrer Diensthundführer/-in auch unter Richtungswechseln und in unterschiedlichen Laufgeschwindigkeiten eng folgen. Dabei müssen auf Hörzeichen auch verschiedenste Positionen, wie „Sitz“, „Platz“ und „Steh“ ausgeführt werden.

Bei einer Schussabgabe soll sich der Diensthund unbeeindruckt und neutral verhalten.

Der Diensthund muss zeigen, dass er sich gegenüber einer zu kontrollierenden Personengruppe aufmerksam verhält und auf Anweisung verschiedene Hindernisse überwindet. Auch das Tragen des Diensthundes ist Bestandteil des Gehorsams. Dies könnte in späteren Einsatzlagen benötigt werden, um den Diensthund über Scherben oder ähnliches hinwegzutragen und somit vor Verletzungen zu schützen.

Die Neutralität anderen Hunden gegenüber wird in der Zulassungsprüfung ebenfalls überprüft. Denn in manchen Einsätzen, wie Demonstrationen oder Fußballspiele, ist es erforderlich, dass mehrere Diensthundführer zeitgleich mit ihren Diensthunden agieren.

Bei der **Nasenarbeit** wird der Hund ausgebildet, unabhängig von der Umgebung – Wald, Wiesen, Wege – verschiedenste Gegenstände aufzufinden und anzuzeigen. Dies ist im späteren Einsatz für die Beweismittelsuche (unter anderem Diebesgut oder Tatwerkzeuge) von Bedeutung. Hierbei wird der Diensthund darauf konditioniert, auf jeden Gegenstand, der sich geruchlich von der Umgebung abhebt, zu reagieren.

Im **Schutzdienst** muss der Diensthund lernen, einen sich verborgen haltenden Täter – hier den sogenannten Schutzdiensthelfer – aufzuspüren und durch Verbellen anzuzeigen. Ebenso muss er die körperliche Durchsuchung und den Transport eines vorläufig festgenommenen Täters absichern sowie dessen Flucht auf Anweisung durch Zubeißen verhindern. Gibt der Täter die Flucht auf, so hat der Diensthund den Täter zu stellen und zu verbellen. Auch müssen Angriffe auf den/ die Diensthundführer/-in und andere Personen vom Diensthund zuverlässig vereitelt werden.

### 3. Einsatzfähigkeit nach Prüfung

Mit erfolgreich bestandener Zulassungsprüfung erlangt das Team Diensthundführer/-in und Diensthund seine Einsatzfähigkeit und der Diensthund wird als „Schutzhund“ im Dienst geführt. Das heißt, ab jetzt können er und sein/e Diensthundführer/in in realen Einsätzen ihr Können unter Beweis stellen.

Zum Fortbestehen der Einsatzfähigkeit ist jedoch weiterhin ein umfangreiches und intensives Training erforderlich. Das Können des Teams wird regelmäßig im Rahmen von Übungen und Sichtungungen geprüft.

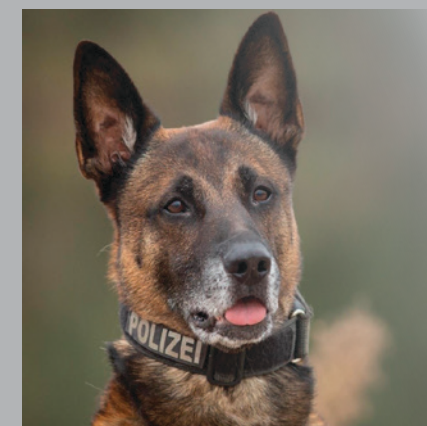
Nach erfolgreicher Ausbildung zum Schutzhund schließt sich in der Regel die Überprüfung zum Spezial-Diensthund an. Spezial-Diensthunde erhalten eine Zusatzausbildung, beispielsweise zum Auffinden von Rauschgift, Sprengstoff, Brandmitteln oder Leichen.

Die sogenannte „Eignungsüberprüfung Spezialhund“ findet wiederum beim Zentralen Diensthundwesen der ZPD statt und beinhaltet ein sehr anspruchsvolles Programm an Übungen, bei denen Gehorsam, Umweltsicherheit, Belastbarkeit und Ausdauer des Diensthundes beurteilt werden. Auch vor dieser Überprüfung ist natürlich ein intensives Training als Vorbereitung notwendig, das bei der eigenen Diensthundführergruppe absolviert wird.

## Diensthunde im Einsatz

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts des illegalen Anbaus von Marihuana und Handeltreibens in nicht geringer Menge, plante die Zentrale Kriminalinspektion (ZKI) Hildesheim eine richterlich angeordnete Durchsuchung in Bad Münder. Hierbei unterstützte die Diensthundführergruppe Hameln mit dem Rauschgiftspürhund (RSH) „Maylo“ und dem Rauschgiftspürhund mit Zusatzqualifikation Banknotenspürhund (BNSH) „Cash“, sowie zwei Schutzhunden.

Ermittlungen der ZKI deuteten auf eine Indoor-Plantage in einem größeren Gehöft hin. Nach Umstellung mit Kräften der Zentralen Polizeidirektion unter Einbindung zweier Schutzhunde der Diensthundführergruppe Hameln



wurde zunächst Sicherheit im Objekt hergestellt. Dabei stellte sich heraus, dass sich in dem Gehöft tatsächlich eine Indoor-Plantage zum Anbau von Marihuana befand. Weitere aufgefundene Baumaterialien sowie ein vorbereiteter Raum deuteten darauf hin, dass eine weitere Indoor-Plantage eingerichtet werden sollte. Im Bereich der Plantage wurden etwa 25 Kilogramm Marihuana beschlagnahmt.



## Erfahrungsbericht

### Mit der Bodycam im Einsatz



Aufgrund der Beleidigung und des aggressiven, bedrohlichen Verhaltens wurde durch einen Beamten die „Bodycam“ eingeschaltet. Daraufhin veränderte der Kontrollierte schlagartig sein Verhalten.



Mit Jahresbeginn 2020 hat die Polizeidirektion Göttingen die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass in allen Polizeiinspektionen die sogenannten Bodycams im täglichen Dienst durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einsatz- und Ermittlungsbereichen eingesetzt werden können.

Grundlage für die Einführung der Bodycams waren unter anderem die angepassten rechtlichen Voraussetzungen im Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG), die den nun uneingeschränkten Einsatz der Kameras zulassen. Er wird durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einsatz- und Streifendienste durchgehend positiv bewertet und hat schon in einigen brisanten Einsätzen zur Deeskalation beigetragen.

#### Aus dem Dienstalltag

Über einen solchen Einsatz berichtet Polizeikommissar Jan Fischer von der Polizeiinspektion Göttingen:

„Die Bodycam wurde im Rahmen einer stationären Verkehrskontrolle eingesetzt. Die Zielrichtung der Kontrolle war das Ahnden von Verkehrsordnungswidrigkeiten, insbesondere das Befahren eines Radweges in nicht zulässiger Fahrtrichtung im Bereich eines Unfall-

schwerpunktes. Im Verlauf der Kontrolle wurde ein Radfahrer überprüft, der den überwachten Radweg in falscher Richtung befuhr.

Nachdem er von den Beamten angehalten wurde, reagierte er umgehend aufgebracht und stellte die Sinnhaftigkeit der Maßnahme infrage. Die eingesetzten Polizeibeamten erläuterten ihm den Grund der Maßnahme sowie den weiteren Ablauf. Hierauf reagierte der Radfahrer verbal äußerst aggressiv. Zudem baute er sich in bedrohlicher Körperhaltung vor den Beamten auf. Plötzlich versuchte er, mit seinem Fahrrad zu flüchten.

Da die Identität des Radfahrers für das Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren noch nicht feststand, positionierte sich einer der Beamten im Verlauf seines gewollten „Fluchtweges“ und wies ihn an, zu bleiben. Hierauf re-

agierte er weiter aggressiv und stellte anhaltend die Sinnhaftigkeit der Maßnahme in Frage. Der Aufforderung sich auszuweisen, kam der Radfahrer zwar widerwillig nach, quittierte dies aber begleitend mit den Worten: „Sie sind Arschlöcher“.

#### Mehrfach entschuldigt

Aufgrund der Beleidigung und des aggressiven, bedrohlichen Verhaltens schaltete einer der Beamten die Bodycam ein, was dem Radfahrer auch mitgeteilt wurde. Daraufhin veränderte dieser schlagartig sein Verhalten. Nach einer Belehrung zeigte er sich zwar weiterhin uneinsichtig in Bezug auf die Verkehrsordnungswidrigkeit, trotzdem entschuldigte er sich im weiteren Verlauf noch mehrfach für die Beleidigung. Sein aggressives Verhalten legte er vollständig ab.



## Kriminalitätsbekämpfung

Wir ermitteln und klären auf



**Straftaten und Aufklärungsquote  
(Polizeidirektion Göttingen)**



## Kriminalitätsentwicklung in der Polizeidirektion

### Pandemie führt zu deutlichem Rückgang von Wohnungseinbrüchen

Welche Straftaten kommen wie häufig vor? Wie entwickeln sich die unterschiedlichen Deliktstypen? Antworten auf diese und weitere Fragen liefert die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), in der jährlich alle polizeilich erfassten Straftaten nach dem Strafgesetzbuch und den Strafnabengesetzen für die Polizeidirektion Göttingen registriert und aufbereitet werden.

Die Anzahl der Straftaten, die im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen begangen worden sind, ist 2020 bei einem Rückgang von -3,07 Prozent (-2.199 Delikte) auf 69.354 und damit den niedrigsten Stand seit Bestehen der Polizeidirektion Göttingen zurückgegangen. Insgesamt wurde gegen 31.482 Tatverdächtige ermittelt. Dabei konnte die Aufklärungsquote um +2,57 Prozentpunkte auf 66,45 Prozent und damit auf den höchsten Wert seit Bestehen der Polizeidirektion Göttingen

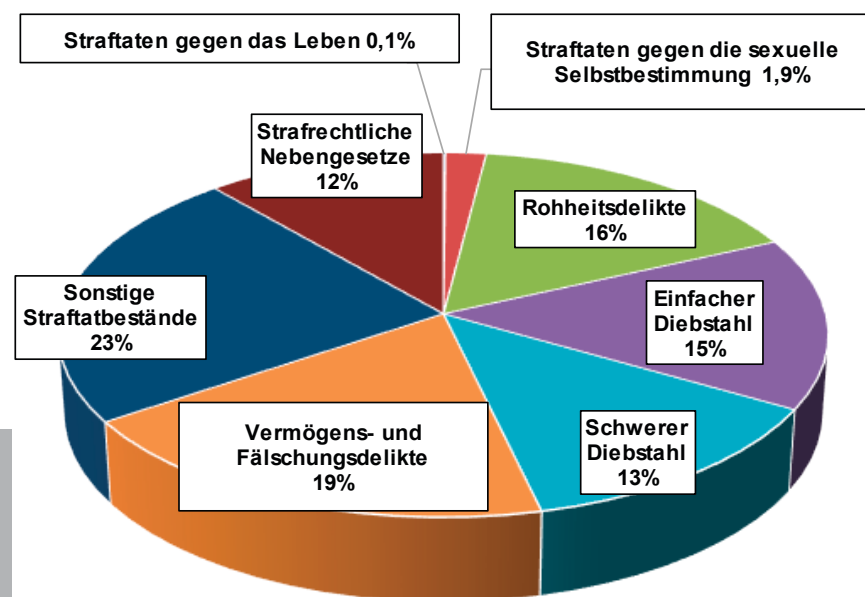
gesteigert werden. Sie liegt um rund 2,2 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt. Die Polizeidirektion Göttingen gehört damit weiterhin zu den sichersten Regionen in Niedersachsen. Dieser Erfolg ist das Verdienst aller Mitarbeitenden, die damit auch unter Pandemie-Bedingungen und deren Einschränkungen ihre Arbeit unbeirrt weitergeführt haben.

#### Tötungsdelikte

Straftaten gegen das Leben sind im Berichtszeitraum leicht um +10 auf 70

Taten (+16,67 Prozent) angestiegen. Die Aufklärungsquote ist dabei leicht um -1,67 Prozentpunkte auf 90 Prozent zurückgegangen. Das bedeutet, dass in neun von zehn Fällen Täter ermittelt werden konnten.

Straftaten, die als (versuchter) Mord oder Totschlag eingestuft wurden, sind leicht um +4,88 Prozent (+2 auf 43 Delikte) angestiegen. Von diesen 43 Taten wurden 41 aufgeklärt (95,35 Prozent), 34 blieben im Versuchsstadium.



Das Diagramm zeigt die anteilige Verteilung der einzelnen Deliktsbereiche in der Polizeidirektion Göttingen im Jahr 2020.

#### Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Sexualdelikte sind im vergangenen Jahr um 6,8 Prozent (+84 Delikte) auf 1.319 Taten angestiegen. Die Aufklärungsquote wurde auf hohem Niveau nochmals leicht um 0,71 Prozentpunkte auf 90,75 Prozent gesteigert.

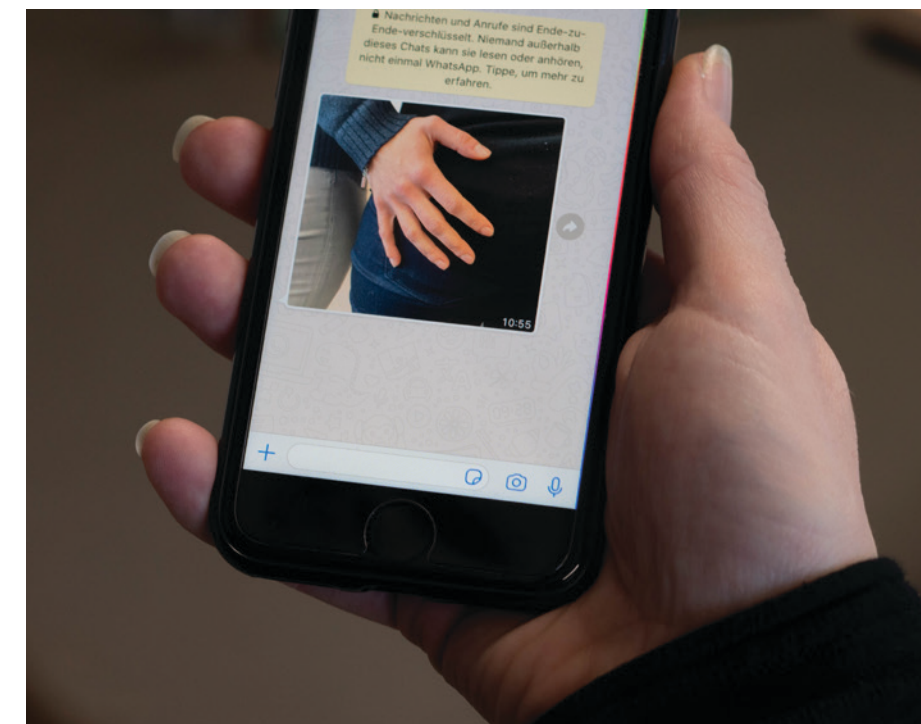
Die Anzahl der ermittlungintensiven Verfahren wegen des Besitzes oder Verbreitens von Kinder- und Jugendpornografie ist ebenfalls um 9,4 Prozent (+35 auf 409 Taten) gestiegen. Diese Entwicklung dürfte im Wesentlichen auf die umfangreichen Verfahren zurückzuführen sein, die bereits von der Polizei geführt wurden. Dabei gerieten immer neue Täter und Täterinnen in den Fokus, so dass neue Verfahren generiert werden. Darüber hinaus wirken sich auch die sogenannten „NCMEC-Verfahren“ aus – Verfahren, die von den Ermittlungsbehörden in den USA und Kanada auf nordamerikanischen Servern entdeckt und den deutschen Strafverfolgungsbehörden übermittelt werden.

#### Rohheitsdelikte

Die Anzahl der Rohheitsdelikte ist um -3,35 Prozent (-387 auf 11.177 Taten) zurückgegangen. Die Aufklärungsquote wurde auf 97,64 Prozent und damit auf dem hohen Vorjahresniveau stabilisiert. Insbesondere die Rückgänge der Raub- (-12,09 Prozent, -51 auf 371 Taten) und der Körperverletzungsdelikte (-6,19 Prozent, -496 auf 7.511 Taten) sind dabei erfreulich deutlich. Diese Entwicklung dürfte unter anderem auf die Corona-Beschränkungen zurückzuführen sein. Dem entgegen stieg die Anzahl der zur Anzeige gebrachten Bedrohungen um +8,17 Prozent (+137 auf 1.813 Taten) an.

#### Häusliche Gewalt

Der zu Beginn der Pandemie prognostizierte Anstieg von Fällen der häuslichen Gewalt bestätigt sich rein zahlenmäßig. Im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen stieg die Anzahl der



zur Anzeige gebrachten Straftaten im Kontext häuslicher Gewalt im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 9,21 Prozent (+282) auf 3.343 Fälle und damit auf den höchsten Wert im 10-Jahresvergleich in allen Polizeidirektionen. 60 Prozent aller Opfer erlebten Beziehungsgewalt im gemeinsamen Haushalt, darüber hinaus wurde Gewalt etwa gegen Ex-Partnerinnen und -partner oder Verwandte verübt. Feststellbar ist zudem, dass Opfer häuslicher Gewalt 2020 häufiger die Gelegenheit nutzten, online Anzeige zu erstatten. Die Dienststellen wurden in 20 Fällen mit vollendeten oder versuchten Tötungsdelikten konfrontiert. 2.156 Frauen und 799 Männer wurden Opfer von Rohheitsdelikten, zumeist in Zusammenhang mit häuslicher Gewalt. Neben den unmittelbar Betroffenen leiden häufig auch Kinder unter erlebter familiärer Gewalt. Allen Opfern konnte 2020 eine notwendige Unterstützung und Beratung zuteilwerden, denn das Netzwerk zwischen Polizei, Opferhilfe, Beratungsstellen, Frauenhäusern und Jugendämtern konnte stabil aufrechterhalten und in Anspruch genommen werden. Opferschutz steht bei jedem Einsatz häuslicher Gewalt im Vordergrund. Gegen die Gewaltausübenden

können Wegweisungen aus der gemeinsamen Wohnung oder Aufenthaltsverbote am Arbeitsplatz oder an der Schule der Kinder ausgesprochen werden. Eine Unterbringung für die Zeit dieser Trennung konnte pandemiebedingt in Einzelfällen durch die Kommunen geregelt werden. Zukünftig wird sich die Polizeidirektion Göttingen noch intensiver mit der Früherkennung und Bekämpfung häuslicher Gewalt befassen und Standards zur Früherkennung von Risikofällen für die ersteinschreitenden Kolleginnen und Kollegen vor Ort sowie Fallkonferenzen zur Verhinderung von Hochrisikofällen und eskalierender Gewalt initiieren. In der Prävention wird das bewährte Netzwerk gegen Gewalt in allen Landkreisen fortgeführt.

#### Diebstahlsdelikte

Aufgrund der (Bewegungs-)Einschränkungen der beiden Lockdowns im Kontext der Corona-Pandemie sind die zur Anzeige gebrachten Diebstahlsdelikte – analog zum Landestrend – massiv um -13,15 Prozent (-2.965 auf 19.577 Taten) auf den niedrigsten Stand im Langzeitvergleich zurückgegangen. Die Gesamtaufklärungsquote dieser Deliktgruppe konnte um +2,42 Prozent



punkte auf 37,12 Prozent gesteigert werden. Im Berichtszeitraum waren die sogenannten „einfachen“ Diebstahlsdelikte (-12,92 Prozent, -1.570 auf 10.583 Taten) und die Einbruchdelikte (-13,43 Prozent, -1.395 auf 8.994 Taten) etwa im gleichen Maße stark rückläufig. Die Aufklärungsquote des einfachen Diebstahls konnte mit einem Zuwachs von +2,21 Prozentpunkten auf 47,68 Prozent und damit den höchsten Stand, die Aufklärungsquote des schweren Diebstahls um + 2,60 Prozentpunkte auf 24,69 Prozent, also den dritthöchsten Wert der vergangenen zehn Jahre, gesteigert werden. Erfreulich in diesem Zusammenhang ist, dass die Anzahl der Wohnungseinbrüche weiterhin stark zurückgeht. Im Jahr 2020 betrug der Rückgang -10,38 Prozent (-135 auf 1.166 Taten). Die Aufklärungsquote ist im selben Zeitraum um -9,41 Prozentpunkte auf 21,18 Prozent rückläufig gewesen. Darüber hinaus scheinen auch die präventiven Anstrengungen Wirkung zu zeigen. Die Anzahl der vollendeten Wohnungseinbrüche ist im Berichtszeitraum um -12,44 Prozent (-100 auf 704 Taten) deutlich zurückgegangen.

### Vermögens- und Fälschungsdelikte

Straftaten dieser Deliktgruppe sind im vergangenen Jahr um -6,39 Prozent (-906 auf 13.278 Taten) zurückgegangen. Die Gesamtaufklärungsquote konnte dabei mit 75,5 Prozent auf dem hohen Niveau des Jahres 2019 stabilisiert werden. Betrugsdelikte sind im Berichtsjahr 2020 um -7,29 Prozent (-800 auf noch 10.181 Taten) zurückgegangen. Bemerkenswert ist, dass Betrugsdelikte, die unter Nutzung des Internets begangen wurden, im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion deutlich um +9,85 Prozent (+309 auf 3.446 Delikte) ange-



stiegen sind. Diese Entwicklung dürfte ebenfalls auf die Pandemie zurückzuführen sein, während der offenbar auch Täter in einer Art „Home-Office“ tätig geworden sind.

### Strafrechtliche Nebengesetze

Zum Nebenstrafrecht werden alle Strafnormen gerechnet, die nicht im Strafgesetzbuch, sondern in anderen Rechtsnormen – Gesetze, aber auch strafbewehrte Rechtsverordnungen – enthalten sind. Dazu zählen unter an-



**Täter nutzen Mitleid, Hilfsbereitschaft oder Respekt vor staatlicher Autorität skrupellos aus, um an die Vermögenswerte von Seniorinnen und Senioren zu gelangen.**

derem das Betäubungsmittelgesetz, das Jugendschutzgesetz oder auch das Infektionsschutzgesetz. Straftaten gegen diese strafrechtlichen Nebengesetze sind im Jahr 2020 deutlich um +18,23 Prozent (+1.207 auf 7.828 Taten) angestiegen. Die Aufklärungsquote ist mit rund 95,5 Prozent auf einem hohen Niveau.

Die Entwicklung steigender Fallzahlen dürfte im Wesentlichen durch den Anstieg der Rauschgiftdelikte um +26,05 Prozent (+1.233 auf 5.966 Taten) und damit auf den höchsten Wert der vergangenen zehn Jahre erklärlich sein. Aufgrund der erhöhten Kontrolltätigkeit im Zuge der Corona-Pandemie sind damit erwartungsgemäß auch andere Straftaten aufgedeckt worden.

### Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Insbesondere hochaltrige Menschen sind oftmals Ziel strafbarer Handlungen. Täter nutzen Mitleid, Hilfsbereitschaft oder Respekt vor staatlicher Autorität skrupellos aus, um an Vermögenswerte zu gelangen. Die Straftaten werden häufig im häuslichen Umfeld begangen. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung muss davon ausgegangen werden, dass die Anzahl der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen trotz intensiver auch präventiver Anstrengungen weiter steigen wird. Die Täter legen eine hohe kriminelle Energie und Kreativität an den Tag, so dass eine ganze Reihe unterschiedlicher Modi Operandi festgestellt werden muss. Im Zuständigkeits-

bereich der Polizeidirektion Göttingen sind im Vergleich zum Gesamtfallaufkommen etwa 6,5 Prozent der Delikte dem Phänomenbereich der „Straftaten zum Nachteil älterer Menschen“ (SÄM) zuzurechnen. Auch wenn dieser Anteil vergleichsweise gering ausfällt, müssen sie weiterhin im Fokus der polizeilichen Ermittlungen stehen.

Es ist von einem erheblichen Dunkelfeld auszugehen, weil Menschen, die Opfer einer solchen Tat geworden sind, die Straftat aus Scham nicht zur Anzeige bringen oder im schlimmsten Fall noch immer glauben, dass schon alles „seine Richtigkeit“ habe. Des Weiteren wird jedes Jahr deutlich, dass bei einer vergleichsweise geringen Anzahl vollendeter Straftaten ein hoher Vermögensschaden verursacht wird. Im Jahr 2020 wurden von den Tätern etwa 3,1 Millionen Euro von hochaltrigen Menschen erbeutet. Darüber hinaus ist zu erkennen, dass sich mit der Zeit immer wieder neue Modi Operandi entwickeln, Einzelphänomene miteinander kombiniert werden, dafür andere, nicht mehr so lukrative „Maschen“ an Bedeutung verlieren. Die Täterinnen und Täter werden auch zukünftig innovativ sein, worauf sich die Polizei einstellen muss und einstellen wird, um neu auftretende Phänomene zu erkennen und zeitnah darauf zu reagieren.

Trotz intensiver präventiver Bemühungen ist auch im Jahr 2020 der bereits bekannte „Falsche Polizeibeamte“ erneut stark „tätig“ gewesen. 2020 wurden der Polizeidirektion Göttingen 1.302 Fälle bekannt, bei denen mehr als 90 Prozent (1.201 Fälle) von den Seniorinnen und Senioren früh erkannt wurden und deshalb im Versuchsstadium blieben. Allerdings sind bei den restlichen 101 Fällen etwa 560.000 Euro in Bargeld, Schmuck und Goldbarren erbeutet worden. Ziel der Polizeidirektion

Göttingen ist es auch im Jahr 2021, die Präventionsarbeit fortzuführen und zu intensivieren. Zielgruppe sind dabei auch immer die Seniorinnen und Senioren, deren Angehörige und das Um-



**Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte ist in hohem Maße sozialschädlich, weil sie unmittelbare negative Auswirkungen auf die Interventionsfähigkeit der Polizei und Retter hat.**

feld, aber auch – ebenso wichtig – die Öffentlichkeit, um zu informieren, damit immer mehr Menschen, vielleicht auch nur zufällig, Betrugsversuche erkennen und helfend eingreifen können. Es muss den Täterinnen und Tätern zu Bewusstsein gebracht werden, dass sie in jeder Phase ihrer Taten aufgedeckt und zur Verantwortung gezogen werden könnten.

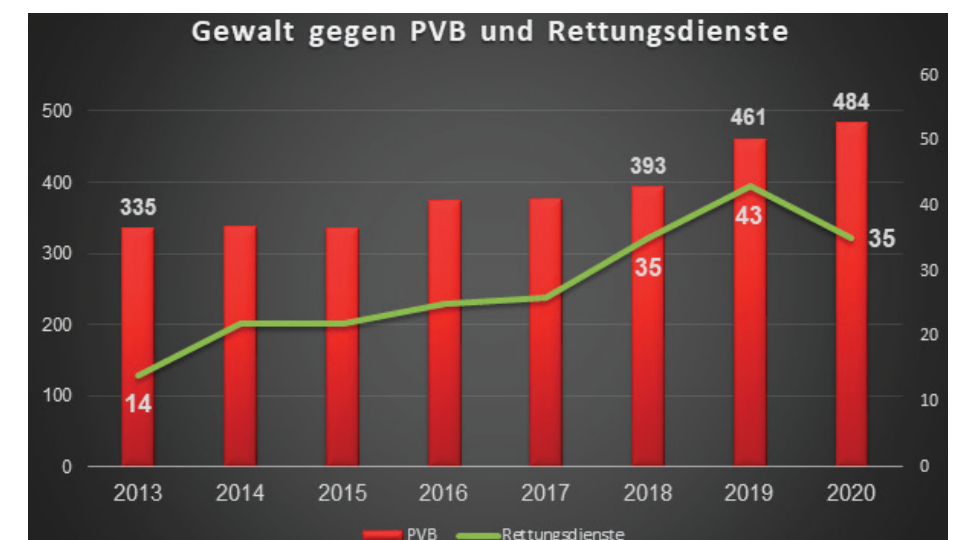
Nur im Zusammenwirken können Seniorinnen und Senioren wirksam geschützt oder zumindest Täter oder Täterinnen zur Verantwortung gezogen werden. Dabei wird die Polizeidirektion Göttingen auch weiterhin auf die bewährten Informationskanäle zurückgreifen, aber immer stärker auch Social Media nutzen, um die Bevölkerung frühzeitig über neue Modi Operandi oder aktuelle Anrufwellen in Kenntnis zu setzen.

### Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte

Der Schutz von Leib und Leben bleibt – insbesondere im Kontext der Corona-Pandemie – die wichtigste Aufgabe der Polizei. Hierzu zählt vor dem Hintergrund einer steigenden Gewaltgeneigtheit der von polizeilichen Maßnahmen betroffenen Bürgerinnen und Bürger auch der Schutz von Leib und Leben der Kolleginnen und Kollegen. Trotzdem werden Kolleginnen und Kollegen nach wie vor Opfer von Gewaltdelikten in all ihren Erscheinungsformen.

Die Betrachtung der Entwicklung der Straftaten des tätlichen Angriffs auf und des Widerstands gegen Polizeikräfte spricht leider nach wie vor eine deutliche Sprache. Die angezeigten Straftaten sind im Vergleich zum Jahr 2019 erneut deutlich um 6,51 Prozent (+27 auf 442 Taten) und damit auf einen Zehn-Jahres-Höchststand angestiegen. Fälle, in denen Polizeikräfte Opfer von Straftaten geworden sind, sind erneut um +4,98 Prozent auf jetzt 484 Delikte angestiegen. Rettungskräfte hingegen sind im Vergleich zum Vorjahr etwas seltener als Opfer einer Straftat erfasst worden.

Im Jahr 2020 wurden 46 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte durch Gewalteinwirkung Dritter verletzt und konnten an insgesamt 610 Tagen ihren Dienst nicht versehen.







## Cybercrime

### Kooperationen für mehr Sicherheit im Netz

Die Polizeidirektion Göttingen und das German Competence Centre against Cyber Crime (G4C) haben eine Kooperationsvereinbarung zur Bekämpfung von Cyberkriminalität geschlossen. Ziel ist es, den Schutz vor Straftaten im Internet oder unter Nutzung informationstechnischer Systeme zu fördern sowie IT-gestützte Ermittlungsmethoden zu entwickeln und anzuwenden. Darüber hinaus stehen Netzprävention, Forschung und Entwicklung von Maßnahmen zum präventiven Schutz sowie die Aus- und Fortbildung im Mittelpunkt der Zusammenarbeit. G4C ist ein gemeinnütziger Verein, der

2013 von Banken und Versicherungen in Kooperation mit dem Bundeskriminalamt und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik gegründet wurde. Ziele sind die Prävention, Detektion und Reaktion im Zusammenhang mit Cyberkriminalität, die sich gegen Unternehmen richtet. Die Partner verfolgen die Absicht, gemeinsam den Schutz vor Straftaten im Internet oder unter Nutzung von IT-Systemen durch Informationsaustausch, Qualifikation, Netzprävention sowie Entwicklung und Nutzung digitaler Maßnahmen zu fördern. „Die Kooperation mit der Polizeidirektion Göttingen ist ein wertvolles

Pilotprojekt für den notwendigen, weiteren Schulterschluss zwischen Behörden und Wirtschaft. Dadurch können wir den engen Austausch zu Angriffen im Cyberraum auch auf regionaler Ebene umsetzen. Davon profitieren vor allem kleine und mittelständische Unternehmen aus der Umgebung“, sagt G4C-Geschäftsführer Peter-Michael Kessow. Hierzu will G4C ein Regionalbüro in Südniedersachsen einrichten.

#### Schutzbedürftige IT-Infrastruktur

Für die Polizeidirektion Göttingen, insbesondere für den operativen Bereich der Cybercrimebekämpfung bei der Zentralen Kriminalinspektion, eröffnet sich die Möglichkeit, mit dem Verein auf ein professionelles Netzwerk zurückzugreifen.

Dass verstärkte Aktivitäten notwendig sind, zeigt die Entwicklung der Cybergefahren insbesondere für die oftmals schutzbedürftige IT-Infrastruktur des Mittelstands. Der damalige Polizeipräsident Uwe Lührig, der die Kooperation mit initiiert hat, betont: „Gerade bei Unternehmen kommt es hierbei zu Schäden in Milliardenhöhe. Sowohl in der Strafverfolgung, aber insbesondere

auch in der Prävention sind wir deswegen auf professionelle und vertrauensvolle Partner und Netzwerke angewiesen und setzen zukünftig auch auf die Zusammenarbeit mit dem Verein G4C“. Bei Fragen zur Cybersicherheit und im Falle von Cyberstraftaten helfen die Präventionsteams und die Expertinnen und Experten der ermittelnden Cybercrime-Organisationseinheiten der Polizeiinspektionen gern weiter.

#### Studentin erhält Einblicke

Eine weitere Kooperation im Bereich der Digitalen Spuren ist die Polizeidirektion Göttingen bereits im März 2019 eingegangen: Zwischen der Hochschule Mittweida und der Direktion besteht seither ein strategischer Verbund mit Schwerpunkt der digitalen Forensik mit praktischem Nutzen für beide Seiten. Ein Bestandteil der Kooperation ist das Angebot von Studierendenpraktika in der Polizeidirektion Göttingen. Damit erhalten Studierende der Fakultät „Angewandte Computer- und Biowissenschaften, (Bio-) Informatik und Forensik“ die Möglichkeit, theoretisches Wissen in der polizeilichen Praxis anzuwenden und die gewonnenen Einblicke im weiteren Studium zu vertiefen. Im Gegenzug können die Praktikumsdienststellen vom aktuellen Wissen aus Forschung und Lehre profitieren. Im besten Falle entwickeln beide Seiten gemeinsam ein gewinnbringendes Thema für eine Hausarbeit bzw. Thesis



oder die Studierenden entdecken ihren späteren Arbeitgeber. Als erste Hochschulpraktikantin nahm im Jahr 2020 eine vor der Masterarbeit stehende Studentin des Studienganges „Cybercrime/Cybersecurity“, ihr sechswöchiges Praktikum in der Polizeidirektion Göttingen auf. Entsprechend ihrer Studieninhalte war sie in der Task Force Cybercrime/Digitale Spuren der Polizeiinspektion Göttingen tätig. Darüber hinaus hospitierte sie in der gleichnamigen Organisationseinheit der Zentralen Kriminalinspektion, um alle Facetten der Cybercrime-Bekämpfung einer

polizeilichen Flächenbehörde kennenzulernen.

Aus dem erfolgreichen Praktikum entwickelte sich ein polizeiliches Thema für die Abschlussarbeit und die Zweitbetreuung durch eine Führungskraft der Polizeidirektion Göttingen.

In diesem Jahr hat eine Bachelorstudentin des Studiengangs Allgemeine und Digitale Forensik aus dem sächsischen Mittweida in der Polizeidirektion Göttingen ihr Praktikum aufgenommen, um ihre Thesis zu einem polizeilichen Thema anzufertigen.

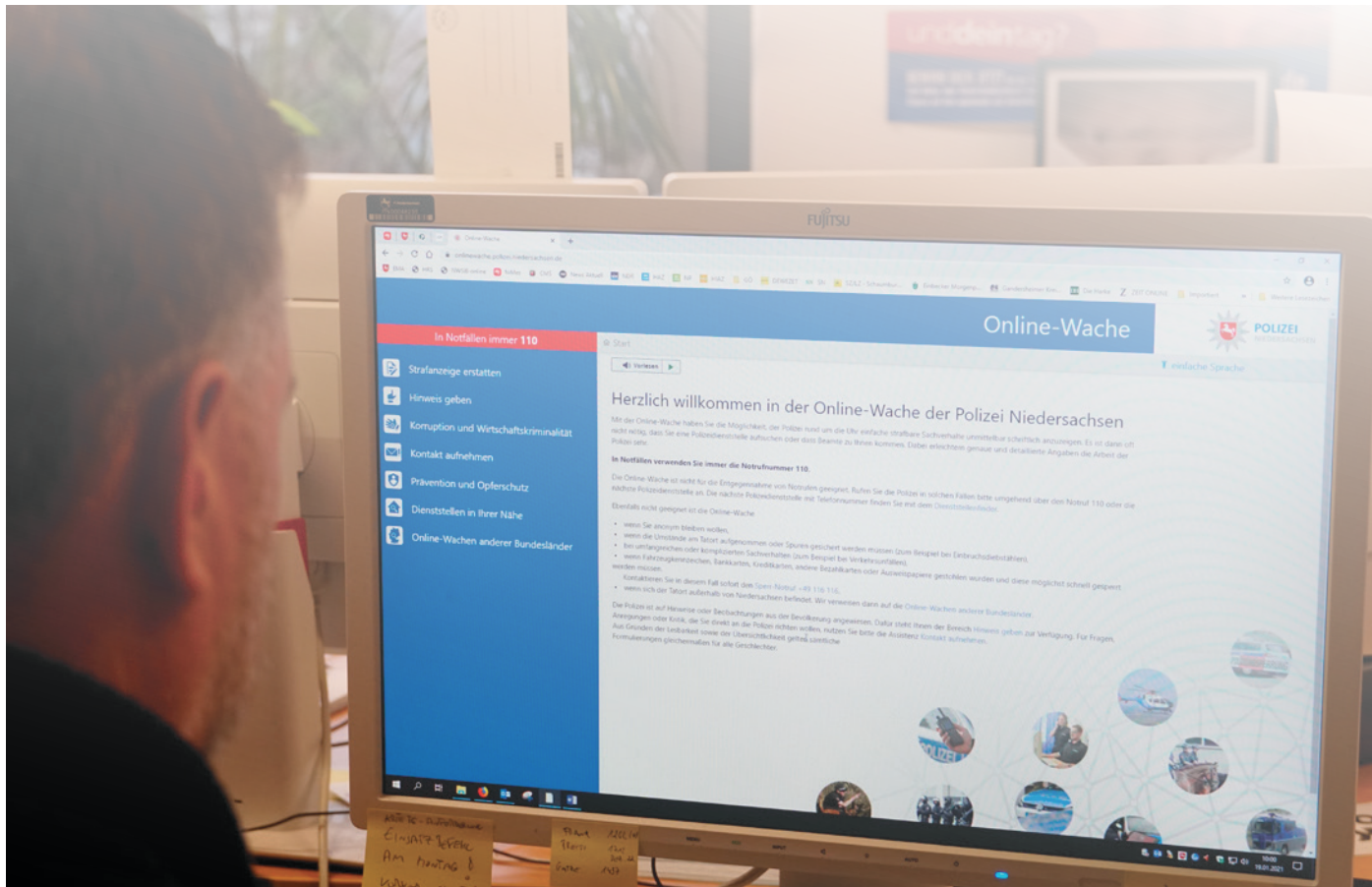


### Mehr Sicherheit im Home-Office

Der Verein G4C bietet auf seiner Homepage Broschüren zu Themen rund um Cyber Security unter [www.g4c-ev.de](http://www.g4c-ev.de) zum Download an.

Empfehlungen zum sicheren Arbeiten im Home-Office sind unter [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) zu finden.





## Online-Wache

### Nutzung des digitalen Angebots steigt um 132,5 Prozent

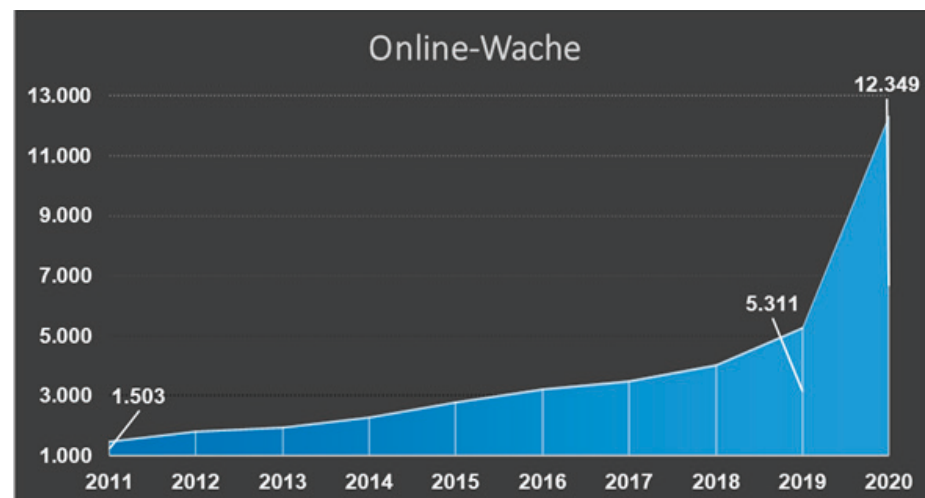
Aufgrund der Verbreitung digitaler, internetfähiger, mobiler Endgeräte in der Bevölkerung ist auch die Anzahl der Personen gestiegen, die das Portal der Online-Wache der Polizei Niedersachsen nutzen, um Anzeigen zu erstatten oder Hinweise zu geben.

Wie die Betrachtung des Jahres 2020 zeigt, wurde das Angebot, auf digitalem Wege eine Anzeige zu erstatten, durch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen noch einmal deutlich stärker von den Bürgerinnen und Bürgern im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen genutzt.

Waren es im Jahr 2019 noch 5.311 online erstattete Anzeigen, stieg diese Zahl im Jahr 2020 auf 12.349. Das entspricht einem Anstieg von rund +132,5 Prozent.

Ganz überwiegend wurden dabei Betrugsdelikte und Diebstähle, aber auch Taten nahezu aller anderen Deliktgruppen zur Anzeige gebracht. Diese Entwicklung zeigt die Akzeptanz des Angebots. Sie zeigt außerdem, dass die Polizeidirektion Göttingen für die Bevölkerung auch digital rund um die Uhr

zur Verfügung steht. Die Online-Wache kann nicht genutzt werden, wenn der Bürger oder die Bürgerin anonym bleiben möchte, wenn eine Spurensicherung erforderlich ist oder die Sachverhalte umfangreich sind – dann sollte die Polizei telefonisch kontaktiert oder persönlich aufgesucht werden.



## SÄM: Neue Betrugsmaschen Corona-Pandemie fördert neue Vorgehensweisen zutage

Die Corona-Pandemie haben Straftäter und Straftäterinnen im vergangenen Jahr genutzt, um neue Varianten zu entwickeln, an das Hab und Gut älterer Menschen zu gelangen. So sind seit Beginn der Pandemie im März 2020 immer wieder vereinzelt Betrugsmaschen mit wechselnden Modi Operandi bekannt geworden.

Zu Beginn der Pandemie wurde potentiellen Opfern suggeriert, dass ihr Geld nicht sicher sei oder an Wert verlieren würde. Eine weitere Variante war der „Schockanruf“, bei denen den Opfern vorgespiegelt wurde, ein naher Verwandter sei an Corona erkrankt und benötige Geld für die Heilbehandlung. Ein weiterer Trick, der seit Freigabe des ersten Impfstoffes im Dezember 2020 bekannt wurde, war das Angebot eines Impftermins in der häuslichen Umgebung.

Die Geschädigte erkannte aber die Betrugsmasche und meldete es der Polizei, so dass es beim Versuch blieb. Immer häufiger werden Taten auch durch die Mithilfe Dritter verhindert. So zum Beispiel durch aufmerksames Bankpersonal oder, wie in einem Fall aus Hildesheim, einem unbeteiligten Taxifahrer, der unbewusst von den Täterinnen und Tätern beauftragt wurde, eine ältere Dame zur Bank zu fahren. Nach einem Gespräch mit seinem Fahrgast bemerkte er den Betrug und meldete es sofort der Polizei. Im Verlauf der weiteren Maßnahmen konnte ein Täter festgenommen und dem Haftrichter vorgeführt werden. Er befindet sich derzeit in Untersuchungshaft.



### Enkeltrick: Neue Masche mit Covid-19

Insbesondere ältere Menschen sind in jüngster Vergangenheit Opfer einer Abwandlung des Enkeltricks geworden – die Corona-Masche.

- ⇒ Personen, die von vermeintlich erkrankten Angehörigen telefonisch kontaktiert werden, sollten bei Geldforderungen besonders misstrauisch werden.
- ⇒ Fordern Sie Anrufer grundsätzlich dazu auf, den Namen des Enkels, der Nichte oder eines anderen Verwand-

ten selbst zu nennen. Lassen Sie sich nicht dazu verleiten, Namen zu erraten.

- ⇒ Wenn Sie Anrufer nicht sofort erkennen: Fragen Sie nach Dingen oder Begebenheiten, die nur der echte Verwandte kennen kann.
- ⇒ Rufen Sie Verwandte unter der Ihnen bekannten Telefonnummer zurück.
- ⇒ Geben Sie keine Details zu Ihren familiären oder finanziellen Verhältnissen preis.
- ⇒ Wenden Sie sich sofort an die Polizei unter 110, wenn Ihnen die Situation verdächtig erscheint.



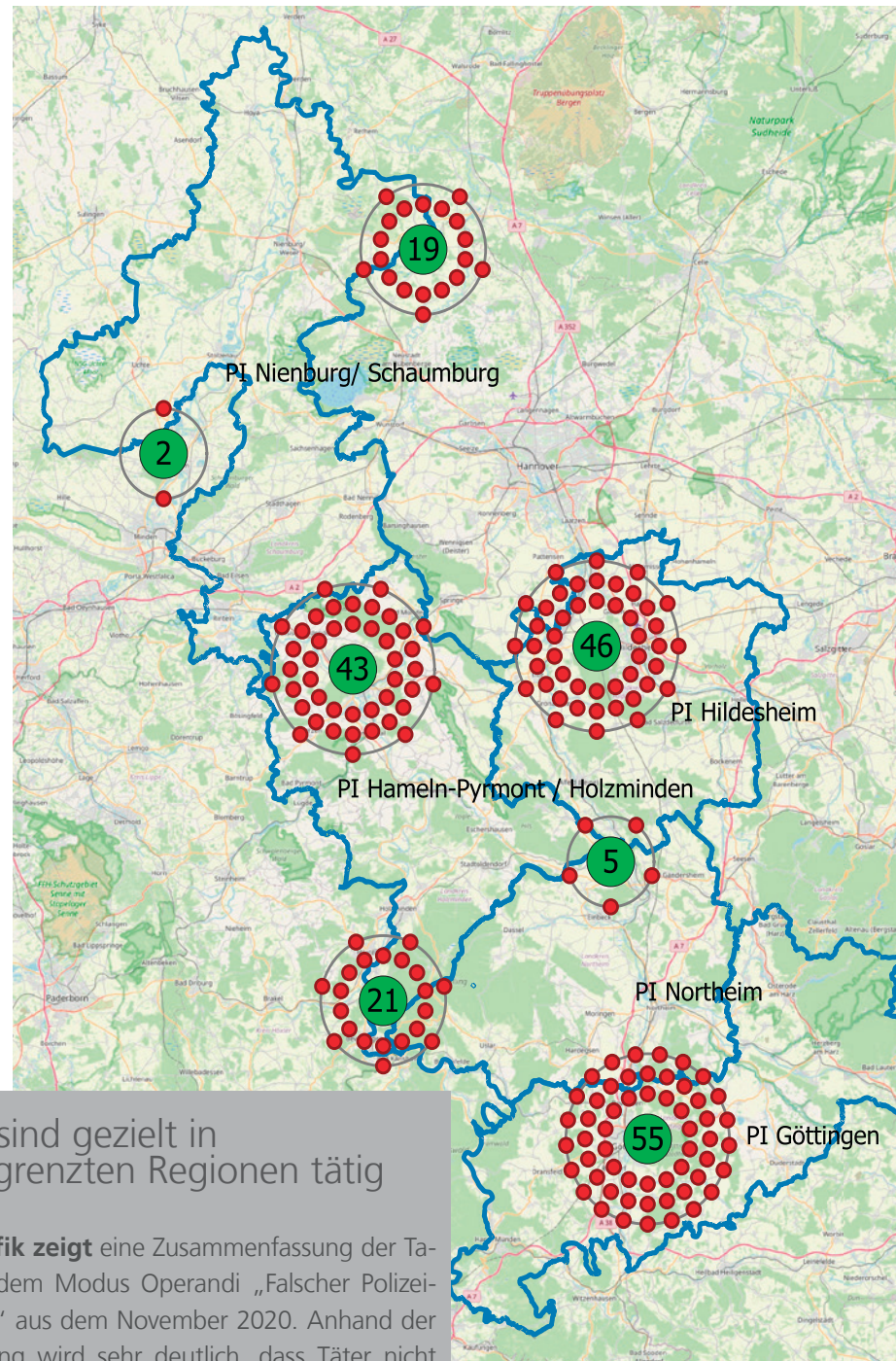
## Visualisierung

„Falscher Polizist“:  
Täter konzentrieren  
sich oft auf ein  
bestimmtes Gebiet

Trotz intensiver auch präventiver Bemühungen ist auch im Jahr 2020 der bereits bekannte „Falsche Polizeibeamte“ im Bereich der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen erneut stark „tätig“ gewesen. 2020 wurden der Polizeidirektion Göttingen 1.302 Fälle bekannt, in 101 Fällen davon wurden etwa 560.000 Euro in Bargeld, Schmuck und Goldbarren erbeutet worden.

Bei dem Phänomen „falsche Polizeibeamte“ wird bei den Geschädigten der Eindruck geweckt, ein Polizeibeamter oder eine Polizeibeamtin rufe an. Auf Seiten der Opfer entsteht der Eindruck, den Aufforderungen des Anrufers folgen zu müssen. Der Anrufer bzw. die Anruferin – ein sogenannter Keiler – agiert meist aus dem Ausland heraus und bedient sich vorwiegend aus Online-Telefonbüchern. Oftmals werden Vornamen ausgewählt, die man eher mit älteren Menschen verbindet.

Nach Vorgabe, ein Polizeibeamter zu sein, wird das ältere Opfer durch geschickte Gesprächsführung davon überzeugt, der Polizei Geld und Wertsachen zu übergeben, damit diese vor vermeintlichen Einbrechern sicher sind. Sollte sich das Opfer dazu bereit erklären, werden weitere Mittäter informiert – Logistiker, Observant, Abholer –, die arbeitsteilig und höchst professionell vorgehen. Die Visualisierung – die nur den Zeit-



Täter sind gezielt in eingegrenzten Regionen tätig

Die Grafik zeigt eine Zusammenfassung der Taten mit dem Modus Operandi „Falscher Polizeibeamter“ aus dem November 2020. Anhand der Darstellung wird sehr deutlich, dass Täter nicht einfach wahllos Telefonnummern wählen, sondern vielmehr professionell, in einem begrenzten Zeitraum, bestimmte, ebenfalls fest eingegrenzte Regionen anhand der Ortsvorwahlen „angreifen“.

Sie stellen damit sicher, dass Mittäter – also beispielsweise „Abholer“ oder „Beobachter“ – innerhalb kürzester Zeit zu den Wohnorten der potentiellen Opfer fahren und dort die Beute abholen oder anderweitig in Erscheinung treten können.

raum November 2020 umfasst – zeigt deutlich, dass die Täter und Täterinnen in einem bestimmten Zeitraum gezielt nach Stadt oder Gemeinde ihre Opfer auswählen und abtelefonieren.

Es ist davon ausgehen, dass sich Mittäter während der Telefonate bereits in unmittelbarer Nähe aufhalten, um schnell zu agieren und beim Opfer vor Ort zu sein, sobald eines telefonisch vom Keiler getäuscht wurde.

## Unsere Einsätze

Der Zentralen  
Kriminalinspektion  
gelingt Schlag gegen  
Drogennetzwerk



200 Beamtinnen und Beamte durchsuchten  
16 Wohnungen und Gebäude und  
Beschlagnahmten Drogen, Bargeld und Fahrzeuge.



## Hinweis bringt Ermittlungen ins Rollen

Der Zentralen Kriminalinspektion der Polizeidirektion Göttingen ist in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Hildesheim im September 2020 ein Schlag gegen die organisierte Rauschgiftkriminalität gelungen. Ihren Ursprung hatten die Ermittlungen in Elze, wo ein Hinweis aus der Bevölkerung eingegangen war.

Nach langwierigen Ermittlungen wurden an verschiedenen Orten im norddeutschen Raum insgesamt 16 Wohnungen und Gebäude durchsucht. In drei Gebäuden wurden professionell betriebene Cannabis-Indoorplantagen festgestellt, in einem Objekt war eine weitere Plantage im Aufbau und zwei weitere Objekte waren offenbar zu gleichen Zwecken bereits angekauft. Der Hinweis, der die Ermittlungen ins Rollen gebracht hatte, bezog sich auf ein ehemaliges Gebäude eines Landhandels. Schnell stand fest, dass dort Aufbauarbeiten für eine Rauschgiftplantage liefen. Die Ermittlungen wurden von der Zentralen Kriminalinspektion Göttingen aufgenommen und führten zur Identifizierung weiterer Standorte in

Niedersachsen, an denen ebenfalls ähnliche Anlagen in Betrieb waren, für deren Aufbau offenbar die gleiche Person verantwortlich war, wie in Elze.

### Neun Personen aus mehreren Landkreisen festgenommen

Im Rahmen der Durchsuchungen beschlagnahmten etwa 200 Polizeibeamtinnen und -beamte verschiedener Dienststellen – darunter auch Spezialeinheiten – mehrere hundert Cannabis-Pflanzen, 56 Kilogramm Marihuana, drei Kilogramm Amphetamine, 20 Müllsäcke mit Cannabis Pflanzenresten, etwa 165.000 Euro, Silbermünzen, drei Fahrzeuge (davon ein Wohnmobil), Elektrowerkzeuge, Speichermedien, Kommunikationsmittel und PCs sowie die Ausrüstung zum Betreiben von Indoorplantagen im Umfang von mehreren Lkw-Ladungen. Neun Personen wurden vorläufig festgenommen. Die Durchsuchungen fanden in den Kreisen Hildesheim, Hameln, Schaumburg, Cuxhaven und der Region Hannover statt. Die Ermittlungen dauern an.





## Hasskriminalität

### Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus

Spätestens seit dem rechtsextremistisch motivierten Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und dem Attentat von Halle ist die Bekämpfung und Verfolgung von Hasskriminalität eines der bestimmenden Themen in der rechtspolitischen Diskussion. Aber auch die im Internet und den Sozialen Medien festzustellende Verhöhnung der Kommunikation, die häufig gekennzeichnet ist durch aggressives Auftreten, Einschüchterung und Androhung von Straftaten, gibt Anlass zur Sorge.

Regelmäßig kommt es dabei zu Verstößen gegen das Strafrecht wie Beleidigungen, Mord- oder Gewaltandrohungen. Neben einem direkten Angriff auf das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Betroffenen wird auch der politische Diskurs in der demokratischen und pluralistischen Gesellschaftsordnung angegriffen und in Frage gestellt. Im schlimmsten Fall ziehen sich Menschen aus Sorge vor diffamierenden Reaktionen oder Drohungen aus dem öffentlichen Diskurs zurück. Der freie Meinungs-austausch und die Meinungsfreiheit – Grundpfeiler unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung

– sind dadurch gefährdet. Auf diese besorgniserregende Entwicklung bei der Hasskriminalität reagierte die Bundesregierung mit einem umfassenden Maßnahmenpaket gegen Hass, Rechtsextremismus und Antisemitismus und beschloss am 19. Februar 2020 den Entwurf des Gesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität. Teil des Gesetzesentwurfes ist auch eine Novellierung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes – auch „Facebook-Gesetz“ genannt. Dieses Gesetz, das neue Regeln und Strafverschärfungen vorsieht, wurde vom Bundesrat im Juni 2020 gebilligt, ist aber noch nicht in Kraft gesetzt. Das noch im Entwurfsstadium befindliche Gesetz soll Hetze und Drohungen künftig härter und effektiver verfolgen. Zentral ist dabei eine intensive und effektive Strafverfolgung insbesondere von Hasskriminalität mit rechtsextremistischem Hintergrund, auch im Internet. Flankiert wird dies durch Änderungen in zahlreichen Gesetzen – beispielsweise dem Strafgesetzbuch, der Strafprozessordnung und dem „Facebook-Gesetz“ – und verschärften Strafandrohungen auf durch Hass motivierte Rechtsgut-

verletzungen. Als zentrale Neuerung wird im Netzwerkdurchsetzungsgesetz eine Meldepflicht der Anbieter sozialer Netzwerke für bestimmte strafbare Inhalte gegenüber dem Bundeskriminalamt eingeführt. Kernziele des Gesetzes sind, Kommunalpolitiker sowie Personal in Rettungsstellen besser zu schützen, dass große soziale Netzwerke strafbare Inhalte melden müssen und antisemitische Beweggründe als strafscharfend gelten.

#### Zentralstelle eingerichtet

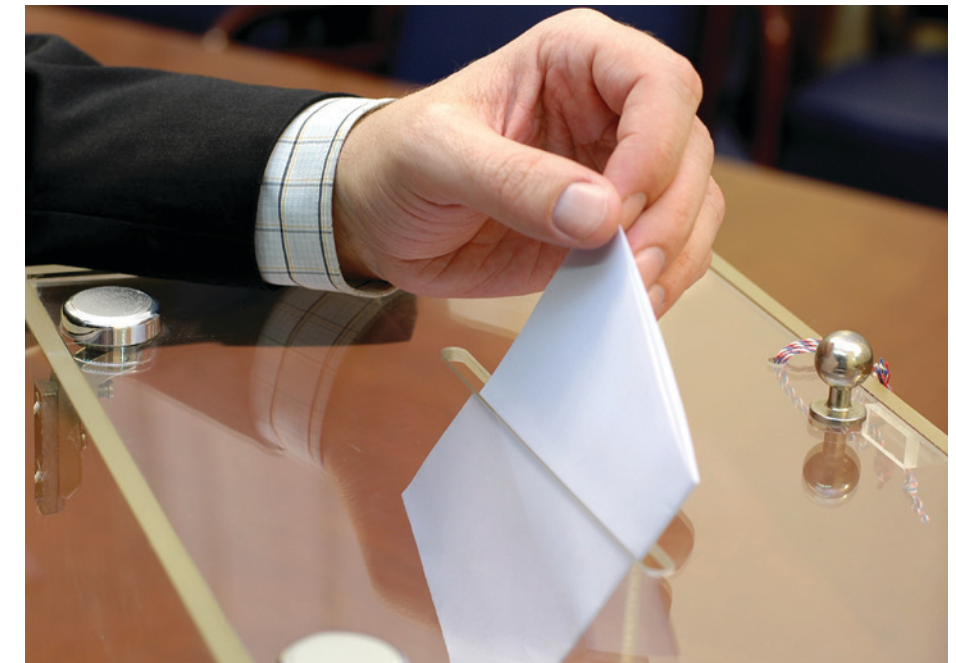
Die große Bedeutung der Bekämpfung der Hasskriminalität spiegelt sich auch in institutionalisierten Maßnahmen in Niedersachsen wider: So nahm am 1. Juli 2020 bei der Staatsanwaltschaft Göttingen eine neue „Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet“ ihre Arbeit auf. Die Zentralstelle bearbeitet Ermittlungs- und Strafverfahren, in denen es um bedeutsame Hasskriminalität im Internet geht. Auch der bereits im Jahr 2019 im LKA Niedersachsen eingerichteten „Zentralstelle zur Bekämpfung der Hasskriminalität im Internet“ kommt eine entsprechende Bedeutung zu.

## Schutz von Amts- und Mandatsträger/innen

### Das Wahljahr 2021 steht im besonderen Fokus

Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger werden immer häufiger Opfer von Drohungen, Nötigung und Verleumdung. Das noch nicht in Kraft getretene Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität soll auch sie künftig besser schützen.

Auf die hohe Zahl von Drohungen gegen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger insbesondere im Internet und in den sozialen Medien reagierte das niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport bereits im Jahr 2019 mit zahlreichen Informations- und Präventionsveranstaltungen. Ziel der Veranstaltungen war die nachhaltige Stär-



kung des Sicherheitsverhaltens und des Sicherheitsgefühls dieser Personengruppe. Die konsequente Bekämpfung von Hasskommentaren und Drohungen bedarf einer niedrigschwelligen Anzei-

gerinnen und -träger von Delikten wie Nötigung, Bedrohung, Beleidigung, übler Nachrede, Verleumdung und Volksverhetzung.

Das Problem, dass Mandats- und Amts-trägerinnen und -träger bis in den kommunalen Bereich hinein oder Ehrenamtliche immer häufiger zur Zielscheibe von verbalen Attacken und auch von Angriffen werden, ist hinlänglich bekannt, sodass der Staat mit zahlreichen Maßnahmen darauf reagiert hat – unter anderem mit dem Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität.

#### Wahljahr 2021

Neben einer Vielzahl von Wahlen in den Bundesländern werden im Jahr 2021 vor allem die Bundestagswahl im September, aber auch die Kommunalwahlen in Niedersachsen im Fokus der Öffentlichkeit stehen. Unter konsequenter Ausschöpfung aller gesetzlichen Regelungen – insbesondere des noch in Kraft zu setzenden Gesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität – soll die Sicherheit für Amts- und Mandatsträger auch zukünftig gewährleistet werden.

### Verhaltensempfehlungen

- **Gefahrenbewusstsein:** Seien Sie aufmerksam und achten Sie auf Veränderungen - so registrieren Sie verdächtige Situationen besser und können Sie melden.
- **Terminkalender:** Ihr Terminkalender – sowohl dienstlich als auch persönlich – sollte nicht öffentlich sein.
- **Soziale Netzwerke:** Überlegen Sie, welche Daten und Informationen Sie im Internet verbreiten. Sensibilisieren Sie auch Familienangehörige.
- **Freizeitaktivitäten:** Unternehmen Sie Freizeitaktivitäten nicht an abgelegenen Orten.
- **Bedrohungen:** Nehmen Sie jede Drohung ernst und melden Sie der Polizei.
- **Dokumentation:** Dokumentieren Sie Bedrohungen mithilfe von Screenshots, Mitschnitten oder Protokollen.





## Subventionsbetrug in der Pandemie

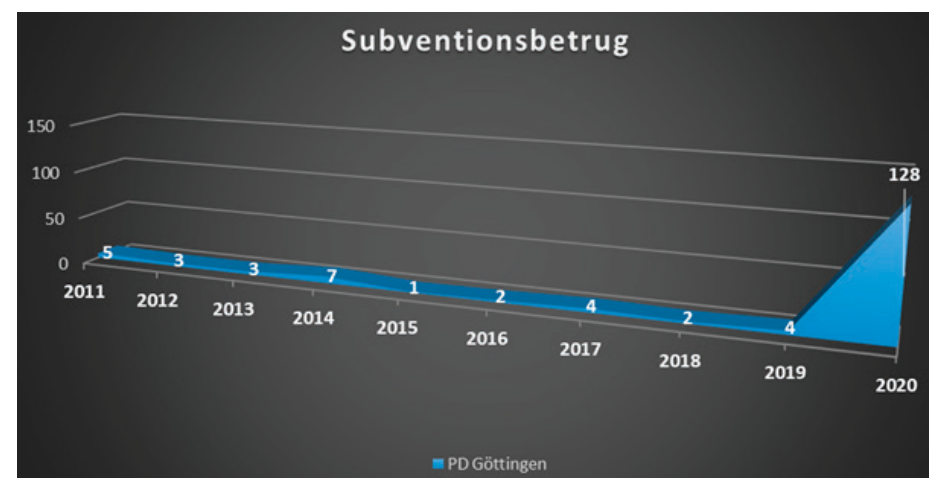
### Massiver Anstieg: Betrüger nutzen Corona-Soforthilfen aus

Während in den vergangenen zehn Jahren Straftaten des Subventionsbetrugs im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen fast keine Rolle gespielt haben, ist im Berichtsjahr 2020 ein massiver Anstieg festzustellen. Grund dafür dürfte die Corona-Pandemie sein.

Wurden in den zurückliegenden neun Jahren insgesamt gerade einmal 31 Delikte zur Anzeige gebracht, waren es allein im vergangenen Jahr 128 Taten. Der dabei entstandene Schaden liegt dabei aktuell bei rund 950.000 Euro. Die Aufklärungsquote dieser Delikte liegt mit über 97 Prozent sehr hoch. Es kann davon ausgegangen werden, dass es sich bei den angezeigten Fällen nahezu ausnahmslos um Betrug zur

Erlangung der sogenannten „Corona-Soforthilfe“ handeln dürfte. Es wurden als Corona-Hilfen in der Regel Summen zwischen 3.000 bis 6.000 Euro erlangt. In einigen wenigen Fällen haben sich Täterinnen und Täter aber auch Sum-

men zwischen 20.000 bis zu 25.000 Euro unrechtmäßig angeeignet. Nach Angaben des Niedersächsischen Justizministeriums Ende Dezember 2020 belief sich die Schadenssumme auf mehr als neun Millionen Euro.



## Audiovisuelle Vernehmungen

### Bild und Ton sollen Grundrechte sichern

Zum 1. Januar 2020 trat eine Gesetzesänderung in Kraft, die die Aufzeichnung von Vernehmungen Beschuldigter in Bild und Ton regelt. Die entsprechende Technik für die sogenannte Audiovisuelle Beschuldigtenvernehmung (AVV) wurde bereits Ende Januar 2020 bei der Polizeidirektion Göttingen eingeführt.

Die Gesetzesänderungen zur Vernehmung Beschuldigter dienen der Transparenz und dem Schutz der Rechtsgüter Einzelner und der Allgemeinheit sowie der wirksamen Sicherung der Grundrechte der mit Strafe Bedrohten im Strafprozess. Unabhängig von der Tatsache, dass Beschuldigte nach den derzeit geltenden Regelungen in der Hauptverhandlung aussagen können und gehört werden müssen, dienen die rechtlichen Neuerungen insbesondere der Förderung der Wahrheitsfindung. Weiterhin soll das Strafverfahren an sich effektiver gestaltet werden. Im Besonderen wird zudem die Schutzwürdigkeit minderjähriger Beschuldigter herausgestellt.

Bild- und Tonaufzeichnungen sind seit der Gesetzesänderung verpflichtend bei Vernehmungen – sowohl von Erwachsenen als auch bei Jugendstrafverfahren – anzufertigen, wenn der Verdacht eines Tötungsdeliktes gegeben ist. Zudem ist die Aufnahme in Bild und Ton erforderlich, wenn schutzwürdige Interessen der Beschuldigten mit erkennbar eingeschränkten geistigen Fähigkeiten so besser gewahrt werden können. Auch wenn ein Verteidiger notwendig, aber nicht anwesend ist, muss die



Vernehmung von Minderjährigen und Heranwachsenden aufgenommen werden. Vor diesem Hintergrund initiierte das Niedersächsische Innenministerium eine Task Force AVV, die unter Beteiligung der Polizeidirektionen und der Polizeiakademie neben einer umfangreichen Marktanalyse und bundesweiten Analyse der Hard- und Software eine datenschutzrechtliche Folgeabschätzung vornahm, ein IT-Sicherheitskonzept erstellte sowie eine Handlungsanleitung für die Umsetzung audiovisueller Vernehmungen entwickelte.

Zeitgleich bereitete sich die Polizeidirektion Göttingen auf das Rollout der ersten AVV-Systeme vor. Während der IT-Koordinator im Dezernat 14 für die Implementierung der Technik Sorge trug, lag die fachliche Betreuung im Dezernat 11. Ende Januar 2020 wurden die ersten drei Systeme an die Inspektionen Göttingen, Hildesheim und Nienburg/Schaumburg übergeben. Die Einführung wurde mit einer technischen

Einweisung von der Zentralen Polizeidirektion begleitet. Im März 2020 folgte eine erweiterte Einweisung im Rahmen einer Informationsveranstaltung in der PI Hildesheim. Darüber hinaus erstellte die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg ein Video zum Aufbau und Handling der Technik, das über die Grenzen der Polizeidirektion Göttingen hinaus Anerkennung fand. Seit April 2020 sind alle Inspektionen mit zwei mobilen AVV-Systemen ausgestattet, die in den Zentralen Kriminaldiensten stationiert sind. Inzwischen findet die Audiovisuelle Vernehmung immer mehr Zuspruch. Neben Beschuldigtenvernehmungen bei Kapitaldelikten finden in Absprache mit den Staatsanwaltschaften regelmäßig auch Befragungen von Opferzeugen nach Missbrauchs- und Sexualdelikten unter Nutzung der AVV-Systeme statt. Dass die mobilen Geräte als Koffersystem etwa in Krankenhäusern oder in entfernten Dienststellen genutzt werden können, hat sich als großer Vorteil erwiesen.





**3Ds, die wir meiden sollten.**

- Dichte Räume
- Dichte Menschenmengen
- Dichten Körperkontakt

**Gesund bleiben**

**auf Niedersächsisch.**

Bitte immer dran denken:

**Abstand halten.**

**Hände waschen.**

**Maske tragen.**



**Verkehrssicherheitsarbeit**

Sicher auf der Straße unterwegs





## Verkehrslagebild

### Verkehrsunfallzahlen entwickeln sich 2020 positiv

Sicherheit im Straßenverkehr ist ein Grundbedürfnis und wichtiges Merkmal individueller Lebensqualität. Die Verkehrssicherheitsarbeit hat in der Polizeidirektion Göttingen daher einen hohen Stellenwert. Zu den Kernaufgaben zählt es, Verkehrsunfälle mit schweren Folgen oder gar Todesopfern zu verhindern.

Das Jahr 2020 lässt im Vergleich zum Vorjahr zwar eine positive Entwicklung der Verkehrsunfallzahlen erkennen, die Vorgaben der Verkehrssicherheitsinitiative (VSI) 2020 – die Senkung der Verkehrsunfälle mit schweren Personenschäden um 50 Prozent – konnten jedoch nicht erreicht werden.

Im Mittelpunkt der polizeilichen Maßnahmen steht es, das Gefahren- und Verantwortungsbewusstsein sowie die gegenseitige Rücksichtnahme und

Vorsicht im Straßenverkehr zu fördern. Dafür wird ein integratives Konzept verfolgt, das repressive und präventive Maßnahmen beinhaltet.

#### Zielgruppen im Blick

Darüber hinaus haben alle Maßnahmen die jeweiligen Zielgruppen im Blick: Fahrrad- und Motorradfahrer/innen, Seniorinnen und Senioren, Kinder oder Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Fahranfängerinnen und -anfänger. Zusätzlich muss die Polizei zukünftig mit einer verstärkten Nutzung von Elektrokleinstfahrzeugen rechnen und deren Fahrerinnen und Fahrer präventiv beratend begleiten.

Im Bereich des gewerblichen Güterkraft- und Personenverkehrs erfolgt eine spezialisierte Überwachung durch die besonders ausgebildeten Beamtinnen und -beamten der Regionalen

Kontrollgruppe (RKG). Zusätzlich steht die spezialisierte Kontrollgruppe Krad für die Überwachung des Motorradverkehrs als Aufrufeinheit der Polizeidirektion Göttingen zur Verfügung.

#### „Megatrend“ Radverkehr

Zur Erfüllung der verkehrspolizeilichen Aufgaben wurde unter Beteiligung aller Polizeibehörden im Landespolizeipräsidium eine gemeinsame Fachstrategie Verkehr entwickelt. Diese löst die Verkehrssicherheitsinitiative 2020 ab.

Dem „Megatrend“ Radverkehr, auch der Nutzung der Elektrokleinstfahrzeuge, wird hierbei besondere Beachtung geschenkt. So stand die Überwachung des Radverkehrs als strategisches Leitthema im Jahr 2020 neben der präventiven Arbeit, wie der Beratung zur Verkehrsraumgestaltung, im besonderen Fokus.

## Hauptunfallursachen und Prävention

Die Hauptursachen für schwere Verkehrsunfälle waren auch im Jahr 2020 wieder zu hohe und nicht angepasste Geschwindigkeit, Alkohol- und Drogenbeeinflussung, Ablenkung durch mobile Endgeräte, wie das Smartphone, sowie Vorfahrt, Vorrang und Abstand.

Im Mittelpunkt der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen stehen jedoch neben diesen genannten Hauptunfallursachen auch die Überprüfung der Gurtpflicht bzw. Rückhaltesysteme. Das Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes kann bei einem Verkehrsunfall schwerwiegende oder auch tödliche Verletzungen nach sich ziehen. Es muss klar gesagt werden: Ein Sicherheitsgurt rettet Leben.



#### Aktuelle Entwicklungen

In der Präventionsarbeit behält die Polizei aktuelle Entwicklungen in den Bereichen des Automobils und der Lastkraftwagen, der Fahrradfahrenden und anderer Fortbewegungsmittel im Blick und bleibt Initiator der Verkehrsunfallprävention.

Aufgrund örtlicher Verkehrsunfallanalysen werden gezielt Schwerpunkte gesetzt. Dabei kommt der Zusammen-

arbeit mit den Netzwerkpartnern der Verkehrssicherheitsarbeit eine besondere Bedeutung zu.

Neben bewährten Konzepten konzentriert sie sich insbesondere auch auf das Thema Ablenkung im Straßenverkehr und Radverkehr (Landesschwerpunkt 2020 und 2021). Dies wird auch durch die Zahl der festgestellten Verstöße zur Ablenkung durch elektronische Geräte belegt.

#### Sicherheitswochen

In den Polizeiinspektionen der Polizeidirektion Göttingen wurden im vergangenen Jahr 21 Verkehrssicherheitswochen ausgerichtet, in denen Landes- und regionale Schwerpunkte sowie die Hauptunfallursachen und Risikogruppen thematisiert wurden. 777 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte wurden hierfür eingesetzt, die 5.765 Einsatzstunden leisteten.







## Zahlen Radverkehr 2020

Überprüfte Fahrräder gesamt:	10.266
Anzahl Verstöße gesamt :	7.373
davon Handy:	1.853
davon Beleuchtung:	1.928

## Verkehrssicherheitsarbeit

### Zahl der Unfälle mit Fahrrädern und Pedelecs steigt

Aufgrund der hohen Anzahl von beteiligten Radfahrerinnen und -fahrern an Verkehrsunfällen mit schweren und tödlichen Verletzungen in der Statistik des Jahres 2019 wurden unter dem Motto „Fahrradfahrende im Straßenverkehr“ im Jahr 2020 schwerpunktorientierte Kontrollen geplant und auch vorgenommen.

Auffällig ist, dass im Verlauf der vergangenen Jahre die sogenannten E-Bikes immer mehr an Beliebtheit gewonnen haben – hier ist anzumerken, dass vermehrt auch lebensältere Menschen auf das Pedelec umsteigen. In der Folge war eine Steigerung der schwerwiegenden Unfälle mit getöteten und schwerverletzten Seniorinnen und Senioren in der Altersgruppe 65+ festzustellen.

Problematisch ist dabei, dass auch für das Führen der mit Elektromotoren angetriebenen Fahrräder eine Helmpflicht nicht gesetzlich vorgeschrieben ist – die Gefahr, bei einem Unfall schwer verletzt zu werden, ist also groß.

#### Schwerpunkt-Kontrollen

Trotz des zunächst nur zögerlichen Beginns der Verkehrssicherheitswochen, gerade im Frühjahr bedingt durch den Corona-Lockdown, wurde im Laufe des Sommeranfangs, nach den Sommerferien und im Frühherbst die Überwachung des Radverkehrs im Bereich der Polizeidirektion Göttingen intensiviert.

Im Rahmen der schwerpunktorientierten Kontrollen wurden nahezu 1.500 Fahrrad- und Pedelecführerinnen und -führer im gesamten Direktionsbereich angehalten und überprüft. Mehr als 1.000 davon verhielten sich nicht regelkonform.

Auffallend war, dass 212 wegen der Nutzung des Mobiltelefons auffielen. Bei gut 20 Prozent der Zweiradfahrerinnen und -fahrer war die Beleuchtung nicht in einem ordnungsgemäßen Zustand. Zusätzlich wurden im Rahmen der Verkehrssicherheitswochen Fahrradkontrollen vorgenommen.

Hier mussten gegen 84 Personen Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet

werden. Erschreckend war auch die Anzahl der unter dem Einfluss von Alkohol (97) und Betäubungsmitteln (5) stehenden Zweiradfahrerinnen und -fahrer, denen Blutproben entnommen wurden. Geahndet wurden aber auch Verstöße zum Nachteil von Radfahrenden, beispielsweise Vorfahrtsverletzungen oder Vorbeifahren mit zu geringem Seitenabstand – insgesamt 171.

#### Unfallzahlen leicht gesenkt

Mit Blick auf die Unfallstatistik zeigt sich, dass die Anzahl der Verkehrsunfälle unter Beteiligung von Radfahrerinnen und -fahrern mit schwerwiegenden Folgen in diesem Jahr leicht gesenkt werden konnten. Die Gesamtzahl fiel von 183 auf 157 Unfälle mit schwerwiegenden Folgen.

Im vergangenen Jahr wurden zehn tödliche (fünf Fahrrad/fünf Pedelec) und 147 Unfälle mit Schwerverletzten/Radfahrerbeteiligung polizeilich aufgenommen. 2019 waren sieben tödliche (fünf Fahrrad/ zwei Pedelec) und 176 Unfälle mit Schwerverletzten zu verzeichnen.

## Corona: Aktionen und Verkehrssicherheitswochen mussten entfallen

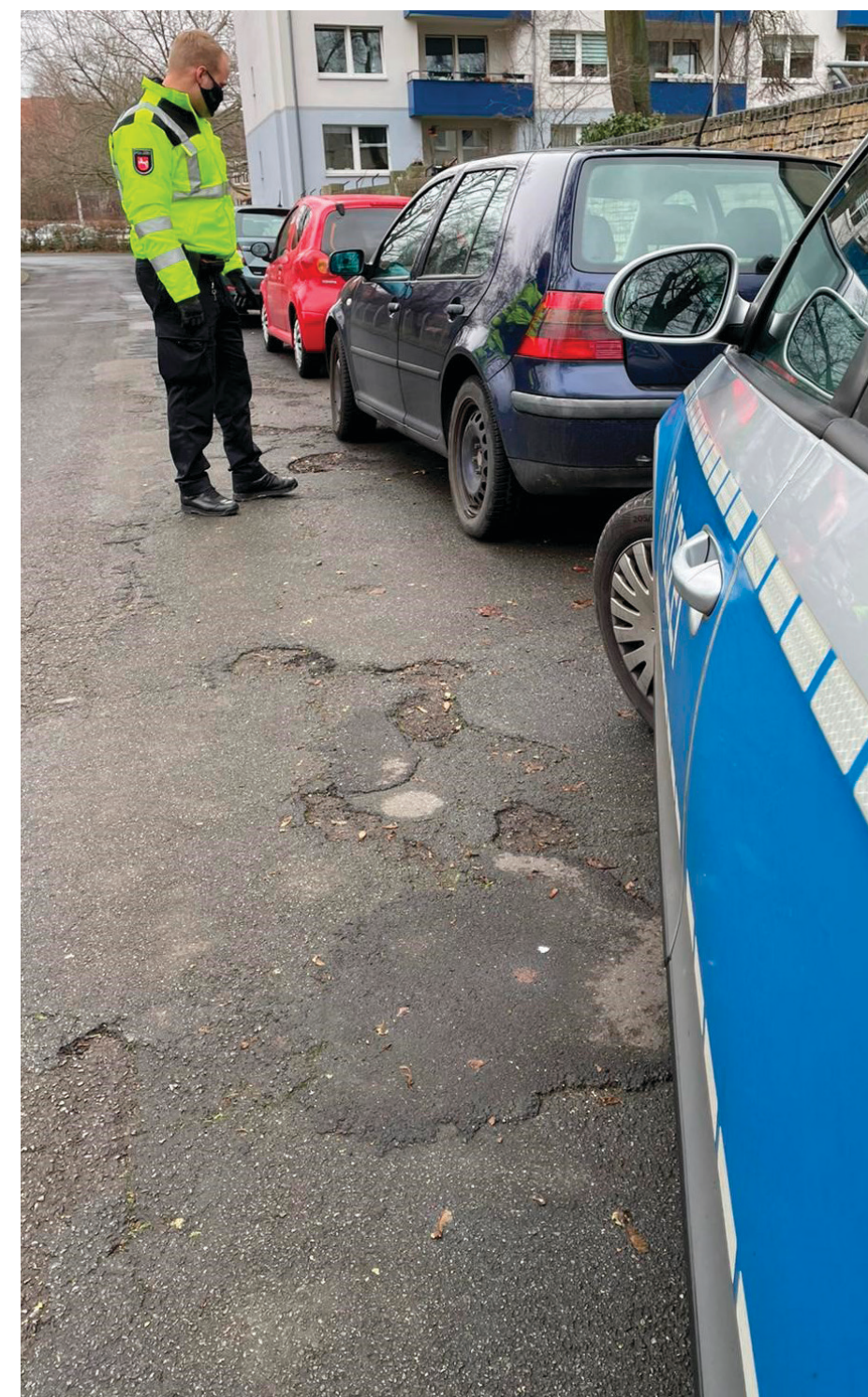
Die Corona-Pandemie hatte und hat nach wie vor Auswirkungen auf die Verkehrssicherheitsarbeit in den Dienststellen der Polizeidirektion Göttingen: Die Lockdowns, zunächst im Frühjahr und dann noch einmal im Herbst/Winter des vergangenen und auch des neuen Jahres, führten zu einem geringeren Verkehrsaufkommen, das sich in der polizeilichen Arbeit deutlich spürbar machte.

Ein Schwerpunktthema des Jahres 2020 sollte das Motto „Fahrradfahrende im Straßenverkehr“ sein. Im Bereich der Polizeidirektion Göttingen waren dafür, gerade im Frühjahr und den Sommermonaten, diverse Aktionstage geplant, von denen mehrere nicht stattfinden konnten, da beteiligte Schulen aufgrund der Pandemie geschlossen wurden. Die große Zielgruppe der Schülerinnen und Schüler konnte so mit den auf Prävention ausgelegten Aktionen im vergangenen Jahr nicht erreicht werden.

#### Geplante Termine abgesagt

Die Verkehrssicherheitswochen in den Polizeiinspektionen konnten ebenfalls nicht wie geplant stattfinden. In den Monaten Januar bis März fanden, noch wie geplant, sechs dieser Aktionen statt. Von März bis Juni war dies dann nicht mehr möglich. Erst nach den Sommerferien konnten die einwöchigen Aktionen weitergeführt werden.

Die Verkehrsüberwachung war pandemiebedingt nur eingeschränkt möglich, so dass eine Reduzierung der Anzahl der Kontrolltätigkeiten in allen Dienststellen zu beobachten war. Die Corona-Pandemie führte zudem zu



einem veränderten Mobilitätsverhalten der Bürgerinnen und Bürger sowie zu einem geringeren Verkehrsaufkommen, was auf die Kurzarbeit in vielen Unternehmen sowie die Verlagerung ins Home-Office zurückzuführen war. Erfreulich ist, dass die Anzahl der Verkehrsunfälle mit schwerverletzten oder getöteten Personen dadurch deutlich gesenkt werden konnte.

#### Infektionsschutz im Mittelpunkt

Durch die Pandemie war die Verkehrssicherheitsarbeit auch für die Beamtinnen und Beamten zeitweise nur eingeschränkt möglich. Im Fokus stand die Erhaltung der Funktionsfähigkeit sowie ergänzender Aufgaben im Bereich des Infektions- und Gesundheitsschutzes, was sich unter anderem auf die Anzahl der Kontrolltätigkeiten ausgewirkt hat.



## Sicherheit im Straßenverkehr

### Spezialisierte Kontrollgruppe nimmt Biker unter die Lupe

Die Polizeidirektion Göttingen verfügt über eine spezialisierte Kontrollgruppe, die sich durch ausgezeichnetes Fachwissen im Bereich der Motorräder und getunter Fahrzeuge auszeichnet. Die 18 Mitglieder der sogenannten SKG-Krad rekrutieren sich aus den fünf Polizeiinspektionen der Polizeidirektion Göttingen und gehören dabei unterschiedlichen Organisationseinheiten an. Die Kontrollen finden überwiegend an den Wochenenden statt.

Das notwendige Fachwissen für die ganzheitlichen Kontrollen an Motorrädern oder getunten Fahrzeugen bringen die Kolleginnen und Kollegen teilweise bereits aus ihrem privaten Umfeld mit. Im Übrigen werden alle Mitglieder während einer alljährlichen dreitägigen Fortbildungsveranstaltung bezüglich der Neuerungen in Gesetzen und Verordnungen auf den neuesten Stand gebracht. Dabei referieren auch immer wieder externe Experten von technischen Überwachungsorganisationen oder von Gutachterbüros. Leider fiel die Fortbildung im Jahr 2020 dem ersten Lockdown zum Opfer. Nicht zuletzt profitiert die Truppe vom exzellenten Fachwissen des stellvertretenden Leiters der SKG-Krad, Polizeihauptkommissar Stephan Heinz. Dieser fungiert zusätzlich als Behördenmultiplikator in Sachen Technik und Fahrzeugtuning. Grundsätzlich sind so alle Kontrollkräfte in der Lage, illegale technische Veränderungen der Fahrzeugtechnik zu erkennen. Besonderes Augenmerk wird neben den sicherheitsrelevanten Veränderungen



auch auf die Manipulationen an den Abgasanlagen gelegt. Diese Veränderungen sind neben der Fahrweise der Fahrzeugführerinnen und -führer der Hauptgrund für den störenden Lärm der Fahrzeuge. Vielerorts formiert sich deshalb der Widerstand gegen Motorrad- aber auch Pkw-Lärm.

Die Bilanz der diesjährigen Kontrolltätigkeit fällt, nicht zuletzt durch die alles beherrschende Corona-Pandemie, weniger umfangreich aus als in den Vorjahren. Es wurden aber trotz allem zehn Kontrollen veranstaltet, wobei diesmal ein klarer Schwerpunkt im Zuständigkeitsbereich der Polizeistation Bodenwerder lag. Hier waren die Beschwer-

den der Bewohnerinnen und Bewohner rund um die „Rühler Schweiz“ besonders massiv. Beispielhaft sei auch die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen des Polizeikommissariats Königslutter in der Polizeidirektion Braunschweig, bei einer Schwerpunktkontrolle im Höhenzug Elm erwähnt.

#### Kontrollen 2021 in Vorbereitung

Die Vorbereitungen für die nächste Saison laufen bereits. Ein Termin für die Fortbildungsveranstaltung steht bereits – ein Kontrollkalender wird zeitnah durch das Dezernat 12 der Polizeidirektion Göttingen in Absprache mit den Polizeiinspektionen erstellt.

## Fachstrategie Verkehr löst VSI 2020 ab

Die Verkehrssicherheitsinitiative (VSI) 2020 hat im vergangenen Jahr ihren Abschluss gefunden. Schon seit 2018 wird unter Beteiligung aller Polizeibehörden im Landespolizeipräsidium eine neue, gemeinsame Fachstrategie Verkehr entwickelt, die die VSI 2020 ablösen wird.

Die Herausforderungen im Zusammenhang mit verkehrspolizeilichen Aufgaben entwickeln sich weiterhin dynamisch, und gerade in technischer Hinsicht ist die Komplexität angewachsen. Die neue Fachstrategie soll daher mit einer neuen Ausrichtung der verkehrspolizeilichen Arbeit in Niedersachsen zur Anwendung kommen.

Es wurden sechs Umweltrends in der operativen Schwerpunktsetzung identifiziert:

⇒ **Automotive IT:** Sie soll zur Erhöhung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs durch automatisierte Systeme oder autonomes Fahren genutzt werden.

⇒ **Gewerblicher Güterkraftverkehr:** Durch qualifiziertes Personal sollen gemeinsam mit Netzwerkpartnern die verkehrskritischen Faktoren des zunehmenden gewerblichen Güterverkehrs reduziert werden.

⇒ **Altersspezifische Risikogruppen:** Ihnen soll eine sichere Teilnahme am Straßenverkehr ermöglicht werden.

⇒ **Neue Mobilitätsformen:** Entwicklungen im Feld der neuen Mobilitätsformen (eKFV) sollen beherrscht werden.

⇒ **Radverkehr:** Das erhöhte Unfallrisiko aller Formen des Radverkehrs soll reduziert werden. Der Megatrend Radverkehr wird berücksichtigt.

⇒ **Risikobehaftetes Verhalten:** Es sollen alle Möglichkeiten zur Reduzie-



rung risikobehafteten Verhaltens genutzt werden.

Neben der operativen Schwerpunktsetzung gilt es, als zweite Säule die Organisation zu überprüfen. Hier wird kritisch betrachtet, wie die Zielsetzung – also die Bündelung der Anstrengungen in der Verkehrssicherheitsarbeit – umgesetzt werden kann. Diese Säule bezieht sich auf die Kernaspekte der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit, bestehend aus Verkehrsunfallprävention, Verkehrsüberwachung und Verkehrsunfallaufnahme und -sachbearbeitung.

Um eine einheitliche Strategie entwickeln, planen und umsetzen zu können, wurden „Themenpatenschaften“ übernommen. Jede Polizeidirektion übernimmt einen der Schwerpunkte als „Themenpate“. Die Polizeidirektion Göttingen hat die Themenpatenschaft für den Bereich des gewerblichen Gü-

terkraftverkehrs übernommen. Ziel ist es, unter anderem die Anzahl der Verkehrsunfälle mit schweren Personenschäden, beispielsweise auf Autobahnen, zu minimieren.

Das soll durch die Überprüfung des Konzepts der regionalen Kontrollgruppen (Schwerlast) gewährleistet werden. Außerdem sollen in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Verkehrsministerium und dem Bundesamt für Güterverkehr Kontrollörtlichkeiten ertüchtigt werden. Zudem muss durch ein Konzept, unter Beteiligung der Bußgeldstellen, der Ausbau der Vermögensabschöpfung vorangetrieben werden. Die Kontrollaktionen mit der BAG und dem Zoll sollen intensiviert und landesübergreifende Kontrollen im Zusammenspiel mit den Nachbarbundesländern verstetigt werden. Darüber wird ein lagegerechtes Personaleinsatzkonzept erstellt und das Fortbildungskonzept evaluiert.





**POLIZEI**  
NIEDERSACHSEN

**ENKELTRICK VERHINDERT,  
TASCHENDIEB GESTELLT.**

**unddeintag?**

**BEWIRB DICH JETZT**  
bei der Polizei Niedersachsen.

**polizei-studium.de**  
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE



**Im Portrait**  
Die Polizeiinspektion Göttingen im Überblick,  
ihre Aufgaben und Einsätze.





## Die Polizeiinspektion Göttingen im Überblick

733 Mitarbeitende sind für 326.000 Menschen im Einsatz

Die Polizeiinspektion Göttingen steht unter der Leitung von Polizeidirektor Rainer Nolte. Er folgte im Herbst vergangenen Jahres auf Thomas Rath, der die Inspektion bis zu seinem Ruhestand 17 Jahre lang geführt hat.

Die Polizeiinspektion Göttingen hat ihren Sitz in der Otto-Hahn-Straße 2 in Göttingen. Sie sorgt rund um die Uhr für die Sicherheit von etwa 326.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in Stadt und Landkreis Göttingen. Der Zuständigkeitsbereich erstreckt sich dabei auf ein Gesamtgebiet von 1.753 Quadratkilometern.

Zur Bewältigung der polizeilichen Aufgaben stehen der Polizeiinspektion Göttingen insgesamt 733 Mitarbeite-

rinnen und Mitarbeiter zur Verfügung. Die Mitarbeiterschaft besteht dabei aus 647 Polizeivollzugsbeamten und -beamtinnen. Etwa 30 Prozent davon sind weiblich. Weiterhin sind sieben Verwaltungsbeamtinnen und -beamte und 79 Tarifbeschäftigte bei der Polizeiinspektion tätig.

Kommissariate in der Fläche Neben weiteren Liegenschaften im Stadtgebiet von Göttingen befinden sich Polizeikommissariate in Hann. Münden, Duderstadt sowie Osterode und Bad Lauterberg im Altkreis Osterode. Zusammen mit den nachgeordneten Polizeistationen wird so eine flächendeckende Polizeipräsenz gewährleistet. Die Bundesautobahnen 7 und 38 werden auf einer Strecke von

insgesamt 186 Kilometern durch den Einsatz- und Streifendienst (ESD) BAB mit Sitz am Autobahnstützpunkt in Mengershausen betreut.

### Die Inspektion im Netz

**Die Polizeiinspektion Göttingen** ist auch online erreichbar und stellt unter [https://www.pd-goe.polizei-nds.de/dienststellen/pi\\_goettingen/](https://www.pd-goe.polizei-nds.de/dienststellen/pi_goettingen/) weitere Informationen zur Verfügung.

**Des Weiteren** können über die beiden Accounts auf der Plattform Twitter @Polizei\_GOE und @Polizei\_OHA aktuelle polizeiliche Geschehnisse verfolgt werden.

## Kommissariate in der Fläche

Folgende Beamtinnen und Beamte bzw. Beschäftigte leiten die Dienststellen der Polizeiinspektion Göttingen:

**Zentraler Kriminaldienst:**  
Kriminaldirektor Thomas Breyer

**Sachbereich Einsatz:**  
Polizeioberrat Thomas Reuter

**Sachbereich Verwaltung:**  
Sabine Kaunzner

**ESD I:**  
Erster Polizeihauptkommissar Ralf Nixdorff

**ESD II:**  
Erste Polizeihauptkommissarin Silke Otte

**ESD BAB:**  
Erster Polizeihauptkommissar Matthias Rink

**Verfügungseinheit:**  
Erster Polizeihauptkommissar Holger Will

**Polizeikommissariat Hann. Münden:**  
Erster Polizeihauptkommissar Dirk Schneider

**Polizeikommissariat Duderstadt:**  
Erster Polizeihauptkommissar Karl-Hubert Wüstefeld

**Polizeikommissariat Osterode:**  
Erster Polizeihauptkommissar Heiko Fette

**Polizeikommissariat Bad Lauterberg:**  
Erster Polizeihauptkommissar Guido Schwarze



Polizeikommissariat Duderstadt



Polizeikommissariat Hann. Münden



Polizeikommissariat Osterode



Polizeikommissariat Bad Lauterberg





## Nachwuchswerbung in der Polizeiinspektion Göttingen

### Mitarbeitende beraten angehende Polizistinnen und Polizisten

Mit über 700 Beschäftigten besitzt die Polizeiinspektion Göttingen den stärksten Personalkörper des regionalen Umkreises der Polizeidirektion Göttingen. Zu den Kernaufgaben des Sachgebiets Personal/ Aus- und Fortbildung (AuF) gehören dabei die Koordinierung, Steuerung und Bearbeitung sämtlicher personaltechnischer Angelegenheiten sowie die Koordinierung der zentralen und dezentralen Fortbildungsmöglichkeiten innerhalb der Polizeiinspektion Göttingen.

Der Bereich Nachwuchsgewinnung ist ein wichtiger Baustein des Sachbereichs Aus- und Fortbildung. Die Aufgaben erstrecken sich über die Betreuung der Fachoberschülerinnen und -schüler (FOS), Besuche von Berufsmessen, Betreiben von Werbeständen und eigener Werbeveranstaltungen, das Planen und Umsetzen von Schülerpraktika sowie Einzelberatungen.

Letztere finden sowohl telefonisch als auch vor Ort statt. Themen sind dabei

unter anderem Fragen rund um die Einstellung sowie das Bewerbungsverfahren.

Die Teilnahme an Berufsfindungsmessen ist ein wichtiger Aspekt der Nachwuchswerbung. Im Jahr 2020 fanden coronabedingt keine Berufsinformationsmessen statt. Und auch für das Jahr 2021 sind aufgrund der noch andauernden Pandemie keine Werbeveranstaltungen geplant.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sachbereichs Personal/Aus- und Fortbildung stehen Interessierten aber dennoch weiterhin für Fragen rund um den Polizeiberuf zur Verfügung.

**Polizeihauptkommissar Hermann Niesen**, Tätigkeiten: Dezentrale Fortbildung, Koordinierung Nachwuchswerbung, Betreuung der Bachelor-Studierenden; Erreichbarkeit: hermann.niesen@polizei.niedersachsen.de, Telefon 0551/491-2055.

**Daniela Diener**, Tätigkeiten: Zentrale Fortbildung, Sport, Gesundheit in der Polizei (GIP) PI Göttingen, Strategie; Erreichbarkeit: daniela.diener@polizei.niedersachsen.de, Telefon 0551/491-2051.

**Bernadette Jahn**, Tätigkeiten: Betreuung der Praktikantenangelegenheiten (Schüler, Juristen, FOS-Praktikanten), Erreichbarkeit: bernadette.jahn@polizei.niedersachsen.de, Telefon 0551/491-2054.

**Zentrale Mailadresse** des Sachbereichs: personal-auf@pi-goe.polizei.niedersachsen.de.

**Die Ansprechpartner** Aus- und Fortbildung/Nachwuchsgewinnung (Polizeihauptkommissar Hermann Niesen und Daniela Diener) stehen allen Interessierten montags bis donnerstags von 7.00 bis 15.30 Uhr sowie freitags von 7.00 bis 12.00 Uhr oder nach Terminvereinbarung telefonisch zur Verfügung.

## Interview

### Von der Lehrerin zur Polizistin

Kim Grzybowski hat im Oktober 2020 das Studium an der Polizeiakademie beendet. Seither ist die 27-Jährige in der Verfügungseinheit der Polizeiinspektion Göttingen tätig. Sie ist eine der Studentinnen und Studenten, die sich nicht direkt nach dem Abitur für den Polizeiberuf entschieden haben. Die junge Frau wollte eigentlich den Weg als Lehrerin einschlagen, hat sich nach dem Lehramtsstudium aber für einen weiteren Studiengang entschieden. Im Interview berichtet sie, warum der Polizeiberuf zu ihrem Traumberuf geworden ist.

#### Warum hast du dich nach dem Lehramtsstudium für ein weiteres Studium entschieden? Und warum ausgerechnet für die Polizei?

Ich habe mir während der letzten Semester des Lehramtsstudiums Gedanken gemacht, ob der Lehrerberuf wirklich der richtige Weg für mich ist und ob ich mir vorstellen kann, ihn mein gesamtes Leben auszuüben. Mir fehlte einerseits der Praxisbezug, andererseits empfand ich den Beruf als einseitig, obwohl mir die Hospitationen und das selbstständige Unterrichten Spaß gemacht haben.

Ganz anders schien es dagegen beim Polizeistudium zu sein. Durch familiäre Kontakte erhielt ich tiefe Einblicke und hatte den Eindruck, dass der Berufsalltag eines Polizeibeamten oder einer Polizeibeamtin sehr viel herausfordernder und abwechslungsreicher ist – und das hat sich im Studium auch bestätigt. Jeder Tag ist anders – schon während der Ausbildung. Darüber hinaus bietet die Polizei sehr gute Weiterbildungsmöglichkeiten, man kann sich auf unterschiedlichen Positionen versuchen. Wenn man will, stehen einem



alle Türen offen. Begeistert haben mich auch der Teamgeist sowie der enge Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern jeglicher Altersstufen und sozialer Schichten.

#### Du sagst, dass sich dein Lehramtsstudium mit deinem jetzigem Beruf verbinden lässt – inwiefern?

Im Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern lässt sich unter anderem der pädagogische Anteil sehr gut anwenden. Und auch wenn es darum geht, Vorgänge zu formulieren, ist ein Germanistik-Studium von Vorteil. Es gibt den einen oder anderen Kollegen, der zu mir kommt und mich bittet, seine Texte gegenzulesen. Ich kann mir außerdem vorstellen, später an die Polizeiakademie zurückzukehren – als Lehrende. Ich habe Praxiserfahrung, das könnte ein Vorteil sein.

#### Du warst in deinem Jahrgang eine der älteren Studentinnen. Du bist mit 24 Jahren gestartet. Hat dir deine Erfahrung weitergeholfen?

Es war durchaus ein Vorteil, älter zu sein und bereits Studiererfahrungen zu haben. Ich wusste schon, wie ein Studium abläuft, mir war klar, dass ich mich organisieren und selbstständig

arbeiten muss. Ich denke, dadurch war ich selbstsicherer und in meiner charakterlichen Entwicklung schon weiter. Die jüngeren Studentinnen und Studenten mussten sich erst zurechtfinden. Das hatte ich schon hinter mir.

#### Würdest du dich wieder für diesen Ausbildungsweg entscheiden?

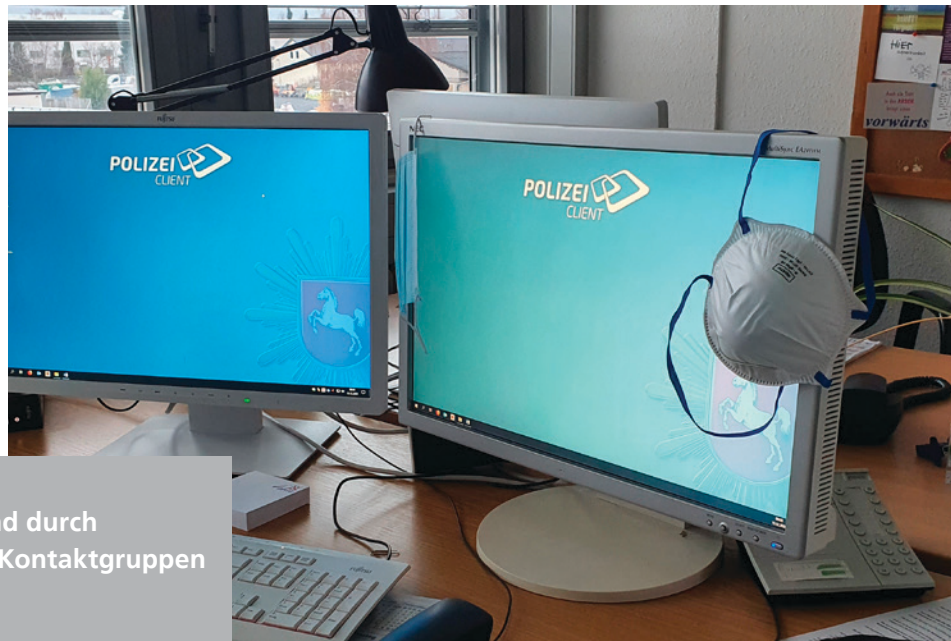
Immer wieder. Es war genau das richtige für mich. Insbesondere die Praktika im Einsatz- und Streifendienst sowie im Ermittlungsdienst habe ich als wertvolle Zeit empfunden – spätestens dort merkt man, ob es der richtige Beruf ist.

#### Was rätst du Menschen, die einen ähnlichen Weg einschlagen möchten?

Es ist wichtig, sich im Vorfeld gut zu informieren. Das bieten auch die Inspektionen an. Ich wurde ehrlich beraten, wir haben alles durchgesprochen – sowohl die Vor- als auch die Nachteile. Ich musste mich immer wieder erklären, warum ich nicht Lehrerin als Lehrerin arbeiten wollte und meine Berufung bei der Polizei gefunden habe. Davon darf man sich nicht abschrecken lassen, sondern den Mut haben, diesen Schritt zu gehen. Für mich war es genau die richtige Entscheidung.



## Die Pandemie in der Inspektion Göttingen



Schichtstärken sind angepasst und durch Kohortenbildung möglich kleine Kontaktgruppen geschaffen worden.

### Abstand, Kohorten, Masken – Infektionsschutz hat höchste Priorität

Die Corona-Pandemie, die seit Anfang des Jahres 2020 für mehrere Lockdowns gesorgt hat, hatte auch Auswirkungen auf die Dienststellen der Polizeiinspektion Göttingen. Dienstsichten wurden umorganisiert, Kontakte dokumentiert und Mund-Nasen-Masken eingeführt. Alle Maßnahmen dienten dem Ziel, einerseits in der Pandemie weiterhin dienstfähig zu bleiben, andererseits die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor einer Ansteckung zu schützen.

Aufgrund des andauernden Infektionsgeschehens im Jahr 2020 wurden neben den allgemeingültigen Abstands- und Hygieneregeln in den Dienststellen, mit der Prämisse der dauerhaften Aufrechterhaltung der Interventionsfähigkeit, weitere Maßnahmen zur Kontaktreduzierung umgesetzt. So stellten Dienstbereiche, die bisher ein bedarfsorientiertes Schichtmanagement ohne feste Dienstsichten betrieben haben, auf feste Schichtmodelle um. Schichtstärken sind angepasst und durch Kohortenbildung möglichst kleine Kontaktgruppen geschaffen wor-



den. Dabei sollte die Begegnung mit anderen Dienstzweigen vermieden und bei Nichteinhaltung eine lückenlose Dokumentation gewährleistet werden, um Infektionsketten nachvollziehen zu können.

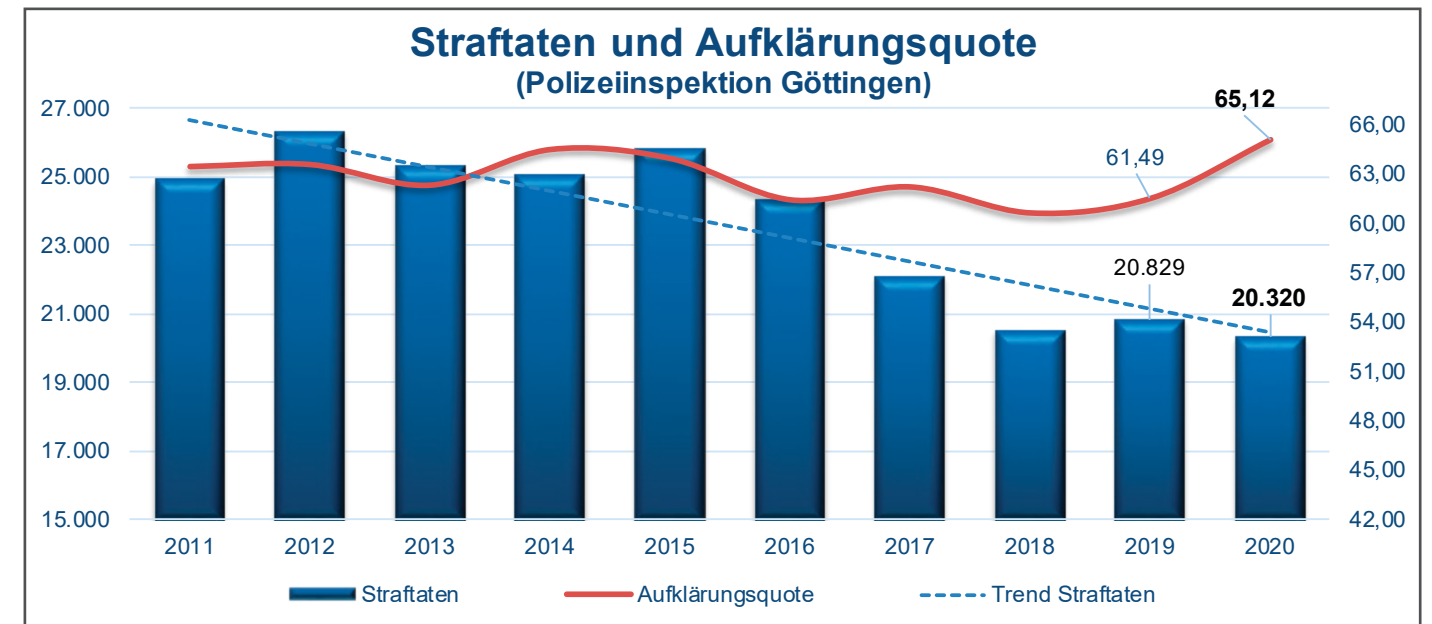
Generell sind alle Dienstgebäude mit ausreichend Desinfektionsspendern/-mitteln ausgerüstet worden. Weiterhin wurde die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung innerhalb der Dienststelle angeordnet und auf die

Einhaltung der allgemeingültigen Hygienemaßnahmen verwiesen. Hierzu zählte unter anderem das regelmäßige Stoßlüften in Räumen, gründliches Händewaschen, der Verzicht auf formelle Begrüßungsformen – wie Händeschütteln – und die Einhaltung des Abstandsgebots. Darüber hinaus standen allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten Stoffmasken, medizinischer Mund-Nasen-Schutz sowie FFP2-Masken zur Verfügung.

Um Berührungspunkte weitgehend gering zu halten, wurden der Dienstsport sowie Schieß- und weitere Trainings eingeschränkt bzw. gänzlich ausgesetzt. Besprechungen wurden nur in kleinen Kreisen oder über Telefon-/Skypekonferenzen veranstaltet. Fort- und Weiterbildungen als Präsenzveranstaltungen wurden ebenfalls ausgesetzt. Wenn möglich, wurden sie auf digitale Angebote umgestellt. Insgesamt hatten sich dank der Vielzahl an Maßnahmen nur 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Covid-19 infiziert.

## Kriminalitätsentwicklung

Aufklärungsquote liegt deutlich über dem Landesdurchschnitt



Das Kriminalitätsaufkommen im Bereich der Polizeiinspektion Göttingen liegt für 2020 bei 20.320 Straftaten und damit leicht unter dem Wert des Vorjahres. Der Fallzahlenrückgang von 509 Delikten (-2,44 Prozent zum Vorjahr) ist insbesondere auf eine Reduzierung der Wohnungseinbrüche (-92 Taten / -22 Prozent) und einem geringeren Fallzahlenaufkommen von Fahrradentwendungen und Ladendiebstählen zurückzuführen, was mit den Besonderheiten dieses Corona-Jahres korrespondiert.

Die Aufklärungsquote der Polizeiinspektion Göttingen liegt im Berichtsjahr 2020 bei 65,12 Prozent und damit nochmals über dem Wert des Vorjahres (2019: 61,49 Prozent). Zugleich stellt sie den höchsten Wert im Zehn-Jahres-Vergleich dar und steht deutlich über dem Landesdurchschnitt.

Diese nochmalige Steigerung der Aufklärungsquote ist nach Bewertung von Kriminaldirektor Thomas Breyer, Leiter des Zentralen Kriminaldienstes der Polizeiinspektion Göttingen, im Wesent-

lichen das Ergebnis einer engagierten und motivierten Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Trotz der Pandemieauswirkungen und den damit verbundenen Einschränkungen gelang es, die Strafverfolgungsmaßnahmen erfolgreich umzusetzen. Wieder einmal konnten diverse Ermittlungsgruppen zielgerichtet Täterinnen und Täter im Betrugs- und Eigentumsbereich ermitteln. Coronabedingte De-

liktverlagerungen sind für die Bereiche des Laden- und Fahrraddiebstahls hin zu Betrugsdelikten im Zusammenhang mit Internet-Verkaufsplattformen festzustellen.

Eine Besonderheit im Jahr 2020 stellen Straftaten im Zusammenhang mit Corona-Subventionen dar. Es wurden 30 Subventionsbeträge ermittelt, während im Vorjahr keinerlei derartige Delikte zu verzeichnen waren.

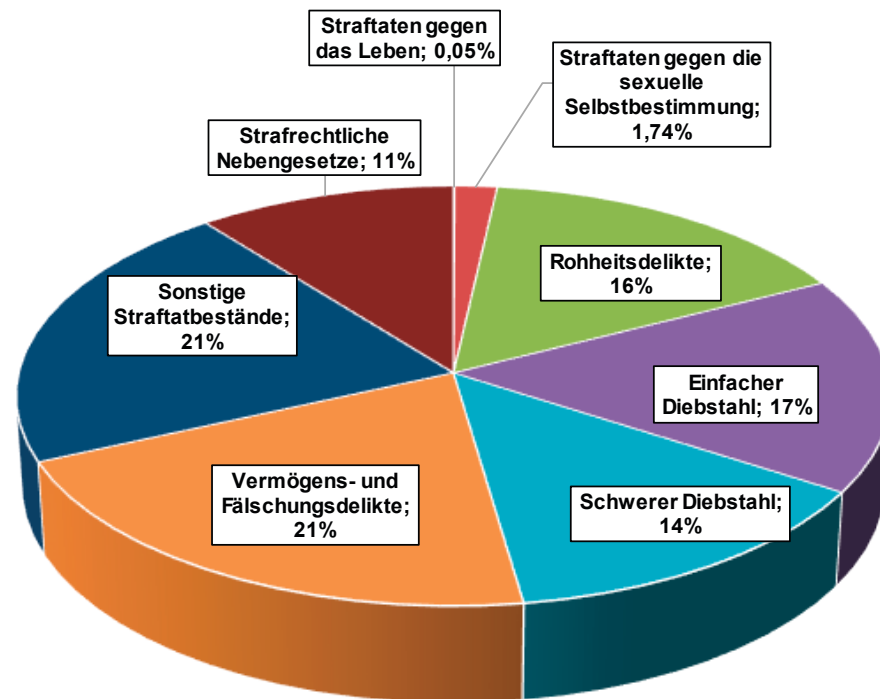




Die polizeilichen Prognosen zu coronabedingten Auswirkungen auf das Straftatenaufkommen haben sich insgesamt bestätigt. Der Rückgang bei Wohnungseinbrüchen ist auch darauf zurückzuführen, dass die Bürgerinnen und Bürger verstärkt zu Hause waren und urlaubsbedingte Abwesenheiten stark reduziert wurden.

Darüber hinaus wurden Straftatenserien sogenannter „reisender Täter“ durch den Lockdown und die Reisebeschränkungen im Jahr 2020 erschwert. Im Bereich der Kellereinträge ergab sich jedoch ein deutlicher Anstieg (nahezu 100 Prozent), der örtlichen Täterinnen und Tätern zuzurechnen ist. Erfolgreiche Ermittlungen hierzu werden sich in der Darstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2021 abbilden.

### Polizeiinspektion Göttingen



### Besonderer Fokus auf Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Einen besonderen Fokus der polizeilichen Ermittlungs- und Präventionsarbeit sieht die Polizeiinspektion Göttingen auch im Jahr 2021 im Bereich der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen.

Hier sind Deliktsbereiche von auftretenden „falschen Polizeibeamten“ und dem sogenannten „Enkeltrick“ besonders zu erwähnen.

Im Jahr 2020 waren 806 Fälle (davon 753 Versuchstaten) zu verzeichnen. Die hohe Zahl der Versuchstaten zeigt auf, dass die polizeilichen Präventionsmaßnahmen und Beratungsgespräche der Polizei ihre Wirkung erzielen. Dieses gilt es, auch im laufenden Jahr 2021 fortzusetzen.

## Cybercrime

Aus dem Dienstalltag: Smart Home Systeme bergen Sicherheitsrisiken



Der Internetanschluss des Hauses diente dazu, eine falsche Online-Überweisung in Auftrag zu geben und dabei unerkannt zu bleiben.

### Ehepaar aus dem Landkreis gerät zu Unrecht ins Visier der Ermittler

Ein Smart Home System hat durchaus seine Vorteile, denn mit dem Smartphone, Tablet oder PC kann man sich mit dem eigenen lokalen Netzwerk verbinden und so die vernetzten Geräte im Haus bedienen. Dass diese Technik aber auch Gefahren birgt, musste ein Ehepaar aus dem Landkreis Göttingen durchleben.

Eines Tages standen Ermittler der Datenverarbeitungsgruppe der „Task Force Cybercrime/Digitale Spuren (TFCC/DS)“ der Polizeiinspektion Göttingen mit einem Durchsuchungsbeschluss vor der Tür und teilten dem Ehepaar mit, dass man wegen des Verdachts der Computerkriminalität gegen sie ermittle. Was war passiert? Ein unbekannter Täter war in das Smart-Home-System des Paares eingedrungen und hatte sich deren IP-Adresse zunutze gemacht, um seine Identität zu verstecken. Dann gab er sich gegenüber eines Geschädigten aus Norddeutschland als Bankangestellter aus und täuschte ihm vor, dass es zu einer Fehlbuchung auf seinem Konto gekommen sei. Er brachte den Geschädigten dazu, eine TAN am Telefon zu übermitteln. Mit der TAN wurden 3.000 Euro per Online-Überweisung vom Konto des Geschädigten

auf ein Fremdkonto getätigt. Der Täter agierte dabei komplett im Dunkeln und nutzte die zuvor ausgespähte IP-Adresse dann für seine kriminellen Handlungen. Der Internetanschluss des Hauses diente also dazu, die falsche Online-Überweisung in Auftrag zu geben und dabei unerkannt zu bleiben.

Wie war das möglich? Schuld war eine Sicherheitslücke im Smart Home System, in dessen Zentrale der Täter eindringen konnte, ohne dafür ein Passwort eingeben zu müssen – und das obwohl sich das Ehepaar bereits sehr gut um die Absicherung des Hauses gekümmert hatte. Die Mitarbeitenden der Göttinger TFCC/DS fanden die Sicherheitslücke und stellten den Tatablauf gemeinsam mit den Betroffenen nach. Die Smart Home Zentrale war aus dem Internet direkt erreichbar und konnte so durch Fernzugriff übernommen werden. So wurde das Smart Home als Zwischenstation genutzt und der wahre Weg des Täters verschleiert. Die Experten sorgten dafür, dass Kriminelle nicht mehr in das System eindringen können, indem sie Software-Updates aufspielten und Einstellungen veränderten, so dass sich die Geräte nicht mehr auto-

matisch mit dem Internet verbinden. Die Polizei rät, bei der Anschaffung eines Smart Home Systems zu berücksichtigen, dass eine direkte Erreichbarkeit aus dem Internet meistens nicht notwendig ist oder nur über einen sicheren Kanal, etwa ein Virtual Private Network (VPN), betrieben werden sollte. Ferner wird empfohlen, die Sicherheitsupdates regelmäßig zu installieren, die Standardpasswörter zu ändern, eine Firewall im Router zu nutzen, ein separates WLAN für IoT-(Internet of Things)-Geräte einzurichten (etwa Gast-WLAN) sowie die Verschlüsselung der Kommunikation der IoT-Geräte hoch einzustellen, um den physischen Zugriff auf die Geräte durch Dritte zu verhindern.

### Beratung

Das **Präventionsteam** der Polizeiinspektion Göttingen steht bei Fragen und für Beratungen per Mail und telefonisch zur Verfügung:

**postfach-praevention@pi-goe.  
polizei.niedersachsen.de**

**Telefon 0551/4912007**



## Verkehrslagebild der Polizeiinspektion Göttingen



Der deutliche Rückgang der Unfallzahlen wird allgemein mit der veränderten Mobilität während der Corona-Pandemie erklärt.

### Zahl der Verkehrsunfälle ist 2020 deutlich gesunken

Die Polizeiinspektion Göttingen ist für die Verkehrssicherheitsarbeit in der Stadt und im Landkreis Göttingen, einschließlich der Autobahnen A38 bis zur Anschlussstelle Arenshausen sowie der A7 zwischen Lutterberg und Seesen zuständig. Jährlich werden in diesem Bereich – ohne die beiden Autobahnen – zwischen 8.500 und 9.200 Unfälle aufgenommen.

Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden schwankt zwischen 1.100 und 1.300. Eines der wichtigsten Ziele der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit ist es daher, die Quote der Unfälle mit schweren Personenschäden (getötete und schwerverletzte Verkehrsteilnehmer) zu reduzieren. Diese Unfälle werden polizeiintern als VUSP bezeichnet. Der Mittelwert der registrierten Unfälle mit schweren Personenschäden der letzten fünf Jahre (2015 bis 2019) beträgt 177.

Im Jahr 2020 hat sich das Unfalllagebild positiv entwickelt: Insgesamt kam es zu 7.202 Verkehrsunfällen (2019: 8.925), davon wurden bei 137 (2019: 203) Unfällen Menschen schwer verletzt. Trotz

dieser positiven Entwicklung mussten leider neun Unfälle verzeichnet werden, die einen tödlichen Ausgang nahmen (2019: 11).

Bei den Opfern handelt es sich unter anderem um zwei Fußgänger (69 und 83 Jahre alt), zwei Fahrrad- bzw. Pedelec-Fahrer im Alter von 78 und 83 Jahren und zwei weitere Senioren, die jeweils als Beifahrer in Autos unterwegs waren. Darüber hinaus verloren ein 25-jähriger Pkw-Fahrer, ein Quadfahrer (45 Jahre alt) sowie ein Motorradfahrer (60 Jahre alt) bei Verkehrsunfällen ihr Leben.

Oftmals sind unangepasste Geschwindigkeiten, Alkohol- oder Drogeneinfluss, Vorfahrtsverstöße und fehlende Aufmerksamkeit am Steuer – beispielsweise durch die Nutzung von Smartphones – für die schweren Verkehrsunfälle ursächlich. Bei einem Fall gab der Verursacher eines schweren Unfalls an, am Steuer eingeschlafen zu sein.

Der deutliche Rückgang der Unfallzahlen wird allgemein mit der veränderten Mobilität während der Corona-Pandemie erklärt. Allerdings sind die Zahlen

im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Göttingen nicht nur während der Zeiten des Lockdowns, sondern auch in den nachfolgenden Monaten zurückgegangen. Es wird daher davon ausgegangen, dass die positive Entwicklung auch durch präventive und repressive Maßnahmen der Polizei begünstigt wurde.

Der in vielen anderen Regionen festgestellte Anstieg der Fahrradunfälle ist in Stadt und Landkreis Göttingen nicht zu verzeichnen: Im Jahr 2020 wurden insgesamt 394 Verkehrsunfälle mit Fahrrad-fahrenden aufgenommen, 2019 waren es 515 Unfälle.

Auf den beiden Autobahnen im hiesigen Bereich werden jedes Jahr Verkehrsunfälle im niedrigen vierstelligen Bereich registriert. Im Jahr 2020 betrug die Anzahl 1.015 (2019: 1.327), darunter waren zwölf Unfälle mit schweren Personenschäden (2019: 27). Wie im Vorjahr auch, mussten drei Verkehrsunfälle mit Todesfolge aufgenommen werden. Alle drei Unfälle ereigneten sich im Zusammenhang mit der Großbaustelle auf der A7 bei Kassel.

## Baustelle in Nordhessen führt zu verheerenden Unfällen auf der A7

Ende des Jahres 2019 wurde im Raum Kassel auf der Autobahn 7 eine Baustelle eingerichtet, die bis ins Jahr 2020 auf niedersächsischer Seite immer wieder zu langen Staus und Verkehrsunfällen führte – einige davon mit tödlichem Ausgang.

Die Verkehrssituation erforderte es, in Südrichtung bereits vor der ersten Abfahrt Kassel ein Lkw-Überholverbot anzusetzen, das wiederum zur Folge hatte, dass sich regelmäßig kilometerlange Staus auf dem Hauptfahrstreifen und bisweilen auch auf dem mittleren Fahrstreifen von bis zu 15 Kilometern Länge bildeten und damit bis in den Bereich südlich der Anschlussstelle Lutterberg auf niedersächsischem Gebiet reichten. Bereits im Vorfeld hatte die hessische Verkehrsbehörde über Sicherungsmaßnahmen am Stauende debattiert und sich letztlich für eine herkömmliche Beschilderung entschieden. Nach Einrichten der Baustelle kam es jedoch wiederholt zu schweren Verkehrsunfällen am Stauende, auch zu zwei Unfällen mit tödlichem Ausgang: Ein Pkw-Fahrer starb im April 2019, ein Lkw-Fahrer im Dezember 2019.

Mitte Februar 2020 ereignete sich dann eine Serie von vier schweren Verkehrsunfällen, von denen zwei tödlich endeten. Einer davon war durch die erforderliche Sperrung eines vorgehenden Stauende-Unfalls kurz hinter dem Autobahndreieck Drammetal geschehen – also etwa 30 Kilometer vor der Kasseler Baustelle.

Bereits in der Woche nach dem zweiten tödlichen Unfall wurden von Vertretern der hessischen und der nieder-



sächsischen Verkehrsbehörde sowie der Autobahnpolizei Baunatal und Göttingen ergänzende Verkehrssicherungsmaßnahmen erörtert und letztlich das Aufstellen einer Stauwarnanlage als unerlässliches Sicherungsinstrument angeregt.

Die Verkehrssicherungsmaßnahmen sollten durch deutlich wahrnehmbare polizeiliche Kontrollmaßnahmen flankiert werden. Die Autobahnpolizei



Mitte Februar 2020 ereignete sich eine unglückliche Serie von vier schweren Verkehrsunfällen, von denen zwei einen tödlichen Ausgang nahmen.

Göttingen und die Verfügungseinheit der Polizeiinspektion Göttingen nahmen zudem verstärkte Kontrollen der Hauptunfallursachen Ablenkung und Unaufmerksamkeit vor, vornehmlich im südlichen Zuständigkeitsbereich in

Fahrtrichtung Kassel. Ziel dieser individuellen Kontrollen insbesondere von Lkw-Fahrern war die deutlich wahrnehmbare Erhöhung polizeilicher Maßnahmen. Begleitet wurden diese durch kurzfristig getaktete Geschwindigkeitsüberwachungen der Autobahnpolizei und der Mess-Teams des Landkreises Göttingen. Parallel dazu erfolgte eine offensive Medienarbeit, in der die verstärkten Überwachungsmaßnahmen im südniedersächsischen Bereich wiederholt thematisiert wurden.

Eine Stauwarnanlage wurde dann in der zweiten Märzwoche mit fünf Mess- und Anzeigepunkten aufgestellt.

Letztlich wirkten die polizeilichen Maßnahmen in Verbindung mit der Stauwarnanlage und der coronabedingten Abschwächung des Lkw-Verkehrs dergestalt, dass im weiteren Jahresverlauf keine schweren Stauende-Unfälle mehr zu verzeichnen waren.





## Unsere Einsätze

### Junge Menschen gehen für Klimaschutz auf die Straßen: Demos von „Fridays for Future“ und „Extinction Rebellion“

Die regelmäßigen Demonstrationen der Schülerbewegung „Fridays for Future“ haben die Beamtinnen und Beamten der Polizeiinspektion Göttingen im Jahr 2020 immer wieder bewegt. Und auch Aktionen der Bewegung Extinction Rebellion waren im Jahresverlauf immer wieder präsent. Ziel beider Bewegungen: Mehr Klimaschutz.

„Fridays for Future“ (FFF) versteht sich als eine globale Bewegung, die für einen effizienten Klimaschutz protestiert und sich für eine schnelle Umsetzung von Maßnahmen einsetzt, um das 1,5-Grad-Ziel der Vereinten Nationen noch erreichen zu können. Die im Jahr 2018 als Einzelaktion der damals erst 15-jährigen Greta Thunberg in Schwe-

den ins Leben gerufene Protestaktion wird zum größten Teil von Schülerinnen und Schülern sowie Studentinnen und Studenten organisiert. Die Demonstrationen finden weltweit statt, um möglichst viele Menschen für den „Klimastreik“ zu mobilisieren.

Seit dem Jahr 2019 erstreckt sich die Bewegung auf das gesamte Bundesgebiet und ist auch in Göttingen fester Bestandteil versammlungsrechtlicher Aktionen, die den Klimawandel zum Thema haben.

So fanden im Jahr 2019 in Göttingen und Hann. Münden insgesamt 23 Kundgebungen statt, an denen mehr als 14.000 Personen teilnahmen. Die

größte Veranstaltung in der Universitätsstadt zählte etwa 8.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Aufgrund der Corona-Pandemie 2020 wurden zunächst alle öffentlichen Demonstrationen sowie Klimastreiks abgesagt und durch Online-Aktionen ersetzt.

Nach Lockerung der Corona-Maßnahmen fanden dann aber auch 2020 wieder mehrere FFF-Protestaktionen und Kundgebungen statt. Allein am 25. September 2020 versammelten sich etwa 2.500 Menschen zu einem Aufzug durch das Stadtgebiet von Göttingen. Insgesamt wurden 15 Kundgebungen mit 295 Einsatzstunden durch die Polizei begleitet.

Neben Fridays for Future ist eine weitere Bewegung im vergangenen Jahr verstärkt in Erscheinung getreten: Extinction Rebellion ist nach eigener Auskunft „eine selbstorganisierte, dezentralisierte, internationale und politisch unabhängige Bewegung, die gewaltfreien zivilen Ungehorsam einsetzt, um auf den drohenden Klimakollaps und das massive Artensterben aufmerksam zu machen“. Dadurch sollen, so die Aktivistinnen und Aktivisten in ihrer Selbstauskunft, Regierungen dazu bewegt werden, auf gerechte Art und Weise auf die ökologische Krise und den Klimanotstand zu reagieren.

Die Bewegung entstand im Oktober 2018, als sich in London Klimaaktivistinnen und -aktivisten versammelten und gegenüber der britischen Regierung die Rebellion erklärten. Seither hat sich die Bewegung global ausgeweitet. In diesem Zuge ist unter anderem auch eine Ortsgruppe in Göttingen entstanden. Im Jahr 2020 fanden ins-

gesamt zehn versammlungsrechtliche Aktionen in Göttingen statt, die mit 121 Einsatzstunden durch die Polizei begleitet wurden.

Im Kern hat die Bewegung Extinction Rebellion drei Forderungen aufgestellt:

#### 1. Sagt die Wahrheit

Die Regierung muss die Wahrheit über die ökologische Krise offenlegen und den Klimanotstand ausrufen. Die Dringlichkeit des sofortigen Kurswechsels muss von allen gesellschaftlichen Institutionen und den Medien kommuniziert werden.

#### 2. Handelt jetzt

Die Regierung muss jetzt handeln, um das Artensterben zu stoppen und die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2025 auf Netto-Null zu senken.

#### 3. Politik neu leben

Die Regierung muss eine Bürgerinnen- und Bürgerversammlung für die notwendigen Maßnahmen gegen die ökologische Katastrophe und für Klimagerechtigkeit einberufen. Die Regierung muss nach deren Beschlüssen handeln.



Im Jahr 2020 fanden zehn versammlungsrechtliche Aktionen von Extinction Rebellion in Göttingen statt.

Außerdem wurden die handlungsleitenden Prinzipien und Werte in einen zehn Punkte umfassenden Rebellionskonsens festgelegt. So kann sich jede Person oder Gruppe eigenständig organisieren und im Namen von Extinction Rebellion in Aktion treten, solange die Aktionen den Prinzipien und Werten folgen.





## Unsere Einsätze

Ausschreitungen  
am Wohnkomplex  
Groner Landstraße



Einsatzkräfte wurden unter anderem mit Flaschen, Steinen, Stangen sowie Pyrotechnik beworfen. Elf eingesetzte Beamtinnen und Beamte wurden verletzt.



Ein Ausbruch des Coronavirus in einem Wohnkomplex mitten in Göttingen und die daraufhin angeordnete Quarantäne für alle Bewohnerinnen und Bewohner sorgte Mitte Juni 2020 für massive Ausschreitungen. Einsatzkräfte der Polizei wurden dabei angegriffen und zum Teil verletzt.

Anfang Juni 2020 kam es zu einer Häufung von Infizierungen mit dem Coronavirus im sogenannten „Iduna-Zentrum“ in Göttingen. Daraufhin wurde vom 5. bis zum 7. Juni auf behördliche Anordnung ein Massentest aller etwa 700 Bewohnerinnen und Bewohner vorgenommen. Im Rahmen der Amtshilfe wurden an allen Tagen die örtlich zuständigen Behörden durch polizeiliche Präsenz unterstützt.

Nur wenige Tage später wurde ein weiteres Ausbruchsgeschehen in einem Wohnkomplex an der Groner Landstraße bekannt. Die Stadt Göttingen initiierte den zweiten Corona-Massentest innerhalb kurzer Zeit. Das Ergebnis: Von den insgesamt 668 Proben waren mehr als 100 positiv. Die Behörde ordnete daraufhin für den gesamten Gebäudekomplex vom 18. bis zum 25. Juni eine Vollquarantäne an. Bei der Überwachung und Einhaltung der Qua-

rantänemaßnahmen unterstützte die Polizei Göttingen auch hier im Rahmen der Amtshilfe.

Die Hausbewohnerinnen und -bewohner hatten allerdings von Beginn an nur wenig Verständnis für die Notwendigkeit der Corona-Schutzmaßnahmen. Schon am 19. und 20. Juni kam es zu massiven Protestaktionen, die polizeiliche Maßnahmen erforderlich machten. Durch eine Demonstration unter dem Motto „Für Corona-Mieten und Mietunterstützungsfonds, gegen rassistische Stigmatisierung von Menschen aus prekären Wohnvierteln“, erfuhren die Bewohner am 20. Juni noch zusätzlich Unterstützung bei ihrem Unmut über die Gesamtsituation. Die Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer zogen in Richtung des Gebäudes, zeigten Transparente und befestigten sie am aufgestellten Zaun. In der Folge versuchten einige der Bewohnerinnen und -bewohner, die Absperrung gewaltsam

zu durchbrechen. Es kam zu massiven Ausschreitungen. Einsatzkräfte wurden unter anderem mit Flaschen, Steinen, Stangen sowie Pyrotechnik beworfen. Elf eingesetzte Beamtinnen und Beamte wurden verletzt, drei davon waren infolgedessen dienstunfähig.

Im Nachgang der Ausschreitungen nahm die Sonderkommission (Soko) „GOLA“ die Ermittlungen auf und vollstreckte unter anderem mehrere Durchsuchungsbeschlüsse. Darüber hinaus gab es Fahndungen und Vernehmungen. Weiterhin wurden Handys und Videoaufzeichnungen sichergestellt und anschließend ausgewertet. Der Soko gelang es, insgesamt 32 Tatverdächtige zu identifizieren und mehrere Strafverfahren wegen schweren Landfriedensbruchs, tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte, gefährlicher Körperverletzung, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Sachbeschädigung einzuleiten.

## Großbrand richtet Schaden in Millionenhöhe an

Am 6. November 2020 kam es in den Abendstunden zu einem verheerenden Brand in der historischen Altstadt von Hann. Münden: Das Feuer brach an einem Wohn- und Geschäftshaus in der Rosenstraße aus und breitete sich innerhalb kürzester Zeit auf eine ganze Fachwerkhäuserzeile aus. In der Folge entwickelte sich ein Großbrand, der einen hohen Sachschaden nach sich zog.

Neben der Freiwilligen Feuerwehr Hann. Münden mit sämtlichen Ortswehren befanden sich die Berufsfeuerwehr Göttingen, die Freiwilligen Feuerwehren Staufenberg, Reinhardshagen, Dransfeld und Rhumspringe, das THW Northeim, Rettungskräfte des ASB und des DRK sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Hann. Münden vor Ort im Einsatz. Insgesamt waren 170 Einsatzkräfte beteiligt. Aufgrund der engen Bebauung in der Altstadt gestaltete sich die Brandbekämpfung äußerst schwierig, sodass Teilabriss des zunächst brandbetroffenen Gebäudes und eines Nachbarhauses notwendig waren, um löschen zu können.

Zur Lokalisierung möglicher Glutnester bzw. weiterer Brandausbruchstellen wurden Drohnen der Feuerwehr Rosdorf und der Bereitschaftspolizei Hannover eingesetzt. Zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner der umliegenden Straßen mussten evakuiert werden. Insgesamt dauerten die Löscharbeiten schließlich vier Tage – bis zum 9. November 2020, da sich im-



mer wieder Glutnester entfachten. Ein Mitglied der Feuerwehr wurde dabei leicht verletzt. Zu weiteren Personenschäden kam es glücklicherweise nicht.

Zur Ermittlung der Brandursache richtete der Leiter des Zentralen Kriminaldienstes aus Göttingen eine Sonderkommission beim Polizeikommissariat Hann. Münden ein. Zuvor mussten wei-



Insgesamt dauerten die Löscharbeiten schließlich vier Tage, bis zum 9. November 2020, da sich immer wieder Glutnester entfachten.

tere Teile der betroffenen Gebäude abgerissen werden, da ein Betreten aufgrund von Einsturzgefahr nicht möglich war. Im Verlauf dieser Arbeiten konnte die Brandstelle dann abschnittsweise betreten und die Ermittlungen fort-

geführt werden. Hierbei kam auch ein Brandmittelspürhund der Polizeidirektion Göttingen zum Einsatz.

Erste Ermittlungen ergaben, dass ein technischer Defekt in der Kabelverteilung im Bereich einer Zwischendecke des ursprünglich betroffenen Wohn- und Geschäftshauses als Brandursache in Betracht kommt. Hinweise auf eine vorsätzliche Brandstiftung haben sich im Rahmen der Ermittlungen nicht ergeben.

Durch den Brand und die Löscharbeiten sind insgesamt zehn Wohn- /Geschäftshäuser beschädigt worden und größtenteils unbewohnbar. Ein Abriss von mindestens drei Gebäuden ist erforderlich. Die Schadenshöhe kann nicht konkret beziffert werden, es dürfte sich aber um einen Schaden in Millionenhöhe handeln.



## Unsere Einsätze

Straftaten zum  
Nachteil älterer  
Menschen



Durch die Übermittlung des Passworts für die Fernwartungssoftware hatte der Betrüger die Möglichkeit, auf den Computer des Ehepaares zuzugreifen.



### Falscher Polizist betrügt Ehepaar mit Fernwartungssoftware

Ein lebensälteres Ehepaar wurde im Juli 2020 durch einen falschen Polizeibeamten angerufen und davon „überzeugt“, dass ihr Vermögen durch Einbrecher gefährdet sei und gesichert werden müsse. Das Ehepaar verlor bei diesem Betrug ein Vermögen im sechsstelligen Bereich.

Folgende Geschichte erzählte der falsche Polizeibeamte dem ahnungslosen Ehepaar: Bei den vermeintlichen Einbrechern sei ein Notizbuch mit Informationen zu Wertgegenständen und dem Vermögen der Geschädigten gefunden worden. Um das Vermögen zu sichern, sollten das Paar auf Anweisung des angeblichen Polizeibeamten eine Fernwartungssoftware, wie Zoho, TeamViewer oder AnyDesk, auf dem heimischen Computer installieren und den weiteren Anweisungen folgen.

Durch die Übermittlung des Passwortes für die Fernwartungssoftware hatte der Betrüger die Möglichkeit, auf den Computer des Ehepaares zuzugreifen. Nach-

dem dies erfolgte, forderte der falsche Polizeibeamte die Zugangsdaten für das Online-Banking, den PayPal-Account sowie die Kreditkarten. Mit diesen Zugangsdaten war es ihm möglich, entsprechende Abbuchungen und Überweisungen vorzunehmen.

Erste Zweifel kamen bei dem geschädigten Ehepaar auf, als sie in einem Zeitungsartikel von den Verfahrensweisen falscher Polizeibeamter lasen. Sie nahmen daraufhin Kontakt zu ihrer örtlich zuständigen Polizeidienststelle auf. Durch Einbindung des 3. Fachkommissariats für Betrugsstraftaten der Polizeiinspektion Göttingen, konnte durch umgehende Einleitung von Ermittlungsmaßnahmen ein fünfstelliger Betrag auf einem der Zielkonten des Betrügers gesichert werden.

Insgesamt ist durch das perfide Vorgehen des Betrügers ein mittlerer sechsstelliger Vermögensanteil der Geschädigten auf verschiedene Zielkonten verteilt und via PayPal umgesetzt worden.

#### Das rät die Polizei

##### Das Präventionsteam der Polizeiinspektion Göttingen rät:

- Niemals Geld abheben oder überweisen, um angebliche polizeiliche Ermittlungen zu unterstützen.
- Seien Sie misstrauisch.
- Vergewissern Sie sich über Tel. 110 (auflegen und neu wählen) und lassen Sie sich, falls es zu Treffen vor Ort kommen sollte, immer einen Dienstausweis zeigen.
- Informationen über Besitztümer und Zahlungsdaten sind Privatsache.
- Lassen Sie sich niemals unter Druck setzen.
- Beenden Sie merkwürdige Gespräche selbst und umgehend.
- Rufen Sie die angezeigten Rufnummern nicht zurück.

Ermittlungsgruppe  
befasst sich mit  
Kinderpornografie



Die Software ist in der Lage, aus der gigantischen Menge an Bild- und Videodateien nur solche Dateien zu selektieren, die pornografisches Material enthalten.

### Künstliche Intelligenz selektiert kinderpornografisches Material

Kinderpornografie ist eine Erscheinungsform des sexuellen Missbrauchs, bei der sexuelle Handlungen von und mit Personen unter 14 Jahren gefilmt oder fotografiert werden – und hinter jedem Bild steht ein Opfer. Die Herstellung und Verbreitung geht stets mit sexueller Gewalt gegenüber einem Kind einher, die eine dauerhafte Viktimisierung zur Folge hat. Um noch intensiver gegen diese Straftaten vorzugehen, wurde im 1. Fachkommissariat der Bereich der Kinderpornografie angegliedert.

Beim sexuellen Missbrauch handelt es sich um eine vorsätzliche Straftat gemäß Paragraph 176 des Strafgesetzbuches (StGB). Der Tatbestand umfasst alle sexuellen Handlungen an, mit und vor Kindern.

Bei den Taten handelt es sich um triebgesteuerte Handlungen zur Befriedigung der sexuellen Bedürfnisse der Täter. Diese sind untereinander vernetzt und begehen ihre Taten zur Verschleierung ihrer Identität unter Zuhilfenahme

des Darknets. Die Verbreitung sowie der Erwerb und Besitz kinderpornografischer Schriften sind zudem nach Paragraph 184b des StGB strafbar. Zum 1. Fachkommissariat gehört die Bearbeitung von Straftaten aus den Bereichen gegen Leben, Gesundheit und körperliche Unversehrtheit, persönliche Freiheit, Sexualdelikte und Branddelikte. Jetzt befassen sich zusätzlich fünf Polizeibeamtinnen und -beamte im 1. Fachkommissariat mit dem Bereich Kinderpornografie.

Seit August 2019 wird eine Statistik über Kinderpornografie geführt, die einen kontinuierlichen Anstieg der Vorgänge verzeichnet. Zur Unterstützung der polizeilichen Ermittlungen werden die Ermittlerinnen und Ermittler durch IT-Spezialisten in der Aufbereitung der umfangreichen Datenmengen unterstützt.

Zusätzlich wurde vom Landeskriminalamt eine Software mit einer künstlichen Intelligenz (KI) entwickelt, die seit April 2020 im Einsatz ist. Diese Software ist in

der Lage, aus gigantischen Mengen an Bild- und Videodateien, die im Rahmen der Ermittlungen auf Datenträgern, wie Computern oder Handys gesichert werden, nur solche Dateien zu selektieren, die pornografisches Material enthalten.

Dies ermöglicht es, den Fokus schneller auf die relevanten Dateien zu legen. Die KI befindet sich in einem ständigen Lernprozess, so dass die Software mit jeder Nutzung weiterentwickelt wird. Des Weiteren erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit dem Präventionsteam, um insbesondere Jugendliche für das Thema zu sensibilisieren, denn bei der Nutzung von sozialen Medien versenden vermehrt Jugendliche untereinander sogenannte Sticker, die kinderpornografische Darstellungen beinhalten.

Durch zahlreiche Ermittlungen im Sachbereich KiPo wurde im März 2020 die Sonderkommission „Tiger“ eingerichtet. Durch diese konnten weitere und sehr umfangreiche Strafverfahren ausermittelt werden.



## Prävention

VSN-Projekt soll  
Mobilität der  
Generation 65 Plus  
sichern



Durch das Vorhaben „Sichere-Fahrt-Schein“ wird die Verkehrsunfallprävention durch einen bedeutenden Baustein ergänzt.



## Auch ohne Führerschein im Alter mobil bleiben

Mobilität ist ein besonderes Stück Lebensqualität. Diese müssen wir uns bewahren, jedoch unter der Prämisse, dass die Sicherheit im Straßenverkehr oberste Priorität hat. Gerade für die ältere Generation ist das ein Thema. Ein Projekt des Verkehrsverbunds Süd-Niedersachsen, angestoßen von der Polizeiinspektion Göttingen, ermöglicht Seniorinnen und Senioren einen Weg, auch ohne Führerschein im Alter mobil zu bleiben.

Zahlreiche Angehörige der „Generation 65 Plus“ nutzen ihren Pkw unter anderem für Arztbesuche oder zum Einkaufen, obwohl sie sich – aufgrund persönlicher Unsicherheiten oder körperlicher Einschränkungen – unsicher fühlen. Persönliche Unsicherheiten lassen sich beispielsweise durch zielführende Präventionsprojekte, wie beispielsweise „Göttinger Senioren machen mobil – sicher ans Ziel!“, erfolgreich abbauen.

Körperliche Einschränkungen können jedoch nur bedingt kompensiert werden. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung des Verkehrsverbunds Süd-

Niedersachsen GmbH (VSN) vom 2. Juli 2019 führte der VSN das Projekt „Sichere-Fahrt-Schein“ ein, das zum 1.

November 2019 umgesetzt wurde. Der Anstoß dazu kam aus der Polizeiinspektion Göttingen.

### Die Kontaktbeamten

Seit 1978 gibt es Kontaktbeamte in Göttingen. Ihre Aufgabe: Kontakte pflegen und Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger sein, Schul- und Kindergartenwege sichern sowie Eltern, Kinder, Schulen, Kindergärten und Senioren bzw. Pflegeheime beraten. Die drei Göttinger Kontaktbeamten Polizeioberkommissar Christian Janzen, Polizeioberkommissar Holger Lagershausen und Polizeikommissar Frank Heger sind als Angehörige des Präventionsteams gemeinsam für das Stadtgebiet zuständig.

**Wir freuen uns auf Ihren Kontakt! Sie erreichen uns unter Telefon 0551/4912306.**

Durch das zielführende Vorhaben „Sichere-Fahrt-Schein“ wird die Verkehrsunfallprävention durch einen bedeutenden Baustein ergänzt. Angehörige der Zielgruppe „Generation 65 Plus“, die sich nicht mehr in der Lage sehen, ein Fahrzeug im öffentlichen Straßenverkehr sicher zu führen, erhalten nach einem freiwilligen Verzicht auf ihre Fahrerlaubnis – mit Verzichtserklärung – für sechs Monate eine kostenlose Netzkarte für das Netzgebiet des VSN, mit Gültigkeit für Busse und Regionalbahnen.

Im Jahr 2020 gaben im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Göttingen insgesamt 460 sensibilisierte Seniorinnen und Senioren ihre Führerscheine bei den Straßenverkehrsämtern und dortigen Polizeidienststellen in amtliche Verwahrung und erhielten dafür vom VSN das Netzticket für Bus und Regionalbahnen.

## 250 E-Scooter waren 2020 auf Göttingens Straßen unterwegs

E-Scooter auf Göttingens Straßen: Seit November 2020 sind etwa 250 E-Scooter in stationslosen Verleihsystemen und auf den stark frequentierten Radwegen in Göttingen anzutreffen. Die Sharingfirmen „Yoio“ und „Bird“ bieten die firmeneigenen Fahrzeuge im Rahmen eines stationslosen Verleihsystems Interessierten zur Nutzung an.



Prognostizierte Szenarien, wie eine Häufung von Verkehrsunfällen unter der Beteiligung von Elektroroller-Fahrerinnen und -Fahrern, eine gesteigerte Anzahl von Trunkenheitsfahrten oder Konflikte zwischen Verkehrsteilnehmergruppen, waren 2020 wider Erwarten nicht zu verzeichnen. E-Scooter werden erfahrungsgemäß von jüngeren Verkehrsteilnehme-

rinnen und -teilnehmern genutzt und nicht als Kraftfahrzeug wahrgenommen, sondern vielmehr als Sportgerät mit Spaßfaktor. Einschlägige Verhaltensvorschriften sind den meisten Fahrern und Fahrerinnen nicht bzw. nur rudimentär bekannt – insbesondere die Tatsache, dass sämtliche „Promilleregeln“ entsprechende Anwendung finden. Die Unfallursachen bei der Nutzung von E-

Scootern sind meist nicht monokausal. Mangelnde Fahrpraxis, Ablenkung, Alkohol- und Drogenkonsum sind in den meisten Fällen unfallursächlich. Mittels gezielter Präventionskampagnen in den Medien und Online-Erklärvideos wurde die Zielgruppe hinsichtlich der besonderen Gefahren im Straßenverkehr, die sich aus der Nutzung von E-Scootern ergeben, sensibilisiert.

### Das Präventionsteam

#### Kriminaloberkommissarin

**Corinna Klaus-Rosenthal** ist die Beauftragte für Jugendsachen. Sie ist Ansprechpartnerin rund um die Themen der Jugendkriminalität/-gefährdung für Schulen, Behörden, Präventionsräte und Eltern. Sie bietet themenbezogene Unterrichtseinheiten und Informationsveranstaltungen für Eltern an. Themenschwerpunkte sind unter anderem legale und illegale Suchtmittel sowie Mediensicherheit.

#### Polizeihauptkommissar Marko

**Otte** ist der Beauftragte für Kriminalprävention (BfK) und Ansprechpartner für die technische sowie verhaltensorientierte Prävention

von Erwachsenen. Insbesondere Fachberatungen für Neubauten und bestehende Objekte für Privatpersonen, aber auch gewerbliche und öffentliche Einrichtungen zählen zu seinem Aufgabenbereich. Zusätzlich werden von ihm Vorträge koordiniert und veranstaltet. Weitere Schwerpunkte sind unter anderem die Verhinderung von Straftaten zum Nachteil älterer Menschen.

#### Polizeihauptkommissar Jörg

**Arnecke** ist der Verkehrssicherheitsberater und Leiter des Präventionsteams. Zu seinem Aufgabenbereich zählen die Verkehrssicherheitsarbeit und Verkehrsunfallprävention für alle Altersgruppen und Mobilitätsformen. Schwerpunkte bilden hierbei die Gruppen der Schulanfänger,

der jungen Fahrer und die „Generation 65 Plus“. Vorträge, Präventionsmaßnahmen und Beratungen gehören zu seinem Aufgabenbereich.

#### Polizeihauptkommissar Volker

**Hahn** ist als hauptamtlicher Präventionssachbearbeiter im Altkreis Osterode für die drei Präventionsbereiche in enger Abstimmung mit dem Präventionsteam zuständig. Er führt Präventionsunterrichte an Schulen durch und regt Initiativen für Präventionsmaßnahmen zu den Themen Gewalt-, Eigentums- und Internetkriminalität an.

**Silvia Bernhard** ist die „gute Seele“ des Präventionsteams. Über sie erfolgt die Terminvereinbarung und -koordination.



## Partner für mehr Sicherheit

### Stadtordnungsdienst und Polizei auf gemeinsamer Streife

Zur Stärkung der Zusammenarbeit und Verbesserung der öffentlichen Sicherheit in Göttingen vereinbarten die Stadt Göttingen, vertreten durch den Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler, und die Polizeiinspektion Göttingen, vertreten durch den damaligen Inspektionsleiter Thomas Rath, im Juni 2020 eine Sicherheitspartnerschaft.

Was schon lange praktisch gelebt wird, wurde im Sommer 2020 mit einem Vertrag festgeschrieben: „Noch enger“ sollte es nach dem Willen aller Beteiligten werden, „noch sichtbarer“ für die Bürgerinnen und Bürger und damit insgesamt „noch sicherer“ auf den Straßen Göttingens. Hierfür ziehen Stadt und Polizei Göttingen schon lange an einem Strang, mit einer Vereinbarung wurde diese Zusammenarbeit im vergangenen Jahr auch offiziell besiegelt. Die vierseitige Vereinbarung sieht unter anderem regelmäßige gemeinsame



Streifen zur Erhöhung der sichtbaren Präsenz, den steten Austausch relevanter Informationen und Erkenntnisse, gemeinsame Lage- und Sicherheitsbesprechungen sowie auch Fortbildungsveranstaltungen vor.

#### 40 gemeinsame Streifengänge

Insbesondere die gemeinsamen Streifen von Stadtordnungsdienst (SOD) und Innenstadtwatch (IW) wurden im Jahr 2020 vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie intensiv betrieben. Es wurden 40 gemeinsame Streifengänge als Doppelstreife sowie Kontrollen im Bereich der nördlichen Innenstadt ge-

mäß der hierfür erarbeiteten Konzeption durchgeführt und dafür fast 600 Arbeitsstunden geleistet. Die gemischten Streifen waren sowohl präventiv als auch repressiv tätig.

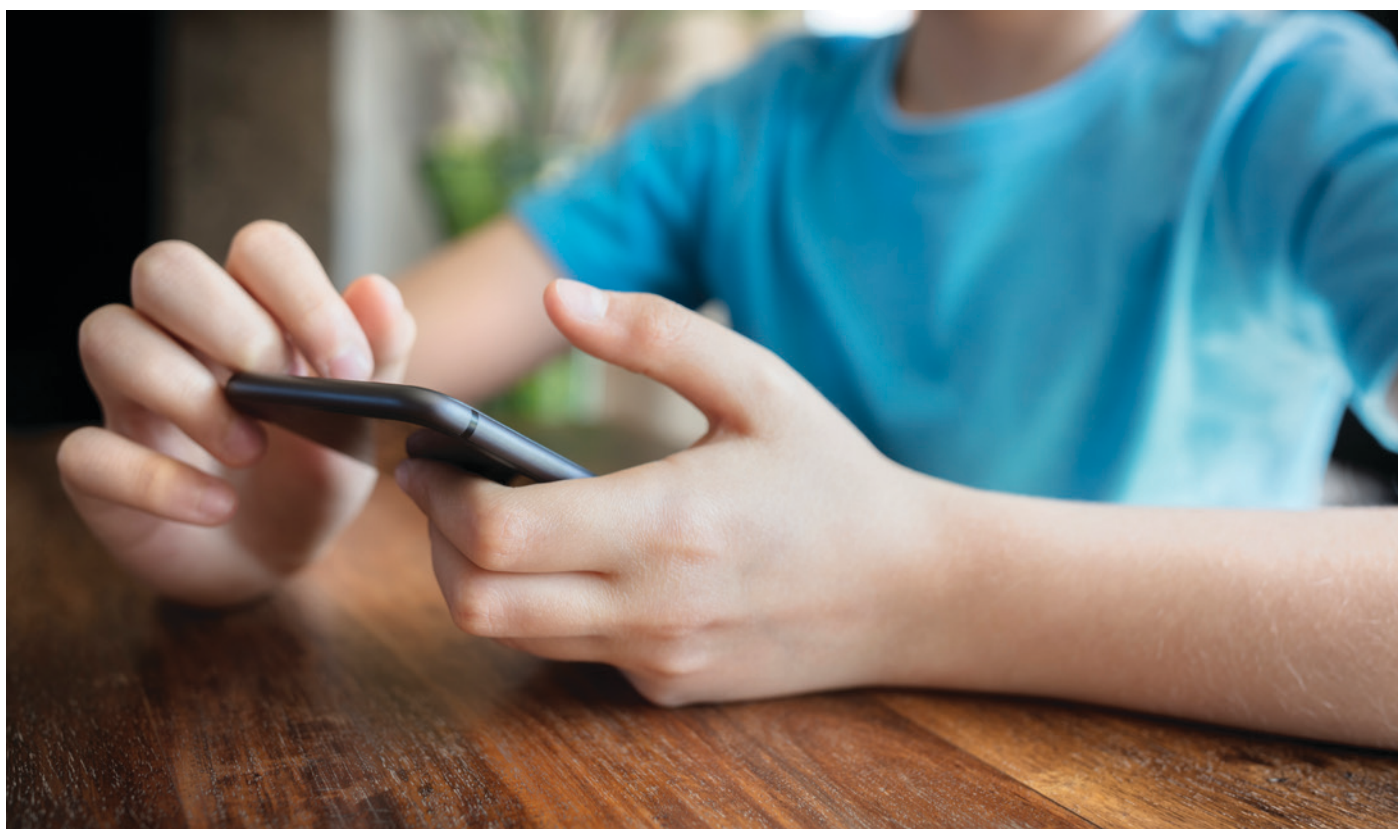
Mit Beginn der Corona-Pandemie überprüften Innenstadtwatch, Verfügungseinheit und Stadtordnungsdienst bei gemeinsamen Kontrollaktionen die Einhaltung der Corona-Hygieneverordnung. Weiterhin wurde in Zusammenarbeit mit dem ÖPNV und dem Stadtordnungsdienst die Maskenpflicht gezielt in Bussen und an Haltestellenbereichen überwacht.



## Prävention in der Direktion

Wir informieren und beraten





## Mediensicherheit von Kindern

### Umgang mit dem Netz und den Sozialen Medien im Mittelpunkt

Digitale Medien haben einen festen Platz im Alltag von Jugendlichen. Sie chatten mit Freunden, recherchieren für die Schule und spielen online. Viele Informationen werden unter Jugendlichen nur noch per Smartphone weitergegeben. Kindern den sicheren Umgang mit sozialen Medien zu vermitteln, ist seit Jahren Schwerpunkt der polizeilichen Prävention in der Polizeidirektion Göttingen.

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention des Bundes und der Länder (ProPK) entwickelt dafür gemeinsam mit externen Fachleuten Medien und Kampagnen, die durch die Dienststellen mit polizeilichem Wissen ergänzt werden. Dabei beschränkt sich ProPK nicht mehr allein auf Printmedien und den eigenen Internetauftritt, sondern entwickelt Apps und ist mit einem eigenen Kanal auf Facebook,

Instagram und Twitter vertreten. Speziell für Kinder und Jugendliche wurde die Seite „Polizei für dich“ entwickelt. Dort werden zielgruppengerecht Informationen zu allen Themen bereitgestellt und Hilfen angeboten. Neben Fakten zu Straftatbeständen und Phänomenen nimmt die Aufklärung zur Kriminalität und zum Opfer-



werden im Internet mittels Smartphone und in sozialen Netzwerken einen großen Teil des Angebots ein. Damit bekommen Kinder und Jugendliche auch außerhalb von Schule die Möglichkeit,

sich in Ruhe darüber klar zu werden, wie sie sich im Netz bewegen, welche Daten sie dort von sich selbst freigeben und welches Verhalten strafbar ist. Bestenfalls wird „Polizei für dich“ als Vorbereitung für Präsenzveranstaltungen genutzt, in denen die örtliche Polizei anhand realer Beispiele dazu beitragen kann, Verhaltensänderungen herbeizuführen. Aktuell stehen Themen wie Cybermobbing, Hate Speech, Recht am eigenen Bild, Abofallen und Spielsucht im besonderen Fokus. 2020 hat die Corona-Pandemie den Medienkonsum zumindest während der zwei Lockdown-Phasen deutlich erhöht. Kinder und Jugendliche wurden einerseits online unterrichtet – soweit die digitale Schullandschaft dies ermöglichte – wollten aber gleichzeitig eine Vielzahl sozialer Kontakte aufrechterhalten und sich virtuell mit ihren gewohnten Communities verbinden. Ihr Freizeitverhalten

verlagerte sich zunehmend in den virtuellen Raum, da Sport und Geselligkeit in ihren sozialen Gruppen außerhalb der Wohnung untersagt wurden.

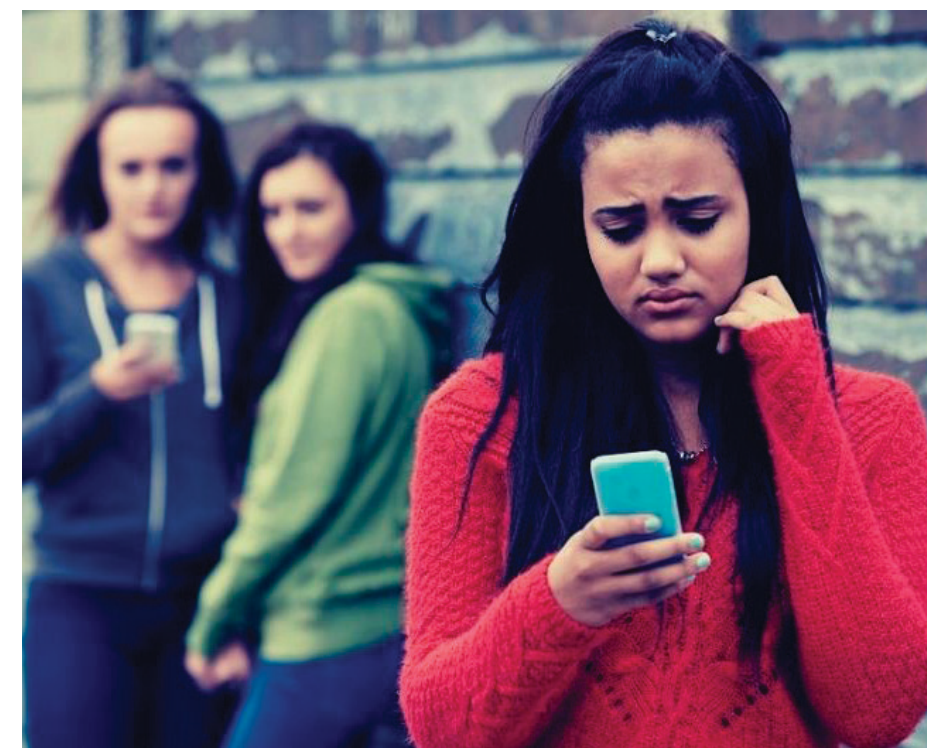
#### Konflikte im Netz

Unabhängig von Altersgruppen werden Konflikte im Netz ausgetragen. Beleidigungen werden schnell adressiert und noch schneller verbreitet. Peinliche, intime oder rassistische Bilder können aus dem Netz nicht entfernt werden, selbst wenn die schnelle Einsicht zum falschen oder sogar strafbaren Verhalten einkehrt. In die Rolle des Opfers versetzt sich niemand.

Die Präventionsteams, insbesondere die Beauftragten für Jugendsachen (BfJ), verdeutlichen die Konsequenzen dieses leichtfertigen Verhaltens in Schulveranstaltungen. Zielgruppen sind neben Schülerinnen und Schülern auch Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Eltern. Hier gilt es, neben Informationen auf Zivilcourage im Netz hinzuweisen und eine soziale Kontrolle einzufordern.

Während sich die Prävention bei jüngeren Kindern auf den sicheren Umgang mit dem Internet konzentriert und einen gesunden Verhaltenskodex vermittelt, bewegt sich die Aufklärung von Jugendlichen zunehmend in den Themen Gewaltverherrlichung, Verbreitung von Sexbildern und -videos sowie von demokratiefeindlichen Botschaften. Die Polizei ermittelt nicht selten bereits gegen Schülerinnen und Schüler wegen des strafbaren Verbreitens von Kinder- oder Jugendpornografie oder wegen des Verdachts von politisch motivierter Hetze im Netz.

Um die Zusammenarbeit mit Schulen unter anderem auch im Bereich der Mediensicherheit noch weiter zu verstetigen, haben die Leitungen der Polizeidirektion Göttingen und der Regionalstandorte Braunschweig und Hannover der Niedersächsischen Landesschulbehörde im Juni 2020 einen Kooperationsvertrag unterzeichnet.



### Kooperation erhält vertragliche Grundlage

Was seit vielen Jahren bereits erfolgreich praktiziert wird, hat im Juni 2020 eine vertragliche Grundlage erhalten: Die gemeinsame Präventionsarbeit von Schulen und Polizei wurde mit der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Polizeidirektion Göttingen und der Landesschulbehörde festgeschrieben. Unterzeichner der Vereinbarung waren Uwe Lührig, Präsident der Polizeidirektion Göttingen, sowie Torsten Glaser und Mathias Mirowski, Regionalabteilungsleiter der

Landesschulbehörde an den Standorten Hannover und Braunschweig. Der Schulterschluss zwischen Polizei und Schulen ermöglicht eine engere Abstimmung und Planung von Projekten und Veranstaltungen. „Die abgestimmte Zusammenarbeit ist ein wichtiger Baustein für das Gelingen nachhaltiger Präventionsarbeit“, betont Polizeipräsident Uwe Lührig. „Wir stellen unser Expertenwissen zur Verfügung und verstehen unseren polizeilichen Auftrag darüber hinaus auch darin, durch Präsenz für Schulseitige, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler ansprechbar zu sein“, so Uwe Lührig.



## Prävention in der Corona-Pandemie

### Puppenbühne bringt aktuelles Stück in digitale Form

Die Präventionspuppenbühne (PPB) der Polizeidirektion Göttingen ist an den Standorten Göttingen und Hildesheim vertreten. Im direktionsweiten Einsatz vermittelt sie polizeiliche Präventionsbotschaften mit der Methode des Puppenspiels. Schwerpunktthema – neben Gewalt- und Verkehrsunfallprävention – ist die Mediensicherheit.

Zu diesem Zweck wurde 2017 das Stück „Fit und fair im Netz: Auf dich kommt es an!“ für Kinder des 4. Grundschuljahrgangs an den Start gebracht und wird seitdem mit sehr großem Erfolg in Schulen gespielt.

Ziel des Projektes ist es, dass Kinder verantwortungsvoll und kritisch mit digitalen Medien umgehen. Sie werden auf mögliche Gefahren im Internet aufmerksam gemacht und es werden Verhaltensregeln und Handlungsmöglichkeiten mit ihnen erarbeitet.

Die zugrundeliegende Geschichte besteht aus vier mit Handpuppen gespielten Szenen, die moderiert und mit den Kindern besprochen werden.

Das Hauptthema ist Cybermobbing: Was ist Cybermobbing? Wie kommt es zu Mobbing-Situationen? Wie fühlen sich Opfer? Wie verhalten sich die Täter? Welche Rolle können die Zeugen spielen? Wie hole ich Hilfe? Wann informiere ich Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und/oder Polizei? Darüber hinaus werden Themen wie Informationsvielfalt, Passwortschutz, Datensicherheit und Fairness im Chat angesprochen. Das Jahr 2020 war auch für die Puppenbühne geprägt von der Corona-Pandemie. Im Zuge von Schulschließungen und/oder eingeschränktem Unterrichtsgeschehen mussten Termine in Schulen abgesagt werden. Daraus entstand bereits im März die Idee, wie Kinder in digitaler Form mit polizeilicher Prävention erreicht werden können.

#### Videospots aus dem Home-Office

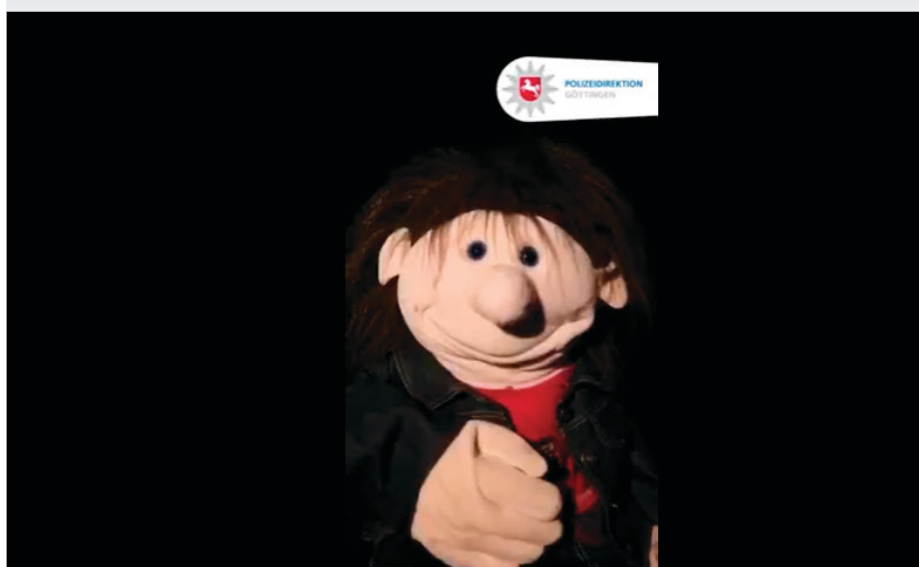
Infolgedessen drehten Mitglieder der Puppenbühne im Home-Office Videospots mit Puppen, die Themen der Gewaltprävention und der Mediensicherheit zum Inhalt hatten. Veröffentlicht wurden diese Kurzfilme unter anderem über die Facebook-Seite der Polizei Göttingen. Die Puppenbühne gehörte damit zu den Vorreitern solcher digitalen Präsenz von polizeilichen Puppenbühnen während der Corona-Krise.

Ebenso wurde das Medienstück mithilfe einer Power Point Präsentation in digitale Form gebracht, die sowohl das Puppenspiel als auch Illustrationen zur Moderation enthält. Diese wurde bereits im Bereich der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg an Schulen präsentiert und fand sehr großen Anklang.

#### Livestream in die Schulen

Es ist geplant, zu Zeiten, in denen Schulen nicht persönlich bereist werden können, die Power Point Präsentation via Livestream mit direkter Moderation an die Schulen zu schalten. Sobald die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen sind, kann das Projekt realisiert werden. Präsenzveranstaltungen sind allerdings in jedem Fall vorzuziehen, weil sowohl das Puppenspiel wie auch die Interaktion zwischen der Puppenbühne und den Kindern durch persönliche Begegnungen und Besuche am effektivsten ist.

Eine solche alte Methode wie das Puppenspiel hat auch heute noch eine ungebrochene besondere Wirkung auf das Publikum und wird sicherlich auch in Zukunft ein sehr gutes Mittel sein, um Präventionsbotschaften der Polizei nachhaltig in die Gesellschaft zu tragen.



Moderne Technik

Wir nutzen sie





## Schutzausstattung und moderne Technik

### Corona-Pandemie stellt Polizei vor logistische Herausforderungen

Die fortschreitende Digitalisierung und dynamische technische Entwicklung stellt die Polizei beispielsweise durch die Bearbeitung neuer Kriminalitätsfelder vor immer wieder neue Herausforderungen. Zeitgleich werden dadurch aber auch neue Möglichkeiten eröffnet, den technologischen Fortschritt im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung und polizeilichen Einsatzbewältigung zu nutzen.

Die vielschichtigen Aufgaben der Polizei erfordern dabei eine moderne und zukunftsorientierte Grundausstattung, die als Handwerkszeug für die tägliche Aufgabenerledigung dient. Neben Innovationen im IT-Bereich stand im Jahr 2020 bei der Polizei Niedersachsen schwerpunktmäßig die persönliche Schutzausstattung der Mitarbeitenden

sowie die ökologische Erneuerung des Fuhrparks im besonderen Fokus. Daneben hat im vergangenen Jahr vor allem die Corona-Pandemie in der logistischen Abwicklung im Führungs- und Einsatzmittelbereich die Polizeidirektion Göttingen vor neue Herausforderungen gestellt.

#### Sichere mobile Kommunikation

Bereits seit dem Jahr 2016 werden bei der Polizei Niedersachsen Tablets und Smartphones mit einem speziell gesicherten Betriebssystem eingesetzt, womit die Nutzerinnen und Nutzer von unterwegs auf die polizeilichen Abfrage- und Auskunftssysteme, das Vorgangsbearbeitungsprogramm sowie auf weitere polizeiliche Anwendungen zugreifen können. Dadurch ist es möglich, die Aufgabenerledigung am

Einsatzort flexibler und effizienter zu gestalten. So können beispielsweise Halterdaten beim Kraftfahrtbundesamt abgefragt oder auch Vorgänge vor Ort ersterfasst werden, sodass eine erneute Dateneingabe im Nachhinein auf der Wache entfällt und die Vorgänge lediglich endbearbeitet werden müssen.

Die Polizei Niedersachsen verfügt bereits über eine Vielzahl von polizeilichen Apps und Anwendungen, die auch zukünftig weiterentwickelt und ergänzt werden. Im Jahr 2021 sollen die dienstlichen Smartphones und Tablets durch neue leistungsstarke Modelle ersetzt werden. Darüber hinaus soll der Gesamtbestand, aufgrund der guten Erfahrungen, weiter erhöht werden, so dass zukünftig mindestens jede Funkstreifenwagenbesatzung innerhalb der Polizeidirektion Göttingen über solch

ein mobiles Kommunikationsmittel im Einsatzdienst verfügt.

#### Beschaffung neuer Dienstfahrzeuge

Das Land Niedersachsen investierte weiterhin im Jahr 2020 kräftig in die Fahrzeugflotte der Polizei. Vor allem im Rahmen eines Konjunkturpakets, das durch die niedersächsische Landesregierung zur Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Pandemie beschlossen wurde, werden die Dienstfahrzeuge in der gesamten niedersächsischen Landespolizei merklich verjüngt.

Die Beschaffung neuer, moderner sowie ökologischer Einsatzfahrzeuge in der Polizeidirektion Göttingen ist ein Beitrag zur weiteren professionellen Aufgabenerledigung der Polizei im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe.

Bei der Erneuerung des Fuhrparks ist vor allem die Erhöhung des Anteils an Fahrzeugen mit alternativen Antriebsarten handlungsleitend. Zum einen soll damit dem Umweltschutzgedanken Rechnung getragen werden, zum anderen sollen mittel- und langfristig durch eine konsequente Verjüngung der Fahrzeugflotte Einsparungen im Hinblick auf die Gesamtausgaben erwirtschaftet werden. Diesbezüglich werden sowohl hybride, als auch rein elektrische Fahrzeuge eingesetzt. Ne-



ben der Fahrzeugbeschaffung wird hierbei zwingend auch die Errichtung einer ausreichenden Ladeinfrastruktur an den Dienststellen der Polizeidirektion Göttingen berücksichtigt. Bei einer größeren Anzahl von Ladepunkten an einem Standort wird zwingend ein intelligentes Lademanagement benötigt, um Lastspitzen zu vermeiden. Lösungsmöglichkeiten zu dieser Thematik werden ganzheitlich auf Landesebene erar-

beitet. In der gesamten Polizeidirektion Göttingen sind derzeit 34 Hybridfahrzeuge und zehn rein elektrische Fahrzeuge im Einsatz. Bei einer Flotte von 547 Fahrzeugen stellt dies zwar erst einen Anteil von rund acht Prozent dar, dieser soll aber in den nächsten Jahren kontinuierlich ausgebaut werden. Mit der Beschaffung von weiteren 37 hybriden bzw. rein elektrischen Fahrzeugen im Jahr 2021 wächst der Bestand auf 81 oder 14,8 Prozent. Durch Mittel aus dem allgemeinen Haushalt sowie dem zentralen Konjunkturpaket wurden im Jahr 2020 insgesamt 92 Beschaffungsmöglichkeiten für polizeiliche Fahrzeuge in den unterschiedlichsten Ausführungen geschaffen.

Zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben haben die 547 Dienstfahrzeuge der Polizeidirektion Göttingen im Jahr 2020 eine Strecke von rund 9,7 Millionen Kilometern zurückgelegt. Damit könnte man ungefähr 242 Mal die Welt umrunden.







**DEALER HOCHGENOMMEN,  
ENTENFAMILIE GERETTET.**

**und deintag?**

**BEWIRB DICH JETZT  
bei der Polizei Niedersachsen.**

**polizei-studium.de**  
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

## Schlusswort

**Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,**

der Sicherheitsbericht 2020 hat Ihnen nun einen umfassenden Einblick in die vielfältige Arbeit unserer Polizeidirektion mit all ihren Dienststellen in einem ganz besonderen Jahr gewährt. Wir haben einerseits Resümee gezogen, andererseits aber auch einen Ausblick in die Zukunft gewagt.

Trotz der besonderen Umstände der Corona-Pandemie und den daraus resultierenden Herausforderungen in der polizeilichen Arbeit auf allen Ebenen, ist es uns auch im vergangenen Jahr gelungen, das Niveau in der Aufklärung von Straftaten zu halten und sogar noch zu steigern – und zwar auf den höchsten Wert seit Bestehen der Polizeidirektion Göttingen. Dieser Erfolg ist dem Engagement und dem umfangreichen Fachwissen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Behörde zu verdanken. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Neben der Bewältigung unserer Kernaufgaben in einem neuen Alltag haben wir aber auch auf neue Entwicklungen und Phänomene reagiert, beispielsweise im Bereich der Internetkriminalität. Parallel dazu wurde die Digitalisierung in unserer Polizeibehörde mit großen Schritten vorangetrieben. Das Tempo ist sicherlich auch aus der Notwendigkeit heraus entstanden, in der Pandemie in allen Bereichen arbeitsfähig zu bleiben. Nichts desto trotz werden wir diesen Schwung auch künftig nutzen. Im Zusammenhang mit der Digitalisierung kommt auch der Nachwuchsgewinnung eine entscheidende Bedeutung zu, nicht nur mit Blick auf den demografischen Wandel: Um mit den Neuerungen in diesem sich schnell entwickelnden Zeitalter Schritt halten zu können, benötigen wir Personal, das



mit der Digitalisierung des Lebens groß geworden ist – den Digital Natives. Sie für den Polizeiberuf zu begeistern, ihn transparent zu machen und seine Vorzüge zu präsentieren, ist eines unserer zentralen Anliegen. Der Polizeinachwuchs wird es nämlich sein, der künftig mit neuen Formen der Kriminalitätsbekämpfung neuen Kriminalitätsphänomenen, insbesondere unter Zuhilfenahme des Internets, begegnen wird.

Ein weiterer wichtiger Baustein einer erfolgreichen polizeilichen Arbeit werden in Zukunft zudem Kooperationen sein. War es im Jahr 2019 die Hochschule Mittweida, mit der wir unter anderem im Bereich der angewandten Computer- und Biowissenschaften eine Zusammenarbeit vereinbart haben, stand in diesem Jahr der Verein G4C im Mittelpunkt, der gegen Angriffe auf Wirtschaftsunternehmen im Cy-

berraum vorgeht und nun ebenfalls zu den Kooperationspartnern der Polizeidirektion Göttingen gehört. Aber auch die bereits seit vielen Jahren in unterschiedlichen Bereichen bestehenden Partnerschaften sind nach wie vor entscheidend für unseren Erfolg – wir werden deshalb auch in Zukunft an ihnen festhalten.

Ich bin zuversichtlich, dass wir vor diesem Hintergrund und der positiven Entwicklung in vielen Bereichen für die Zukunft gut aufgestellt sind und möchte Ihnen versichern, dass Sie sich in allen Fragen der Sicherheit stets voll und ganz auf Ihre Polizei verlassen können.

**Gwendolin von der Osten**  
Präsidentin der Polizeidirektion Göttingen



## Impressionen aus dem Jahr 2020



## Impressum

**Herausgeber**  
**Polizeidirektion Göttingen**  
**Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten**

Groner Landstraße 51  
 37081 Göttingen  
 Tel.: +49 (0)551 / 491-0  
 www.pd-goe.polizei-nds.de

**Redaktion/Koordination**  
 SB Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

**Layout**  
 Dezernat 01  
 SB Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

**Bildnachweis**  
 Die abgebildeten Fotos wurden von den Urheber/innen

- Polizeiakademie Niedersachsen,
- Landeskriminalamt Niedersachsen
- Freepik (www.freepik.de)
- Pixabay (www.pixabay.com),
- iStockphoto LP (Bildnachweise siehe Bilder)
- Polizeidirektion Göttingen sowie
- nachgeordneten Polizeiinspektionen freigegeben.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

**Druck**  
 Klartext GmbH, Göttingen

### Die Polizeidirektion Göttingen in den Sozialen Medien



Polizei Göttingen  
 Polizei Weserbergland



@Polizei_GOE	@Polizei_NBG	@Polizei_NOM
@Polizei_HM	@Polizei_STH	@Polizei_OHA
@Polizei_HOL	@Polizei_BBG	@Polizei_RI
@Polizei_HI	@PolizeiBadN	



PI Göttingen Katharina Lohrengel polizei.goettingen.kl	PD Göttingen Sven Seidel polizei.goettingen.cs
--	--

PI Northeim  
 Sabrina Torke  
 polizei.northeim.st

PI Hameln  
 Carsten Minasch  
 polizei.hameln.cm

### Interessante Links

⇒ **Fahndung:**  
[www.pd-goe.polizei-nds.de/fahndung](http://www.pd-goe.polizei-nds.de/fahndung)  
[www.polizei-nds.de/Fahndung](http://www.polizei-nds.de/Fahndung)

⇒ **Prävention:**  
[www.polizei-praevention.de](http://www.polizei-praevention.de)  
[www.polizei-beratung.de](http://www.polizei-beratung.de)

⇒ **Online-Wache:**  
[www.onlinewache.polizei.niedersachsen.de](http://www.onlinewache.polizei.niedersachsen.de)  
**Wählen Sie im Notfall die 110!**





## Zuverlässigkeit

Jederzeit hilfsbereit, kompetent und partnerschaftlich



**POLIZEIDIREKTION**  
GÖTTINGEN